

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt/M., Februar 1981

Einzelpreis 4,- DM

XXI. Jahrgang

D 3476 EX

2/81

Der 4. außerordentliche DGB-Kongreß – vom 12. bis 14. März in Düsseldorf – wird ein neues DGB-Grundsatzprogramm verabschieden. Nach dem Gründungsprogramm von 1949 und dem vom 2. außerordentlichen Kongreß 1963 beschlossenen bisher gültigen, gibt sich der DGB nunmehr sein drittes Programm. Den Auftrag, das Grundsatzprogramm zu überarbeiten, hatte schon der 10. DGB-Kongreß 1975 dem Bundesvorstand erteilt. Nach vielen internen Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten dauerte es viereinhalb Jahre, bis der DGB-Bundesvorstand im Oktober 1979 einen Entwurf für die Mitgliederdiskussion vorlegen konnte.

Zu diesem Entwurf liegen nunmehr von den dazu berechtigten Organen 512 Änderungsanträge vor. Um ein Mehrfaches größer ist die Zahl der Änderungswünsche, die von den örtlichen und regionalen Gewerkschaftsgremien gestellt worden war. Die übergroße Mehrheit all dieser Anträge fordert sowohl eine klarere Analyse der vorhandenen kapitalistischen Macht- und Besitzverhältnisse als auch eine Zielstellung zur Verbesserung der Lebenslage, die ausschließlich von den Interessen der Lohn- und Gehaltsabhängigen ausgeht. Darum wird empfohlen, im

Entwurf vorhandene sozialpartnerschaftliche Orientierungen und nicht zu übersehene Inkonsequenzen zu verändern. Diese Ergebnisse der Mitgliederdiskussion sind um so positiver einzuschätzen, da es offenbar in der Spitze des DGB und den Vorständen mehrerer Einzelgewerkschaften das Bestreben gab, an dem in den Jahren 1975 bis 1979 ohne Mitgliederdiskussion ausgehandelten Kompromiß nichts mehr zu ändern. Ein Indiz für diese Haltung offenbart sich in der Tatsache, daß in der Wochenzeitung des DGB „Welt der Arbeit“ im Unterschied zur

Ein Programm für aktive Gewerkschaften

Programmdiskussion von 1963 diesmal keine einzige Silbe erschien. Millionen Gewerkschaftsmitglieder erwarten, daß die Delegierten des außerordentlichen Kongresses ein Programm verabschieden, welches zum Inhalt hat, die Lebenslage der arbeitenden Menschen grundlegend zu verbessern. Eine Voraussetzung dafür ist die Erhaltung des Friedens. Nur durch Abrüstung und Entspannung wird es möglich sein, daß unser Lebensstandard nicht der NATO geopfert wird. Zahlreiche Anträge verlangen, diesen Schwerpunkt zu einer eigenständigen Aufgabe als Punkt 1 in das Programm aufzunehmen.

Angesichts der immer deutlicher werdenden Mißstände der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, hier sei nur auf die Massenarbeitslosigkeit und Reallohnsenkungen verwiesen, orientiert auch das neue Programm auf eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft mit dem Ziel, die Macht des Kapitals einzuschränken. Erreicht werden kann diese langfristige Aufgabe nur durch starke Einheitsgewerkschaften. Ihr Charakter als autonome Interessenorganisationen und ihre Solidarität mit der politischen Arbeiterbewegung sollte im neuen DGB-Programm unmißverständlich formuliert werden.

Aus dem Inhalt:

Die NATO-Rüstung frißt unseren Lebensstandard	2
Neuer LRTV für Papier-Arbeiter berücksichtigt nervliche Belastung Von Dieter Fahrenholt	4
Sozialer Besitzstand muß aktiv verteidigt werden	5
Arbeitslosigkeit steigt weiter an: Regierung mit ihrem Latein am Ende	8
Forderung nach Aussperrungsverbot muß auf der Tagesordnung bleiben Interview mit Gert Lüttger, Stellv. DGB-Landesbezirksvorsitzender, Hessen	10
Mehr als 500 Anträge zum DGB-Grundsatzprogramm Wird nun doch „nachgekartet“ in der IG Chemie-Papier-Keramik?	11
Anträge zum DGB-Grundsatzprogramm Schritt zur Mediengewerkschaft Von Eckart Spoo	13–20
NACHRICHTEN im Meinungsbild unserer Leser	13–20
Neuer Hieb der Spalter – nun gegen Akademie der Arbeit	23
Entscheidende Phase der BR-Wahl erfordert, Spaltungen zu vereiteln	24
Montanmitbestimmung: Ist ihr Ende eingeläutet?	25
In der Krankenversicherung Beiträge rauf – Leistungen runter	27
Trotz schwieriger Bedingungen: in der DDR rund 5 Prozent Wachstum	29

Die NATO-Rüstung frißt unseren Lebensstandard

So eilig hatte es Bundesfinanzminister Matthöfer, daß er kaum die Schließung der Kabinen für die Bundestagswahl abwartete. Er wollte offenbar möglichst schnell einer alten Regel der Herrschenden nachkommen, wonach Grausamkeiten am Anfang einer Regierungsperiode begangen werden. Und was der sozialdemokratische Minister, zusammen mit seinem Bundeskanzler und dem Friedensnobelpreisträger Brandt zu verkünden hatte, entspricht eigentlich genau den Wahlzielen der CDU. Sozialabbau – das ist der Grundzug des neuen sozialliberalen Regierungsprogramms.

Andererseits gibt es jedoch Geld in Hülle und Fülle. Zum Beispiel dafür, entsprechend den NATO-Forderungen den Rüstungshaushalt um real 3 Prozent zu erhöhen, wobei sich auch noch zusätzliche 700 Millionen DM locker machen lassen, wenn sich der Verteidigungsminister bei der Finanzierung von Tornados verrechnet hat. Was der Bevölkerung der Bundesrepublik also künftig vom Brot genommen wird, wandert in den Futternapf des Rüstungsungeheuers NATO.

Es gibt wohl noch die Unterstellung, die Sowjetunion habe es auf die Unterwerfung der westeuropäischen Völker angelegt eine Unterstellung, die ich für völlig abwegig halte. Eines der nicht eingestandenen Motive ist das schlechte Gewissen, das wir der Sowjetunion gegenüber haben. Wenn man ein schlechtes Gewissen hat, reagiert man aggressiv, um davon abzulenken. Die Goebbels-Propaganda vom bolschewistischen Untermenschen ist bei uns nach dem Kriege ungebrochen fortgeschrieben worden, teils auch von den gleichen Leuten, die das unter Gobbels gemacht haben. Es hat hier keinen Prozeß der Bewußtseinsbildung gegeben, in dem man die Sowjetunion anders als im Dritten Reich gesehen hätte – realistischer, sachlicher, gerechter.

(Generalmajor a. D. Gert Bastian, zitiert nach: ausblick, Zeitschrift der Gewerkschaft HBV, Nr. 1, Januar 1981)

Angesichts dieser Situation bemerkt der Verteidigungsminister in der Bundesrepublik einen Hang zum Pazifismus. Die Leute sind am Erhalt des Friedens interessiert. Und der ist wirklich gründlich in Gefahr geraten. Wobei man sich klar machen muß, daß gegenwärtig darüber debattiert und entschieden wird, ob die Bundesrepublik in den nächsten Jahren zum Schauplatz eines atomaren Krieges werden soll. Der Beschluß der NATO vom Dezember 1979 zum Bau von atomaren Mittelstrecken-

raketen und die Zustimmung der Bundesregierung zu ihrer Stationierung in der Bundesrepublik rücken diese Gefahr in den Bereich der realen Möglichkeit. Nicht das Wohlbefinden der USA steht auf dem Spiel, sondern die Existenz von Mitteleuropa. Im sogenannten Ernstfall bliebe von der Bundesrepublik nicht einmal ein Brocken übrig.

Eingedenk dieser Tatsachen machte der Westberliner SPD-Parteitag die Zustimmung zur Stationierung der neuen atomaren Waffensysteme von zwei Bedingungen abhängig: Voraussetzung sollte die Ratifizierung von SALT II und der Beginn konkreter Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion sein. Inzwischen ist in den USA jedoch einer auf den Präsidentenstuhl geklettert, der zwar viel von teuren Glamourveranstal-

tungen, aber wenig von Rüstungsbegrenzung und Friedenssicherung hält. US-Präsident Reagan will einen atomaren Krieg im Bereich des Möglichen wissen. Und sein Außenminister Haig, der sich als ehemaliger NATO-Oberbefehlshaber bestens auskennt, verkündet seine Abneigung gegen einen Frieden um jeden Preis. Ja, er ist der Meinung, daß es wichtigere Dinge gäbe als den Frieden. Nur sagen diese Herren nicht dazu, wer die Kosten zu tragen hat. Und das sind allemal wir hier in der Bundesrepublik. Zunächst wird unser erarbeiteter und erkämpfter Lebensstandard aufs Spiel gesetzt und dann schließlich unser Leben selbst.

Hierzu reicht die Bundesregierung die Hand. Statt den lebensgefährlichen Rüstungswahnsinn zurückzudrängen, verteuert sie Pazifisten und auch die 37 sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten, die für eine Senkung der Rüstungsausgaben zugunsten der Entwicklungshilfe stimmen. Mit einem Appell hatten sich Sozialdemokraten an den SPD-Parteivorstand, an die SPD-Bundesregierung und den SPD-Bundeskanzler gewandt, keine Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Europa zuzulassen und alle Abrüstungsbemühungen zu verstärken. Einen ähnlichen Tenor hat der Krefelder Appell, der an die Bundesregierung gerichtet ist. Ebenso haben sich die Gewerkschaftstage, die 1980 stattgefunden haben, nachdrücklich für konkrete Schritte zu Abrüstung und Sicherung des Friedens ausgesprochen.

Renate Bastian

Internationaler Frauentag: Keiner schiebt uns weg

In den letzten Jahren ist ein beinahe schon vergessener Tag wiederbelebt worden: der Internationale Frauentag. 1910 hatte die II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz den 8. März zum Feiertag im Kampf für die soziale und politische Gleichberechtigung der Frauen in aller Welt erklärt. „Diejenigen, welche auf ihr Banner die Befreiung all dessen, was Menschenantlitz trägt, geschrieben haben, dürfen nicht eine ganze Hälfte des Menschengeschlechts durch wirtschaftliche Abhängigkeit zu politischer und sozialer Sklaverei verurteilen“ – so formulierte 1889 Clara Zetkin auf dem internationalen Arbeiterkongreß die Haltung der damals noch geeinten Arbeiterbewegung zur Frauenfrage.

Damals wie heute steht das Recht auf Arbeit als unerläßliche Bedingung für die Unabhängigkeit der Frau im Mittelpunkt und macht eine Abtrennung der Frauenfrage von der „allgemeinen sozialen Frage“ unmöglich. „Die Emanzipation der Frau wie die des ganzen Menschengeschlechts wird ausschließlich das Werk der Emanzipation der Arbeit vom Kapital sein.“ (Clara Zetkin)

Bis dahin ist noch ein weiter Weg. Lohndiskriminierungen, noch schlechtere Arbeitsbedingungen als bei männ-

lichen Kollegen, Frauenarbeitslosigkeit, harte Benachteiligung bei Bildung und Qualifizierung, mangelhafte oder fehlende gesellschaftliche Einrichtungen zur Betreuung der Kinder – diese Fakten sprechen für sich.

Es ist kein Zufall, daß die Bedeutung des 8. März gewachsen ist. In dem Maße, wie die Frauen im Kampf um ihre Rechte aktiv geworden sind, sich zusammengeschlossen und die generelle Bedeutung der Frauenfrage für die gesellschaftliche Entwicklung in unse-

rem Land erkannt haben, in dem Maße fand und findet eine stärkere Rückbesinnung auf die Erfahrungen und Kampftraditionen der Arbeiterbewegung statt.

Es ist nicht überraschend, daß das Engagement der Frauen den Widerstand derer auf den Plan gerufen hat, die von ihrer Unterdrückung profitieren. Sie wollen die Frau weiter als industrielle Reservearmee und Lohndrücker mißbrauchen und sie zu diesem Zweck mit ihren Problemen individualisieren. Die Versuche der Unionsparteien, die Frauen vor dem Hintergrund der Krise zurück zu „Heim und Herd“ zu verbannen, sind so gesehen nur logisch. Das verleumderische Kampfvokabular von der „kommunistischen Unterwanderung“ ergänzt die Strategie und soll das einheitliche Handeln der Kolleginnen unterbinden.

Bei derartigen politischen Rahmenbedingungen bleiben innergewerkschaftliche Diskussionen und Kontroversen kaum aus. Doch daß der DGB-Bundesvorstand im vergangenen Jahr Veranstaltungen zum 8. März untersagte, war schwer zu begreifen. Der Beschluß löste unter den Kolleginnen und Kollegen zum Teil heftige Proteste aus.

Der 8. März, das ist der Tag der Frauen – der Tag, an dem sie ihre Probleme diskutieren, der Öffentlichkeit ihre Forderungen darstellen, an dem sie sich freuen und stolz sind über die schrittweise gewonnene Solidarität untereinander und die Fortschritte in der Arbeit, an dem sie ihre Lieder singen und ihre Theaterstücke aufführen. Diesen Tag haben sich die Frauen nicht nehmen lassen. Schon im letzten Jahr fanden die meisten Veranstaltungen wie geplant statt. Unmißverständlich sprachen sich dafür zwischenzeitlich in vielen Beschlüssen Einzelgewerkschaften und DGB-Untergliederungen aus. Die Gewerkschaftstage der ÖTV, der HBV, der IG Metall, der IG Druck und Papier und der GEW Ende des letzten Jahres halten alle am 8. März als Kampf- und Feiertag fest.

Dieser Protest veranlaßte den DGB-Bundesvorstand, seine Haltung zu ändern, wenn auch mit einigen etwas seltens anmutenden Einschränkungen: „In Einzelfällen können... am 8. März gewerkschaftliche Veranstaltungen durchgeführt werden. Dabei muß es sich um eigenständige Veranstaltungen ohne Beteiligung anderer Gruppen handeln. Es ist darauf zu achten, daß interessierte politische Gruppierungen die DGB-eigenen Veranstaltungen nicht mißbrauchen können.“

Es wäre schön, wenn der beispielhafte Mut der engagierten Kolleginnen dazu führen würde, daß der DGB unsinnige Abgrenzungsbemühungen beiseite legt und den Frauen die offensive Unterstützung verleihen würde, derer sie dringend in unser aller Interesse bedürfen.

Mechtild Jansen

1. Mai 1981

In den DGB-Kreisen und -Ortskartellen sind die Vorbereitungen für den 1. Mai, dem Internationalen Kampftag der Lohn- und Gehaltsabhängigen, angefallen. Steigende Arbeitslosenzahlen, Sozialdemontage sowie Angriffe auf Mitbestimmungsrechte machen diesen Tag wie keinen anderen dazu geeignet, gewerkschaftliche Forderungen zu artikulieren und den Angriffen auf Lebensstandard und Rechte eine Absage zu erteilen. Diese Gesichtspunkte hat auch das offizielle DGB-Mai-Motto „Vollbeschäftigung – Mitbestimmung – Soziale Sicherheit“, zum Inhalt. Wie im vergangenen Jahr wird auch 1981 wieder die rote Nelke, das Symbol der Arbeiterbewegung, auf Maiplakaten, Abzeichen und Aufklebern zu finden sein.

Eine weitere Forderung, die am 1. Mai auf den Kundgebungen und Veranstaltungen unüberhörbar sein wird, ist die nach Abschaffung des NATO-Raketen-Beschlusses, für Frieden und Entspannung. Das entspricht den Beschlüssen, die auf den Gewerkschaftstagen des vergangenen Jahres gefaßt wurden und elementare Interessen der Bevölkerung berühren.

Inzwischen liegen uns vom Frankfurter DGB, der es in den letzten Jahren verstand, große und aussagekräftige Kundgebungen zu organisieren, Einzelheiten vor. Neben der schon zur Tradition gewordenen Demonstration findet auf dem historischen Römer die Kundgebung statt, auf der Werner Vitt vom geschäftsführenden Vorstand der IG Chemie-Papier-Keramik sprechen wird. Kulturprogramme und eine Abendveranstaltung im Gewerkschaftshaus runden das Programm ab. Zur Vorbereitung des 1. Mai ist eine Kundgebung im März geplant. Sie soll die Bedeutung hervorheben, die dieser Tag heute für uns alle hat.

gima

Arbeitslos und diffamiert

Nun haben wir es schwarz auf weiß: Schuld an der hohen Arbeitslosenzahl (siehe auch Seite 8) ist nicht etwa die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit ihren Krisen, sondern die Arbeitslosenstatistik. So einfach ist das. Als Beispiele nennt die großbürgerliche „FAZ“ die Abiturienten und andere Schulabgänger, die auf einen Studienplatz warten, die Eltern aber nicht auf das Kindergeld verzichten können. Ins Visier werden auch ältere Arbeitslose genommen, die bereits mit 59 Jahren zum alten Eisen geworfen werden.

Fiktive Zahlen werden vom CDU-Sozial-Experten Franke ins Spiel gebracht, die beweisen sollen, daß Arbeitslose ein höheres Einkommen hätten, als wenn sie tagtäglich in Fabriken oder Büros ihre Brötchen verdienten. Schließlich werden auch diejenigen diffamiert, die nicht bereit sind, ihre Arbeitskraft weit unter ihrer beruflichen Qualifikation zu verkaufen. Sie alle sind für die „FAZ“ „Schmarotzer im sozialen Netz“, „Trittbrettfahrer“ und „Drückheberger“.

Die Gründe für solcherart Diffamierungen liegen auf der Hand. Bedingt durch die hohen Arbeitslosenzahlen klappt ein tiefes Loch in der BfA-Kasse. Die von Bonn für dieses Jahr zur Verfügung gestellten Mittel reichen nicht aus. Und das, obwohl die Leistungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und zur Förderung der beruflichen Bildung bereits rigoros beschnitten wurden. Das Doppelte der Mittel wäre erforderlich.

G. M.

GLOSSE

Zum Anfassen

Weil Karl Hauenschild, Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik, in der gesellschaftspolitischen Kommission des DGB-Bundesvorstandes am Entwurf des Grundsatzprogramms mitgearbeitet hat, ist der so gut, daß man daran nichts mehr verbessern kann. Jeddentails hat darum der Hauptvorstand beschlossen, keinen der vorliegenden Anträge an den außerordentlichen DGB-Kongreß im März weiterzuleiten.

Eine einleuchtende Sache. Und so demokratisch. Wie müßte sich auch der EINE Hauenschild vorkommen, wenn 650 000 IG-Chemie-Mitglieder klüger sein wollen als ER.

Eigentlich liebe sich, wenn man SEINE Unteilbarkeit richtig nutzt, eine Menge Gewerkschaftsgeld sparen. Mitgliederversammlungen, Delegiertenversammlungen, Kongresse, Beschlüsse lassen? Wozu? Man könnte das alles getrosi IHM überlassen.

Und in folgerichtiger Selbsteinschätzung sprach ER denn davon, daß wohl auch die Gewerkschaftsmitglieder so etwas bräuchten wie die Katholiken: einen Papst, sprich: Vorsitzenden, zum Anfassen. Darum wird ER künftig öfters unter das Mitgliedervolk gehen. Als Gewerkschaftspapst gewissermaßen.

Möge IHM die Erleuchtung nicht versagt bleiben, auf den rechten (pardon! da ist er ja!), auf den richtigen Pfad zurückzufinden.

okulus

Neuer LRTV für Papier-Arbeiter berücksichtigt nervliche Belastung

Von Dieter Fahrenholt

Nach insgesamt zwölf Verhandlungsrunden, sechs Expertengesprächen und vier Tarifkommissionssitzungen wurde ein neuer Lohnrahmentarifvertrag (LRTV) für die Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitende Industrie abgeschlossen. Er trat am 1. Februar in Kraft. Unter dem Motto: „Mit einer neuen Lohnstruktur – mehr Gerechtigkeit beim Lohn“ war die IG Druck und Papier in diesem Bereich angetreten, die Lohnbedingungen für die gewerblichen Arbeitnehmer in der Papierverarbeitung zu verbessern. Betriebliche Aktionen bis hin zu Warnstreiks sowie eine Demonstration in Köln unterstützten die gewerkschaftliche Verhandlungsposition und machten das zunehmende Selbstbewußtsein und die wachsende Kampfbereitschaft der Beschäftigten deutlich.

Dem Abschluß war eine umfassende Diskussion in der Mitgliedschaft über die Frage der gerechten Eingruppierung vorausgegangen. Diese Diskussion mußte die breitgefächerten Produktionsstrukturen der Branche und die daraus resultierenden verschiedenartigsten Arbeitsbedingungen berücksichtigen.

Die Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitende Industrie mit ihren derzeit rund 113 000 Beschäftigten hat erst in den letzten 30 Jahren die Ausprägung erfahren, wie sie in der heutigen Form als ständig wachsender Industriebereich zu erkennen ist. Im Jahre 1950 betrug der Umsatz der Branche noch etwa 1 Milliarde DM. Inzwischen ist dieser auf über 13 Milliarden DM angestiegen. Dieses sicherlich überdurchschnittliche Wachstum weist einerseits auf ständig wachsenden Verbrauch, andererseits auch auf eine gewaltige Änderung der Produktions- und Arbeitsbedingungen hin. Allein von 1970 bis 1980 wurden über 20 000 Arbeitsplätze durch Rationalisierung vernichtet. Nach einer Studie des Prognos-Instituts in Basel werden bis 1990 weitere 20 000 Arbeitsplätze von dieser Entwicklung erfaßt werden. Das heißt: Die Produktionsstrukturen der Branche sind durch umfassende und tiefgreifende Rationalisierung gekennzeichnet. Die Arbeitsbedingungen werden durch einen zunehmenden Grad von Technisierung und Automation bestimmt.

Die sich daraus ergebenden veränderten Produktions- und Arbeitsbedingungen konnten mit der seit 1958 bestehenden Lohnstruktur nicht oder nicht mehr ausreichend erfaßt werden. Durch diese unbefriedigende Situation wurde von den Belegschaften die Frage der gerechten Eingruppierung auf die Tagesordnung der gewerkschaftspolitischen Diskussion gehoben, auf deren Grundlage die Tarifkommission die Forderungen für eine neue Lohnstruktur aufgestellt hat.

Diese Forderungen richteten sich ihrem wesentlichen Inhalt nach auf

- mehr Durchlässigkeit in höhere Lohngruppen;
- Wegfall der Eingruppierungsbarriere für Frauen;
- Berücksichtigung von nervlichen und körperlichen Belastungen;
- Verbesserung der Prozentstaffel.

Nach Abschluß der Verhandlungen am 4. November 1980 wurde der neue Lohnrahmentarifvertrag von den Mitgliedern und Gremien der IG Druck und Papier als ein wesentlicher tarifpolitischer Fortschritt in der Papierverarbeitung eingeschätzt. Für diese Einschätzung sind insbesondere folgende

HBV fordert Erhöhungen zwischen 110 und 220 DM

Für die 90 000 Beschäftigten im hessischen Großhandel verlangt die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) eine Erhöhung der Gehälter zwischen 110 und 220 DM sowie die Streichung der Eingangsstufen. Die Löhne sollen zwischen 120 und 175 DM heraufgesetzt und die Ausbildungsvergütungen um einheitlich 75 DM aufgestockt werden. Weitere Forderungen sind die tarifliche Absicherung der bisher freiwilligen betrieblichen Sonderleistungen wie 13. Gehalt, Weihnachtsgartifikation und ähnliches sowie ein Verbot der Samstagarbeit. Am 23. Januar fanden die ersten Verhandlungen statt. Der zuständige Unternehmerverband machte Angebote weit unter 3 Prozent. Kommentar der HBV dazu: „Die Gewerkschaft HBV macht diesen Katastrophenkurs nicht mit.“

Gesichtspunkte ausschlaggebend gewesen:

Die Erhöhung der Prozentstaffel und die verbesserten Lohngruppenmerkmale führen zu einer höheren tariflichen Absicherung der Effektivverdienste. Allein die Veränderung der Prozentstaffel ergibt durchschnittlich eine Erhöhung der Tariflöhne um 3,4 Prozent; im einzelnen liegen die Erhöhungen zwischen 0,15 und 0,42 DM. Darüber hinaus können noch Höhergruppierungen aufgrund der verbesserten Lohngruppenmerkmale erfolgen. Die Anzahl der Eingruppierungsmerkmale ist verringert und die Begriffe sind klarer gefaßt worden.

Vor allem für die weiblichen Beschäftigten in der Papierverarbeitung eröffnet der Lohnrahmentarifvertrag weitere Möglichkeiten der Höhergruppierung. Eingruppierungsmerkmale wie „leichte und einfache Arbeiten“ oder „Geschicklichkeit“ machten die drei unteren Lohngruppen zu typischen Frauenlohngruppen. Das Merkmal der körperlich schweren Arbeit in der bisherigen Lohngruppe III hatte die Wirkung einer Eingruppierungsbarriere, die nur selten von einer Kollegin überschritten werden konnte. Hier hat die neue Lohnstruktur Bedingungen geschaffen, welche diese festgefahrenen Eingruppierungsstrukturen aufbrechen helfen. So betrieblige Begriffe wie Geschicklichkeit oder die Eingruppierungsbarriere der körperlich schweren Arbeit sind weggefallen; die Berücksichtigung von Aufmerksamkeit und Konzentration als Eingruppierungsmerkmale werden den spezifischen Bedingungen der weiblichen Beschäftigten in der Papierverarbeitung wesentlich gerechter.

Mit der Berücksichtigung von erheblichen geistig-nervlichen und besonderen körperlichen Belastungen (diese definiert auch als Zwangs- und einseitige Körperhaltung) wird eine zusätzliche Möglichkeit der Eingruppierung in die nächsthöhere Lohngruppe eröffnet. Mit der Tarifierung von Belastungen der Nerven, Sinne und des Körpers betritt die IG Druck und Papier sozusagen tarifpolitisches Neuland. Damit soll den anwachsenden Belastungen durch die fortschreitende Automatisierung Rechnung getragen werden.

Insgesamt wird bei Ausschöpfung aller neuen Möglichkeiten des Lohnrahmentarifvertrages zum einen für den einzelnen die Ausgangsbasis bei Tariflohnerhöhungen und tariflicher Jahresleistung verbessert, zum anderen die Kluft zwischen Tarif- und Effektivlohn verringert. Die Effektivlöhne werden dadurch sicherer, und die Tariflöhne können weniger durch die betriebliche Lohngestaltung der Unternehmer unkenntlich gemacht werden. Für die IG Druck und Papier ein weiterer Schritt in Richtung der Aktivierung der gewerkschaftlichen Arbeit in der Papierverarbeitung.

Sozialer Besitzstand muß aktiv verteidigt werden

Die Metall-Tarifrunde hatte gerade begonnen und schon entpuppten sich die Unternehmerversprechungen als hohles Gerede. Da war doch allen Ernstes vom Institut der Deutschen Wirtschaft bis hin zum Sachverständigenrat behauptet worden, daß Lohnerhöhungen im Rahmen der volkswirtschaftlichen Produktivität, bei Außerachtlassung der Preissteigerungen, eine Senkung des Preisniveaus bewirkten. Dadurch könne der Reallohn auch bei geringerer Steigerung des Nominallohns noch wachsen. Aber während Lohn- und Gehaltserhöhungen noch in weiter Ferne liegen, stiegen im Januar 1981 die Lebenshaltungskosten munter weiter und lagen um nicht weniger als 6 Prozent über dem Vergleichsstand des Vorjahres.

Folglich hatten diejenigen recht, die davor warnten, die gewerkschaftliche Lohnpolitik auf fragwürdige Preisprognosen zu stützen und nicht überprüfbare Zukunftsversprechen zur Grundlage zu nehmen. Nach wie vor dreht sich die Preisspirale munter weiter. Dazu kommen noch die erheblichen Steigerungen der Sozialabgaben. Wer folglich gegenwärtig nur das vorhandene Reallohniveau sichern will, muß Lohn- und Gehaltserhöhungen durchsetzen, die dicht an das Forderungsvolumen der metallverarbeitenden Industrie in Höhe von 8 Prozent heranreichen. Damit wäre noch kein Deut der gewachsenen Produktivität eingefangen. Von einer Umverteilung könnte erst gar nicht gesprochen werden.

Wenn nun in der unbestreitbar vorhandenen Krise von den Gewerkschaften darauf orientiert wird, vorerst das Erreichte zu verteidigen, so kann dies nur durch aktives Wirken geschehen, nicht aber durch passives Verharren.

Ob die vom Vorstand der IG Metall gegenwärtig verfolgte Strategie in der Lage ist, das selbstgesteckte Ziel zu erreichen – Sicherung und Verbesserung der Realeinkommen –, wird letztlich an dem erzielten Ergebnis zu messen sein. Zweifel sind schon jetzt angebracht.

Als der 1. Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, in einem Rundfunkinterview andeutete, daß die IG Metall unter gewissen Bedingungen bereit sein könnte, 5 Prozent zu akzeptieren, blieb der „Süddeutschen Zeitung“ vor Staunen der Mund offen. Sie bemerkte: „Mit einem derart weiten Entgegenkommen schon vor Beginn des Feilschens die eigene Manövriermasse einzuengen – das ist ungewöhnlich und bricht die Regeln des Rituals.“ Hans Mayr, 2. Vorsitzender der IG Metall, hob gegenüber den bisher wenig kompromißbereiten Metallunternehmern in „Der Gewerkschafter“ (Nr. 1/81) hervor, daß die IG Metall ihr Interesse und ihre Bereitschaft „zu der Vereinbarung ei-

nes sozialen Kompromisses auf dem Verhandlungswege unmißverständlich erklärt“ habe. Ob die weitere Ankündigung, notfalls alle gewerkschaftlichen Mittel einzusetzen, angesichts solcher Äußerungen von den Unternehmern noch ernst genommen wird, kann ebenfalls bezweifelt werden.

Die Tarifkommissionen der Metallverarbeitung hatten ihre Forderung von 8 Prozent im Dezember zu einem Zeitpunkt aufgestellt, als die IG Metall noch hoffte, daß die Preissteigerung erheblich unter 5 Prozent absacken würde. Tatsächlich betrug sie für das Jahr 1980 5,5 Prozent. Im Januar war schon ersichtlich, daß die den Gewerkschaften in Aussicht gestellte Preisgrenze für 1981 völlig illusorisch geworden war, sich nicht nach unten, sondern nach oben bewegte und 6 Prozent erreichte.

HBV-Grundsätze zur Tarifrunde

Am 28. Februar laufen die Gehaltstarifverträge für die knapp 300 000 Bankangestellten im Bundesgebiet und Westberlin aus. Einen Monat später – am 31. März – sind dann die Tarifverträge für die ebenfalls knapp 300 000 Versicherungsangestellten kündbar. Für die anlaufende Tarifrunde haben die entsprechenden Tarifkommissionen der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) am 7. bzw. 15. Januar Grundsätze aufgestellt. Schwergewichte sind dabei u. a.:

- Sicherung und Ausbau der Realeinkommen.
- Zurückweisung der Verzichtsparolen der Unternehmerverbände.
- Gezielte Tarifverbesserungen zum Abbau leistungswidriger und unsozialer Benachteiligungen.
- Tarifierung eines einheitlichen Urlaubsgeldes für alle Bankangestellten bzw. Absicherung und effektive Erhö-

Trotz dieser Entwicklung korrigierte die Tarifkommission der nordrhein-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie die Forderung der Metallverarbeitung in Höhe von rund 8 Prozent noch nach unten. Sie will nunmehr nur 7 Prozent höhere Löhne und Gehälter bei einer gleichzeitigen Vorweganhebung des tariflichen Ecklohns auf 9,35 DM, also weniger als den Ausgleich für gestiegene Preise und Produktivität. Wen wundert es da noch, daß die Stahlunternehmer begeistert vermerken, daß dieses Forderungskonzept in „die richtige Richtung“ gehe. Angesichts dieser Sachlage wird es im Metall- und Stahlbereich großer Anstrengungen bedürfen, um 1981 einen realen Lohnabbau zu verhindern.

Andere Gewerkschaften, wie die des öffentlichen Dienstes, die IG Bau – Steine – Erden, die IG Druck und Papier oder die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen können jetzt noch Lehren aus der Metalltarifrunde ziehen. Detlef Hensche bemerkt in „druck und papier“ (1/1981), daß es bei der Unternehmensstrategie nicht nur um einmalige Opfer im Jahre 1981 gehe. „Die Unternehmerverbände“, so schrieb er, „zeichnen mit ihrer Politik die Linie für die 80er Jahre vor: Lohnverzicht und Abbau des sozialen Besitzstandes bei weiterer Arbeitslosigkeit.“ Für die Gewerkschaften bleibt nur, wenn sie diese Kröte nicht schlucken wollen, der Weg, sich zu wehren. Wer aber dazu nicht bereit ist, meint der Vorsitzende der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Günter Volkmar, müsse damit rechnen, daß auf Jahre hinaus die Weichen gegen die Arbeitnehmer gestellt werden.

Heinz Schäfer

lung der Sonderzahlungen im Versicherungsbereich.

- Weitere Arbeitszeitverkürzungen durch Urlaubsverlängerung, vorgezogene Pensionierung, tarifliche Begrenzung der Mehrarbeit.
- Freischichten bei Nacht- und Schichtarbeit.
- Überproportionale Anhebung der Ausbildungsvergütungen zur finanziellen Unabhängigkeit der Auszubildenden und der Chancengleichheit bei der Berufswahl.

Berücksichtigt werden sollen bei der Aufstellung der Gehaltsforderungen die um 5,5 Prozent erhöhten Lebenshaltungskosten sowie die 1980 um 2,5 Prozent gestiegene durchschnittliche Arbeitsproduktivität. Darüber hinaus soll mehr Verteilungsgerechtigkeit der Angestellten im Vergleich zur Entwicklung der Selbständigeneinkommen durchgesetzt werden. G. M.

IG Chemie: In der Tarifrunde ist Reallohnsicherung das Mindeste

Die IG Chemie-Papier-Keramik hat sich recht kompakte tarifpolitische Ziele gesetzt, die sie in der bevorstehenden Tarifrunde jedoch nicht alle anvisieren will und kann. Im Vordergrund dürfte die Sicherung und Verbesserung der Realeinkommen stehen. Auf der Tagesordnung steht auch noch der im vergangenen Jahr verfehlt Einstieg in den gemeinsamen Entgelttarifvertrag für Arbeiter und Angestellte. Ein dritter Bereich ist die Humanisierung der Schichtarbeit.

Zum Thema Schichtarbeit legte die Gewerkschaft im Januar das umfangreiche Gesamtergebnis der Problemanalyse „Projekt Schichtarbeit“ (PROSA) vor. Damit soll der Problembereich Schichtarbeit für die betriebliche und gewerkschaftliche Umsetzung nutzbar gemacht werden. Schichtarbeiter brauchen für die vielfältigen Erschwernisse im Erwerbs- und Freizeitleben, so lautet eine wesentliche Schlußfolgerung, mehr Freizeit als Ausgleich. Folgerichtig fordert die IG Chemie-Papier-Keramik für Schichtarbeiter eine wöchentliche Arbeitszeit von nur 33,6 Stunden.

Diese Forderung wird jedoch in die bevorstehende Tarifbewegung in der chemischen Industrie nicht einfließen, wie Horst Mettke, zuständig im geschäftsführenden Hauptvorstand für Tarifpolitik, am 20. Januar in einer Pressekonferenz erklärte. Die gewerkschaftspolitischen Ableitungen aus der Problemanalyse müßten erst noch erfolgen. Auch komme es darauf an, diesen Fragenkomplex mit den anderen DGB-Gewerkschaften zu diskutieren, die von PROSA ebenfalls profitieren sollten.

Zu den wesentlichen Faktoren der diesjährigen Lohn- und Gehaltspolitik äußerte sich der Gewerkschaftsvorsitzende Hauenschild. Wenn man bisher immer davon ausgegangen sei, daß gewerkschaftliche Tarifpolitik die Preissteigerungen, die Produktivitätsfortschritte und auch eine gewisse Umverteilung des Sozialprodukts zugunsten der Arbeitnehmer erbringen müsse, so sei angesichts der kleiner gewordenen Verteilungsspielräume das Jahr 1981 nicht das Jahr der Umverteilung. Aber auf jeden Fall müsse das reale Einkommen der Arbeiter und Angestellten verteidigt werden; daran gebe es nichts zu deuteln. Genauer wollte Hauenschild nicht sagen.

Ob man gedenkt, jetzt einen neuen Anlauf für den gemeinsamen Entgelttarifvertrag zu nehmen, blieb in der Pressekonferenz ebenfalls offen. Die Angelegenheit dürfte keineswegs vom Tisch sein; andererseits jedoch scheint man noch immer nicht entschlossen, in dieser Frage eine härtere Gangart zu wählen.

Erinnert sei an folgenden Beschluß des Mannheimer Gewerkschaftstages im September: „Der Hauptvorstand und die Tarifabteilung der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik werden aufgefordert, ein tarifpolitisches Konzept zur praktischen Umsetzung der Forderung nach Entgelttarifverträgen zu erstellen. Auf der Grundlage dieses Konzeptes entwickeln die zuständigen Tarifkommissionen die konkreten Tarifforderungen und Strategien zur Durchsetzung der Entgelttarifverträge. Die Durchsetzung von Entgelttarifverträgen soll nicht zu Lasten der Weiterentwicklung der Einkommen geschehen. Es muß aber verhindert werden, daß für minimale Lohn- und Gehaltsverbesserungen die Verwirklichung von Entgelttarifverträgen auf die lange Bank geschoben wird.“

Dieser Initiativantrag (Nr. 10), der gegen die Empfehlung der Antragskommission nicht als „Material“, sondern als Antrag beschlossen wurde, sagt deutlich genug, wie zu verfahren und was dabei zu berücksichtigen ist.

Schon bald dürfte sich zeigen, ob entsprechend gehandelt wird. Der gemeinsame Tarifvertrag als Mittel zur stärkeren Entwicklung der Solidarität zwischen Arbeitern und Angestellten und damit der gewerkschaftlichen Durchsetzungskraft spielt zunehmend auch in anderen DGB-Gewerkschaften eine Rolle.

Unter diesem Gesichtspunkt, wie grundsätzlich tarifpolitisch, hat auch folgender Beschluß des Gewerkschaftstages (Initiativantrag Nr. 12) einen hohen Stellenwert: „Der Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik wird aufgefordert, nach geeigneten Mitteln zu suchen und diese einzusetzen, um andere DGB-Gewerkschaften bei der Durchsetzung von tarifpolitischen Zielen zu unterstützen, die für alle Arbeitnehmer von grundsätzlicher Bedeutung sind.“ Zweifelloser wäre ein gemeinsames Vorgehen der DGB-Gewerkschaften in der Tarifpolitik die richtige Antwort auf die Strategie des Reallohnabbaus der Unternehmerverbände und Bonner Parteien.

Gerd Siebert

IG Bau kündigt Tarifverträge

Auf Empfehlung der Großen Tarifkommission beschloß der Beirat der IG Bau – Steine – Erden, die Tarifverträge für die 1,2 Millionen Beschäftigten im Baugewerbe fristgerecht zum 31. März zu kündigen. Eine Forderung wurde noch nicht erhoben, da ihr nach den Beschlüssen der Gewerkschaft eine Meinungsbildung der Mitglieder vorausgehen muß. Wie Rudolf Sperner mitteilte, würde jedoch der Sommerlohn-ausfallregelung besondere Bedeutung zugemessen.

Ziel der IG Metall fast erreicht

Die IG Metall hat ihr Ziel, den 6-Wochen-Urlaub, fast erreicht. In diesem Jahr erhöht sich der Urlaub bis zum vollendeten 18. Lebensjahr um einen auf 30 Tage, nach dem vollendeten 25. Lebensjahr um zwei auf 30 und nach dem vollendeten 30. Lebensjahr um einen Tag auf 30 Tage. Für die Altersgruppe zwischen 18 und 25 Jahre steigt der Urlaub um zwei auf 28 Tage. Diese Altersgruppe, die früher noch um eine ganze Urlaubswoche hinter anderen Altersgruppen zurücklag, erreicht den 6-Woche-Urlaub ab 1. Januar 1982.

Erste Forderungen bei Druck und Papier

Am 31. März laufen die Lohnverträge im Druckgewerbe aus. Inzwischen liegen die ersten Forderungen vor. So verlangt der Landesbezirk Rheinland-Pfalz-Saar Erhöhungen von 9 Prozent, mindestens aber 87 Pfennig je Stunde. Der Ortsverein Köln will ebenfalls 9 Prozent mehr sowie eine Vorweganhebung zwischen 1 und 2,5 Prozent für die unteren Lohngruppen. Die Vergütung für Auszubildende soll monatlich künftig 225 Prozent vom Facharbeiter-Wochenlohn betragen.

Erhöhung unter der Preissteigerungsrate

Rückwirkend zum 1. November erhalten die rund 30 000 gewerblich Beschäftigten der Lederwaren- und Kofferindustrie Lohnerhöhungen von durchschnittlich 5,6 Prozent. Für die Angestellten wurde eine 5,5prozentige Anhebung der Gehälter vereinbart. Damit ist für die Beschäftigten dieses Bereiches bei einer Preissteigerungsrate von zur Zeit 6 Prozent ein Reallohnverlust bereits festgeschrieben.

Vom „Wohlstand für alle“ wollen Unternehmer heute nichts wissen

DAS ARGUMENT

Gegen eine aktive Lohnpolitik wird gegenwärtig in den Massenmedien ein Argument besonders strapaziert. Man müsse sich von der Vorstellung trennen, heißt es da, daß

die Steigerung des Wohlstandes etwas Selbstverständliches sei – so der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 1980/81. In den fünfziger Jahren, in den Zeiten des „Wirtschaftswunders“, las man es noch anders, da wurde noch „Wohlstand für alle“ versprochen.

Otto Emminger, ehemaliger Bundesbankpräsident forderte dazu auf, in den nächsten beiden Jahren auf reale Einkommensteigerungen zu verzichten. Otto Esser, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, meinte, der künftige Spielraum für eine weitere Wohlstandssteigerung werde kleiner. In diesem Chor darf auch der Herr Bundeskanzler nicht fehlen. 1981, so sagte Helmut Schmidt, werde kein Jahr sein, in dem größere materielle Ansprüche verwirklicht werden könnten, denn es werde in ganz Europa kaum Wachstum geben. Abgesehen davon, daß das mit dem Wachstum nicht stimmt, (siehe hierzu Seite 29), steht dieses Argument auch sonst auf ganz wackligen Beinen. Es dient vor allem dazu, den Erwartungshorizont der Arbeiter, Angestellten und Beamten herunterzuspielen, um in der anstehenden Lohnrunde ihre Kampfkraft zu schwächen.

Aber, so kann man diese Höchstverdiener fragen, haben wir nicht Millionen Wohnungssuchende und zugleich viele arbeitslose Bauarbeiter? Werden nicht mehr Bildung und Ausbildung benötigt und stehen nicht zugleich Zehntausende Lehrer auf der Straße? Sind nicht in vielen Unternehmen die Warenlager voll, weil die Kaufkraft fehlt die Waren zu erwerben, und sollen nicht zugleich die realen Löhne und Gehälter eingefroren und sogar gesenkt werden?

Aber, so hört man sie schon sagen, das alles kostet Geld, viel Geld sogar, und dies sei nicht vorhanden. Wirklich nicht? Fließen nicht Milliarden in die Rüstung, zu den Militärdiktaturen in der Türkei und Pakistan oder aber zu Misträßen Thatcher? Stecken nicht die Unternehmer Milliarden an Subventionen in die Tasche, ohne zu irgend etwas verpflichtet zu sein? Wir haben angeblich kein Geld und leisten uns den Luxus, über eine Million arbeitswilliger und arbeitssuchender Menschen nicht zu beschäftigen. Sie wären in der Lage, Güter im Werte von Dutzenden Milliarden zu produzieren. Mit ihnen könnten nicht nur neue Arbeitsplätze geschaffen, sondern auch die teurer gewordenen Ölimporte leichter finanziert werden.

Jahrelang, als alles gut ging, oder besser, gut zu gehen schien, hat man das angebliche Wirtschaftswunder in den Himmel gehoben und die kapitalistische Marktwirtschaft gepriesen. Jetzt fällt die Maske der angeblich sozialen Marktwirtschaft und enthüllt das Gesicht des ganz gewöhnlichen Kapitalismus. Und hier wird einmal mehr offenbar, daß die Profitrate, und nur auf sie kann das Kapital reagieren, für eine arbeitsteilige Wirtschaft, deren Produktion notwendigerweise immer mehr vergesellschaftet wird, ein unbrauchbarer Maßstab ist. Aus dem Profitstreben entspringt die jetzt immer sichtbarer werdende Mißwirtschaft.

Schon im „Kapital“ schrieb Marx, daß der Kapitalismus zwar die Mittel habe, die Produktivkräfte schnell zu entwickeln, daß er aber zugleich stets mit seinem beschränkten Zweck in Konflikt gerate, mit der Verwertung des vorhandenen Kapitals. Für dieses kommt es nicht darauf an, einen Gewinn schlechthin zu erzielen, sondern die jeweils höchstmögliche Profitrate. Davon kann kein Unternehmer bei Strale seines Untergangs abgehen. Darin liegt das Dilemma des Kapitalismus. Er kann Reichtum schaffen, aber er kann ihn nicht bewältigen. Und so kommt es, daß er sich bei vielen in Armut verwandelt, es sind dies die zwei Seiten derselben Medaille.

Aber für die Gewerkschafter besteht nicht der geringste Grund, sich dieser kapitalistischen Wollstlogik unterzuordnen. Im Gegenteil. Sie sind in der Lage, den Unternehmern kurz-, mittel- und langfristig ihre Strategie entgegenzusetzen. Nirgends steht geschrieben, daß alles so bleiben muß wie es ist. Das DGB-Grundsatzprogramm hält eine demokratische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft für unerlässlich.

Heinz Schäfer

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Zweigen.

28. Februar – 4,8 Mill.

Öffentlicher Dienst (2,1 Mill.); Bundespost (200 800); Bundesbahn (161 400); privates Verkehrsgewerbe Niedersachsen (31 700); Metallindustrie und Gießereien Bayern (696 500); Großhandel Nordrhein-Westfalen und Bayern (460 000); privates Bankgewerbe und Sparkassen (300 000); Metallhandwerksbereiche in Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen (162 400); Einzelhandel Hessen (101 900); Nahrungs- und Genussmittelindustrie verschiedene Bezirke (97 000); Staatsforsten und Baumschulen (39 300); Sägeindustrie und Holzbearbeitung Bundesgebiet (41 800).

31. März – 1,9 Mill.

Einzelhandel Nordrhein-Westfalen, Saarland, Baden-Württemberg (534 700); privates Versicherungsgewerbe im Bundesgebiet und Westberlin (208 900); Großhandel in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg (161 500); Gebäude-reinigerhandwerk in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Alzey-Worms und Mainz-Bingen (170 200); Druckindustrie im Bundesgebiet einschließlich Westberlin (127 400); Steine- und Erdenindustrie Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg (62 000); Eisen- und Stahlindustrie im Saarland (31 900); Energieversorgung mehrerer Bereiche (36 900); Landschafts- und Erwerbsgartenbau im Bundesgebiet (77 000); Holzverarbeitende Industrie im Saarland und in Bayern (25 600).

30. April – 3,1 Mill.

Baugewerbe (957 600); Malerhandwerk (124 500); Chemische Industrie Nordrhein, Hessen und Rheinland-Pfalz (289 700); Steinkohlenbergbau Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bergbau-Spezialgesellschaften Aachen und Saarland (202 800); Textil- und Bekleidungsindustrie (506 800); Großhandel Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Rheinessen (190 900); Einzelhandel Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Limburg – Oberlahn, Rheinland-Pfalz, Bayern (423 500); Hotel- und Gaststättengewerbe Nordrhein-Westfalen (80 400).

Arbeitslosigkeit steigt weiter an: Regierung mit ihrem Latein am Ende

Was die Arbeitslosigkeit betrifft, so nähern wir uns allmählich Zuständen, wie sie im Land der „Eisernen Lady“ Thatcher seit langer Zeit vorherrschen, jedoch in einem kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem – sieht man die Vergangenheit – nichts Außergewöhnliches sind. Schon spricht der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit (BfA), Stingl, davon, daß zwei Millionen Arbeitslose im Jahresdurchschnitt 1982 nicht mehr auszuschließen sind. Rechnet man jedoch die hohe Dunkelziffer hinzu, die in keiner Arbeitslosenstatistik zu finden ist und von der „Wirtschaftswoche“ auf rund 600 000 beziffert wird, so ist mit dem Erreichen der 2-Millionen-Grenze schon im Februar/März dieses Jahres zu rechnen.

Bereits die Dezemberzahl mit 1 118 500 statistisch erfaßten Menschen ohne Arbeit warf alle zweckoptimistischen Prognosen der Bundesregierung und ihrer Wirtschaftsforscher über den Haufen. Kaum war der erste Schock verdaut, da kam bereits die neue Hiobsbotschaft. Aus der Nürnberger BfA-Zentrale meldete dpa für Januar eine voraussichtliche Arbeitslosenzahl von 1,3 Millionen.

Ein brachliegendes Kapital also, welches der DGB-Vorsitzende Vetter auf der Ende Oktober stattgefundenen beschäftigungspolitischen Konferenz der Gewerkschaften als „eine ökonomische Verschwendung großen Stils“ bezeichnete. Nach seinen Angaben beträgt der seit 1975 verursachte jährliche wirtschaftliche Verlust rund 55 Milliarden DM. „Mit diesen Mitteln“, so Vetter wörtlich, „hätte man pro Jahr 400 000 neue Wohnungen bauen oder die Renten aller Arbeiter und Angestellten um die Hälfte erhöhen können.“

Wohlgemerkt, dabei wurden von Vetter Arbeitslosenzahlen einkalkuliert, die weit unter den heutigen liegen. So stieg die Arbeitslosenzahl im Dezember 1980 im Vergleich zum Vormonat um 150 800. In der vergleichbaren Vergangenheit war nur in den Dezembermonaten der Jahre 1966, 1973 und 1974 eine Zunahme in ähnlicher Größenordnung zu beobachten. Um noch einen Vergleich zu bringen: Ende Dezember 1980 übertraf die Zahl der Arbeitslosen den Vorjahresstand um 251 500, das sind 29 Prozent.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Arbeitslosenzahlen weiter ansteigen werden. Denn noch sind die elektronischen Chips nicht überall installiert. Sie werden eingesetzt, sobald sie für die Unternehmer einen entsprechenden Profit bringen. Und das scheint in greifbarer Nähe zu sein. So erwarten die Forscher des Münchner Ifo-Instituts und von Prognos Basel, wie die „Wirtschaftswoche“ schreibt, „bis 1985 erhebliche Rationalisierungen durch die Mikroelektronik mit verheerenden Wir-

kungen auf die Beschäftigung“. Bis 1979 konnte noch ein großer Teil der Arbeitslosen in den Dienstleistungsbetrieben untergebracht werden. Das hat sich geändert. Auch hier gibt es kaum noch freie Stellen. Und wie die Siemens-Studie „Büro 1990“ zeigt, werden in diesem Jahrzehnt im Bereich der Textverarbeitung 1 bis 1,5 Millionen Beschäftigte überflüssig.

Abgesehen von diesen trüben Aussichten, gibt es schon heute allen Grund zur ersten Besorgnis und zu entsprechenden Maßnahmen. Das trifft in ver-

Fieberkurve Arbeitslosigkeit

Jahr	Arbeitslosenzahlen	Offene Stellen
1969	178 579	746 998
1971	185 072	648 084
1973	273 498	572 039
1975	1 074 217	236 174
1976 (Dez.)	1 089 935	185 879
1980 (Dez.)	1 118 500	226 100

stärktem Maße auf die Problemgruppen zu, denen das grundgesetzlich verbriefte Recht auf Arbeit streitig gemacht wird. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang die Frauen. Sie stellen nach wie vor über die Hälfte der Arbeitslosen. Immer stärker trifft der von den Gewerkschaften geprägte bittere Satz „Zuerst geheuert, in der Krise gefeuert“ auf sie zu. Außer acht gelassen werden darf auch nicht die Tatsache, daß unter der genannten Dunkelziffer ein Großteil Frauen ist. Viele von ihnen haben keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung und rechnen sich auch wenig Chancen aus, vom Arbeitsamt einen neuen Arbeitsplatz vermittelt zu bekommen.

Nicht anders ist die Situation unter den

Jugendlichen. Ihre Probleme können auch nicht mit noch so schönen Sonntagsgesprächen vom Tisch gewischt werden.

In dem Dezemberbericht wird die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahre mit 92 700 beziffert. Damit wurde der Vorjahresstand um 23 100 oder 33 Prozent überschritten. Seit dem Frühjahr ist bei dieser Personengruppe ein ständiges Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu beobachten. Zahlreiche Jugendliche wurden direkt von der Schule in die Arbeitslosigkeit entlassen. Auch hier weist der Trend nach oben, denn die geburtenstarken Jahrgänge beginnen jetzt erst auf den Arbeitsmarkt zu drängen.

Sozialen Sprengstoff bieten auch die ausländischen Beschäftigten. Im Dezember waren unter ihnen 140 500 als arbeitslos gemeldet. Mit dieser Zahl wurde der Vorjahresstand um 39 300 oder 39 Prozent übertroffen. Aber bis Ende dieses Jahrzehnts werden 300 000 bis 500 000 der jetzt heranwachsenden Ausländerkinder einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz suchen.

Neben der Zahl der Arbeitslosen weist auch die der Kurzarbeiter steigende Tendenz auf. Im Dezember wurde nach Angaben der BfA in 4400 Betrieben kurzgearbeitet. Das war in 1000 Betrieben mehr als im Vormonat. Betroffen – in der Automobilindustrie (68 300), der Metallherzeugung (40 800), der Elektrotechnik (40 400) und dem Maschinenbau (34 500) – waren im Dezember des vergangenen Jahres 357 100. Anzeigen über geplante Kurzarbeit gingen für 177 700 ein. Sie wurden im Dezember jedoch noch nicht voll wirksam. So ist damit zu rechnen, daß auch die Januarstatistik bei den Kurzarbeitern ein nicht unerhebliches Plus aufweist. Zu beachten ist auch noch, daß die Zahl der offenen Stellen im Vergleich zum Vorjahr um 42 100 auf 226 100 zurückging.

Hilflos wie das bekannte Kaninchen auf die Schlange starrt die Bundesregierung auf die anschwellende Flut der Arbeitslosen. Sie scheint mit ihrem Latein am Ende zu sein. Die Gewerkschaften und einige progressive Wissenschaftler haben Vorschläge gemacht, wie die Arbeitslosigkeit gemildert werden kann: Stichpunktartig seien hier genannt: 35-Stunden-Woche, Herabsetzung des Rentenalters, Lösung der Umweltprobleme, Entwicklung alternativer Energiequellen, Ausbau des Gesundheits- und Bildungswesens. Aber alle diese Maßnahmen, so begrüßenswert ihre Durchsetzung auch ist, würde letztlich nur eine kosmetische Operation im Rahmen des kapitalistischen Systems bedeuten. Grundlegender Wandel ist erst gegeben, wenn die Wirtschaft nicht mehr auf Profit ausgerichtet und Planung nicht mehr tabu ist.

Gisela Mayer

Leichtes Leben

Wer es noch nicht wußte: das Leben war leicht. Bis jetzt jedenfalls. Mit der Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung für 1981 sind allerdings neue Zeiten angebrochen. Graf Lambsdorff: „Die Zeiten leichten Lebens sind einstweilen vorbei.“ Dem verschreckten Bürger wird kaum ein Trost gelassen. Er kann sich bestenfalls noch an das Wörtchen „einstweilen“ klammern, das immerhin offenläßt, ob die Zeiten leichten Lebens vielleicht irgendwann einmal wiederkehren.

Tatsächlich verheißt der Jahreswirtschaftsbericht, dessen Kern die Jahresprojektion für 1981 darstellt, wenig Gutes. Die gegenwärtige Krise wird länger und tiefer sein als ursprünglich angekündigt, die Arbeitslosenzahlen werden auf eine neue Rekordziffer steigen, die Löhne und Gehälter sollen real sinken. Auch die ursprünglich relativ optimistische Prognose für die Preisentwicklung ist nach oben korrigiert worden. Allerdings ist die Preisprognose zweckoptimistisch geblieben. Da im Januar die Inflationsrate bei fast 6 Prozent lag, dürfte für den Jahresdurchschnitt 1981 die Rate sicher über den prognostizierten 4,5 Prozent liegen.

Nun ist die Prognose für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht überraschend. Schon seit Monaten war absehbar, daß die kapitalistische Weltwirtschaftskrise 1980/81 mehr als nur eine „Wachstumspause“ sein wird. Erstaunlich ist allerdings, daß die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung nach wie vor keinen „konjunkturpolitischen Handlungsbedarf“ sieht. Es scheint eher so, als ob ihr die zyklische Verschlechterung der Konjunktur sogar gelegen kommt: So kann sie von Unternehmern und Regierung genutzt werden – ganz im Sinne der Lambsdorffschen Sprechblase –, um den Kurs des Sozialabbaus, der Umverteilung zugunsten der Unternehmerrgewinne zu verstärken.

Inzwischen muß in der konjunkturpolitischen Abstinenz der Bundesregierung ein klarer Verstoß gegen gesetzliche Bestimmungen gesehen werden. Im Stabilitätsgesetz von 1967 heißt es nämlich: „Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten.“ Das Gleichgewicht ist definiert in Hinblick auf die Kennziffern für Wachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität und Außenwirtschaft. Lambsdorff selbst stellte im Namen der Bundesregierung fest, daß gegenwärtig alle vier Ziele verletzt sind. Im gleichen Atemzug lehnte er jedoch die Anwendung der im Stabilitätsgesetz genannten Instrumente zur Belebung der Konjunktur ab.

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Verarbeitendes Gewerbe

	November 1980	Veränderung in v. H. gegenüber	
		Oktober 1980	November 1979
Produktion ¹⁾	136,9	+ 8,9	- 0,4
Auftragseingänge ²⁾	117,3	- 11,8	- 5,8

¹⁾ Index 1970 = 100

²⁾ Index 1976 = 100, in jeweiligen Preisen

(Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. Presseberichten)

2. Löhne und Gehälter

Tariflöhne und -gehälter ¹⁾	Veränderung in v. H. gegenüber	
	November 1980	November 1979
	225,6	+ 7,2

¹⁾ Auf Monatsbasis

3. Preise

Index 1976 = 100	Dezember 1980	Veränderung in v. H. gegenüber	
		November 1980	Dezember 1979
Lebenshaltung	119,3	+ 0,6	+ 5,5
Industriepreise ¹⁾	119,5	+ 0,7	+ 7,4
Landw. Erzeugerpr. ¹⁾	100,5	+ 2,4	+ 0,8
Großhandelspreise ¹⁾	117,5	+ 1,4	+ 6,4
Importpreise ¹⁾²⁾	201,5	+ 2,6	+ 15,5
Exportpreise ¹⁾²⁾	165,3	+ 0,4	+ 6,2

¹⁾ November 1980

²⁾ Index 1970 = 100

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

4. Arbeitsmarkt (in 1000 Personen)

	Dezember 1980	Veränderung in 1000 gegenüber	
		November 1980	Dezember 1979
Arbeitslose	1118	+ 150	+ 251
Kurzarbeiter	357	+ 93	+ 277
Offene Stellen	226	- 20	- 42

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

5. Jahreswirtschaftsbericht²⁾

	1980 ¹⁾	1981 ¹⁾
Bruttosozialprodukt (real)	+ 1,8	0 bis - 1
Verbraucherpreise	+ 5,5	+ 4,5
Erwerbstätige	+ 0,6	- 1 bis - 1,5
Gewinne (brutto)	+ 3,3	+ 2 bis + 3
Löhne/Gehälter (brutto)	+ 7,7	+ 3 bis + 4
Gewinne (netto)	+ 6,5	—
Löhne/Gehälter (netto)	+ 6,0	—
Arbeitslose (in 1000)	889	1200

¹⁾ Veränderung in v. H. gegenüber dem Vorjahr

²⁾ Zahlen für 1980 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes, Zahlen für 1981 nach Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung; eigene Berechnungen (Quelle: Presseberichte)

Was sich hier an wirtschaftspolitischen Kernvorstellungen offenbart, entspricht der Praxis in den meisten kapitalistischen Ländern. Die wirtschaftlichen Probleme sollen auf Kosten der Arbeiter und Angestellten gelöst werden. Arbeitslosigkeit, Wachstumsverluste und sinkender Lebensstandard für die Bevölkerung werden in Kauf genommen. Insofern macht die Bundesrepublik keine Ausnahme. Bemerkenswert ist allerdings, daß dieser Kurs bei uns von einer sozialdemokratischen Bundesregierung durchgesetzt wird. Durch den

Jahreswirtschaftsbericht wird dieser Tatbestand unterstrichen. Er wird getragen von der gesamten Bundesregierung, Helmut Schmidt kann sich da keineswegs hinter dem Rücken von Lambsdorff verstecken. Einer Regierung aber, die den Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 1,3 Millionen – und dies ist sicher eine sehr vorsichtige Schätzung – bewußt untätig in Kauf nimmt, keinen Anlaß zum Handeln sieht, muß jede soziale Verantwortung abgesprochen werden. Jörg Goldberg

Forderung nach Aussperrungsverbot muß auf der Tagesordnung bleiben

Interview mit Gert Lütgert, Stellvertretender DGB-Vorsitzender in Hessen

Der DGB sieht sich zunehmend mit Problemen konfrontiert. Da ist in erster Linie die ansteigende Arbeitslosigkeit. Besonders junge Menschen sind betroffen. Erschwerend kommt hinzu, daß das Bundesverfassungsgericht das Berufsbildungsgesetz für nichtig erklärt hat. Es mehren sich die Versuche, gewerkschaftliche Aktionen zu kriminalisieren. Zu diesen und anderen Problemen beantwortet der Stellvertretende Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Hessen, Gert Lütgert, unserer Redakteurin Gisela Mayer einige Fragen.

NACHRICHTEN: Die Arbeitslosigkeit hat mit steigender Tendenz die Millionengrenze überschritten. Welche Vorschläge hat der DGB, um dieser Existenzvernichtung gegenzusteuern?

Gert Lütgert: Der DGB und seine Industriegewerkschaften und Gewerkschaften haben dazu in den letzten Jahren eine ganze Palette von Forderungen zur Diskussion gestellt und diese auch zu realisieren versucht. Der wichtigste Vorschlag scheint mir der nach Verkürzung der „Lebensarbeitszeit“ zu sein. Dieses Ziel kann z. B. erreicht werden durch Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, Verlängerung des Jahresurlaubs, Einführung von Bildungsurlaub, Verlängerung der Schulpflicht und weitere Senkung des Rentenalters.

Der Grundgedanke dabei ist der: Wenn nicht für alle Menschen genug Arbeit da ist, muß sozusagen das Volumen der Arbeit neu verteilt werden. Das ist allerdings ein langfristiger Prozeß, und der muß bei uns durch eine Reihe von Reformen, wie etwa einer grundlegenden Reform der Berufsbildung, begleitet werden.

NACHRICHTEN: Vom Bundesverfassungsgericht wurde dem Berufsbildungsgesetz ein Schlag versetzt. Wie ist die Haltung der Gewerkschaften zu dieser Entscheidung?

Gert Lütgert: Also wissen Sie, wir wären nie sehr zufrieden mit dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz, das Sie mit Ihrer Frage ansprechen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. 12. 1980 hat die Position des DGB in Rechtmäßigkeit und Notwendigkeit einer gesetzlichen Umlagefinanzierung in der Berufsbildung bestätigt. Zu kritisieren ist im Zusammenhang mit dem Urteil, daß sich die Bundesratsmehrheit mit ihrer Obstruktionspolitik erneut durchgesetzt hat.

Wir halten in der jetzt entstandenen Situation an unseren alten Forderungen nach einer grundlegenden Reform der Berufsbildung fest. Kernstück einer solchen Reform muß die Sicherstellung einer qualifizierten Berufsbildung und eines ausreichenden und auswahlfähigen Angebots an Ausbildungsplätzen sein. Hierzu ist die Ablösung der einzelbetrieblichen Finanzierung notwen-



dig. Die Mittel für eine überbetriebliche Finanzierung müssen durch Beiträge aller Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen zu einem zentralen Fonds – mit Hilfe eines Umlagesystems – aufgebracht werden.

NACHRICHTEN: Und da wir schon bei Gerichtsentscheidungen sind, sollte das Urteil des Bundesarbeitsgerichts, das die kalte Aussperrung erlaubt, nicht unerwähnt bleiben. Wie stehen Sie dazu und welche Maßnahmen müßten Ihrer Meinung nach ergriffen werden, um die Aussperrung in all ihren Formen zu Fall zu bringen?

Gert Lütgert: Das Bundesarbeitsgericht hat mit seiner Entscheidung zur „kalten Aussperrung“ die Stellung der Arbeitgeber im Arbeitskampf noch stärker gemacht. Damit ist der Willkür „Tür und Tor“ geöffnet, wie der Kollege Karl-Heinz Janzen vom Vorstand der IG Metall dazu richtig festgestellt hat.

Deshalb müssen wir dafür sorgen, daß in der Bundesrepublik Deutschland die gewerkschaftliche Forderung nach einem Verbot der Aussperrung auf der Tagesordnung bleibt. Wir müssen uns dabei allerdings darüber im klaren sein, daß ein solches Verbot eine Verschiebung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse zugunsten der arbeitenden Menschen voraussetzt. Es bleibt also noch viel zu tun!

NACHRICHTEN: Es mehren sich die Versuche, gewerkschaftliche Aktionen zu kriminalisieren. Gravierendes Beispiel ist die Anklageerhebung gegen drei hessische Funktionäre der IG Druck und Papier. Wie wird der DGB die angeklagten Gewerkschafter unterstützen?

Gert Lütgert: Der Vorgang, den Sie ansprechen, hat für uns grundsätzliche Bedeutung, weil hier ein gewerkschaftlicher Akt praktizierter internationaler Solidarität mit Hilfe der Justiz bekämpft werden soll.

Wir werden selbstverständlich unsere Kollegen von der IG Druck und Papier nicht alleine lassen und ihnen im Rahmen unserer Möglichkeiten jede Unterstützung und Hilfe gewähren.

NACHRICHTEN: Die Wohnungsnot, besonders in den industriellen Ballungsgebieten, nimmt große Ausmaße an. Gibi es Vorschläge des DGB zur Beseitigung der Wohnungsnot, und was sind dabei die Schwerpunkte?

Gert Lütgert: Ja, es gibt auch auf diesem Gebiet vielfältige Vorschläge und Forderungen des DGB. So halten wir z. B. den Bau von mindestens 450 000 Wohnungen im Jahr für notwendig. Davon sollen mindestens 200 000 direkt öffentlich gefördert werden, damit insbesondere für die Menschen mit geringem Einkommen finanziell tragbare Mieten entstehen. Das Wohnumfeld – das ist für uns auch wichtig – muß so gestaltet werden, daß es Anregung, Erholung und Entfaltung der Menschen in jedem Alter gewährleistet und die sozialen Beziehungen fördert.

Unser gewerkschaftlicher Grundsatz lautet: Jeder Mensch hat ein Recht auf menschenwürdiges Wohnen. Bei der Verwirklichung dieses Prinzips kann auf staatliche Ausgleichsfunktionen nicht verzichtet werden.

Mehr als 500 Anträge zum DGB-Grundsatzprogramm

Anläßlich der Neujahrspressekonferenz am 14. Januar nahm der DGB-Vorsitzende Vetter zum bevorstehenden 4. außerordentlichen DGB-Kongreß vom 12. bis 14. März in Düsseldorf Stellung. Bekanntlich soll dieser Kongreß ein neues Grundsatzprogramm verabschieden. Das Hauptinteresse der Antragsteller – Vorstände der 17 Gewerkschaften, DGB-Landesbezirke und Bundespersonengruppenausschüsse – konzentrierte sich auf die Präambel. Inzwischen hat die Antragskommission zu den insgesamt vorliegenden 512 Anträgen Empfehlungen gegeben, die bei Redaktionsschluß noch nicht vorliegen.

Bei der Zurückhaltung der DGB-Spitze und der Hauptvorstände einzelner Gewerkschaften ist die relativ große Zahl von Abänderungsanträgen um so positiver zu bewerten. Nahezu alle Anträge verlangen Verbesserungen in Richtung einer konsequenteren Interessenvertretung. Für die DGB-Presse war die beschlossene Mitgliederdiskussion des Programmtextes nahezu zu einem unverständlichen Tabu erklärt worden. Während in der Funktionärszeitschrift „Die Quelle“ nach Veröffentlichung des Entwurfs Ende 1979 immerhin noch ein Artikel erschienen war, wo sich Vetter mit NACHRICHTEN in Sachen Toleranz auseinandersetzte, war in der Wochenzeitung des DGB „Welt der Arbeit“ kein Sterbenswörtchen von der Mitgliederdiskussion zu lesen.

Mit Ausnahme der „Holzarbeiterzeitung“ und „Druck und Papier“ haben sich auch die Organe der Einzelgewerkschaften bei der Information über die Programmdiskussion weitgehende Zurückhaltung auferlegt. Dennoch war die Diskussion wesentlich breiter als das mit der Zahl von 512 Anträgen zum Ausdruck kommt. Beispielsweise lagen dem DGB-Landesbezirk Hessen 320 Anträge aus den Kreisen vor, von denen in zusammengefaßter Form 23 an den außerordentlichen Kongreß weitergeleitet wurden.

Der DGB-Bundesvorstand hatte sich schon am 2. und 3. Dezember 1980 auf seiner Klausurtagung in Ratingen mit vorliegenden Anträgen beschäftigt, obwohl die Antragsfrist noch bis zum 31. Dezember andauerte. Wie zu erfahren war, hat man sich dort verständigt, zum eigenen Entwurf zwar keine Anträge mehr zu stellen, aber zugleich soll die Antragskommission Orientierungshilfen bekommen haben. Demnach gab es Übereinstimmung:

● Die Forderungen zu Frieden, Abrüstung und Entspannung sollen in einem im Entwurf nicht vorgesehenen Hauptabschnitt unmittelbar nach der Präambel als erster Schwerpunkt neu aufgenommen werden.

● In die Präambel soll das Bekenntnis zur weltanschaulichen, religiösen und politischen Toleranz, das im Unterschied zum gültigen Programm von 1963 im Entwurf gestrichen war, wieder hereinkommen.

● Die Unterstützung der gewerkschaftlichen Jugend- und Frauenarbeit soll in der Präambel stärker sichtbar gemacht werden.

Keine Einigung erzielte der Bundesvorstand bei der im Entwurf enthaltenen Charakterisierung der „politischen Richtungen und geistigen Ströme der Arbeiterbewegung“, die zur Einheitsgewerkschaft führten. Im Entwurf werden „vor allem die freiheitlich-sozialistischen und christlich-sozialen Richtungen“ genannt. Diese Hervorhebung be-

stimmter Richtungen stieß bei der Programmdiskussion auf harte Kritik. Zahlreiche Anträge verlangen, auf eine Nennung bestimmter Strömungen und Richtungen zu verzichten und statt dessen auf die Rolle des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus bei der Schaffung der Einheitsgewerkschaft hinzuweisen (vergl. auch NACHRICHTEN 12/30, S. 12).

Der Hauptvorstand der HBV empfiehlt in dieser Frage einen Kompromiß. Er schlägt vor, eine historische exakte Formulierung der politischen Richtung und geistigen Ströme der „Gewerkschaftsbewegung“ vorzunehmen. Danach soll die „freigewerkschaftliche (sozialistische) und christliche Richtung“ genannt werden und zusätzlich auf den gemeinsamen Kampf gegen den Nationalsozialismus bei der Herausbildung der Einheitsgewerkschaft hingewiesen werden. Nach einer Meldung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 31. Dezember 1980 würde dieser Vorschlag auch von dem Jesuitenpater Oswald von Nell-Breuning unterstützt, weil er den historischen Gegebenheiten entsprechen würde. Zugleich verlangte er, wie auch andere Kreise der christlichen Arbeitnehmerschaft, ein „Bekenntnis zur innergewerkschaftlichen Toleranz“.

Unterschiedliche Auffassungen gab es im Bundesvorstand auch zu der in vielen Anträgen gestellten Forderung, die Orientierung auf das „Gesamtwohl“ und die Passagen zur „inneren Sicherheit“ zu streichen.

Werner Petschick

Hauenschild: Keine Anträge

Die IG Chemie-Papier-Keramik werde keine Anträge an den 4. außerordentlichen DGB-Kongreß richten, verkündete deren Vorsitzender Karl Hauenschild auf einer Pressekonferenz am 21. Januar. Der Entwurf sei eine „ausgewogene Mitte-links-Position“ an der man nichts verschieben wollte. Die IG-Chemie-Delegierten werden sich auf dem außerordentlichen DGB-Kongreß dafür einsetzen, daß alle Versuche abgewehrt werden, diese ausgewogene Position weiter nach links zu rücken.

Auf die NACHRICHTEN-Frage, ob es in der IG Chemie keine Diskussion und keine Anträge zum Grundsatzprogramm gegeben habe und ob der Hauptvorstand den Meinungsäußerungen aus der Organisation nun als Sackgasse fungieren wolle, antwortete Hauenschild: Auch in der IG Chemie habe es eine Diskussion gegeben, und es seien auch Anträge gekommen, die der Gewerkschaftstag schon im September vergangenen Jahres an den geschäftsführenden Hauptvorstand überwiesen habe. Dieser habe nun beschlossen, daß die Anträge nicht so erheblich wären. Man brauche die ausgereifte Arbeit der gesellschaftspolitischen Kommission (identisch mit dem DGB-Bundesvorstand), der auch Hauenschild angehört, nicht in Frage zu stellen und den damals beschlossenen Entwurf zu verändern. Es sei auch etwas merkwürdig, wenn der Vorsitzende erst am Entwurf mitarbeite, ihn für gut finde, und dann hinterher mit Änderungswünschen komme.

Warum dann überhaupt eine Mitgliederdiskussion? Fragen viele Gewerkschafter. Haben sich jene, die 512 Anträge einbrachten, alle geirrt? Offen wird gefragt, ob der „Gewerkschaftspapst“ Hauenschild unfehlbar sei. G. Sb.

Wird nun doch „nachgekartet“ in der IG Chemie-Papier-Keramik?

Am 19. und 20. Januar 1981 führte die IG Chemie-Papier-Keramik in Frankfurt/Main eine Funktionärskonferenz mit allen Geschäftsführern und Sekretären der Verwaltungsstellen sowie den Funktionären der Bezirke und der zentralen Ebene durch. Besprochen wurde die gewerkschaftliche Aufgabenstellung nach dem 11. ordentlichen Gewerkschaftstag vom September vorigen Jahres in Mannheim und seiner Fortsetzung im November in Hamburg. Bekanntlich war der Gewerkschaftstag außerordentlich kontrovers verlaufen; die Wogen des Konflikts sind heute noch nicht geglättet.

Die Auseinandersetzung hatte sich an der Vertrauensleutekonzeption der Mehrheit des Hauptvorstandes entzündet und legte schließlich das Kernproblem, worum es wirklich ging, bloß: um ein ungenügendes innergewerkschaftliches Demokratieverständnis und die Sozialpartnerschaftspolitik des Hauptvorstandes, namentlich des Gewerkschaftsvorsitzenden Karl Hauenschild. Im Ergebnis dieses Konflikts war der Wortführer der Kritiker, Paul Plumeyer, nicht wieder in den geschäftsführenden Hauptvorstand gewählt worden; die attackierten Positionen erfuhren durch die Wahl von Horst Mettke und Wolfgang Schultze sogar noch eine personelle Verstärkung. So jedenfalls wurde der Vorgang von zahlreichen Betroffenen und Beobachtern gesehen.

Am Ende des „Waffengangs“ hatte Hauenschild in Siegerpose erklärt, er strecke allen Kritikern beide Hände entgegen, und es werde kein „Nachkarten“ geben, wenn der Gewerkschaftstag vorbei sei. Aber genau das findet nun schon seit Wochen in der Organisation statt. Wer auf dem Gewerkschaftstag als Delegierter oder bei anderer Gelegenheit während der langwierigen Auseinandersetzung um Führungsstil und Kurs der Zentrale als Kritiker hervorgetreten war, hat jetzt oftmals einen schweren Stand.

Die „Frankfurter Rundschau“ wußte am 19. Januar Beispiele aus Nienburg, Bremen und von der Bezirkskonferenz Westfalen zu berichten, wonach Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstandes massive Wahlbeeinflussung betrieben haben, damit mißliebige Funktionäre unterliegen. Aber bereits auf dem Hamburger Fortsetzungsgewerkschaftstag konnte man von Delegierten erfahren, daß auf allen Ebenen der Organisation ein „großes Reinemachen“ begonnen habe.

Vor der Presse in Frankfurt gab Hauenschild selbst die indirekte Bestätigung dafür, daß nun fleißig „nachgekartet“ wird, um den Sieg über die Kritiker vollkommen zu machen. Die Revision der Standpunkte sei in so kurzer Zeit seit dem Gewerkschaftstag nicht möglich, sagte er, da „wird noch nachzuar-

beiten sein“. In einem knappen Fünftel der 67 Verwaltungsstellen der IG Chemie sei noch „Überzeugungsarbeit“ zu leisten, um die Vorstandslinie durchzusetzen. Ob möglicherweise auch Hauenschild was zu revidieren habe? Auf diese Frage gab er an, daß Führung und Funktionäre an der Basis in der Vergangenheit zu wenig miteinander diskutiert hätten. Vor allem habe man sich nicht immer genau angesehen, wenn man da als Nachwuchssekretär einstelle. Das werde nun korrigiert.

Offenkundig zieht der geschäftsführende Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik nicht den Schluß, den von einer starken Minderheit attackierten

Resignation um Mitbestimmung

Einen Aktionstag für die Verteidigung der Montanmitbestimmung führte am 30. Januar die IG Metall in der gesamten Bundesrepublik durch. Vielerorts beteiligten sich daran auch der DGB und Einzelgewerkschaften. Ziel der verschiedenen Veranstaltungen und Aktionen war, den politischen Parteien und der gesamten Öffentlichkeit die besondere gesellschaftspolitische Bedeutung der Montanmitbestimmung ins Bewußtsein zu bringen und die gewerkschaftliche Entschlossenheit, für ihre Verteidigung einzutreten, deutlich zu machen.

Allerdings gab Eugen Loderer, der Vorsitzende der IG Metall, in einer Pressekonferenz am 20. Januar in Frankfurt auch zu erkennen, daß solche Veranstaltungen noch nicht ausreichen, um die politisch Verantwortlichen und die Konzernmanager von der Notwendigkeit einer ungeschmälernten Mitbestimmungsregelung zu überzeugen. Die IG Metall wolle jedoch nicht in die Geschichte eingehen als diejenige Organisation, die sich gegen den Abbau der Montanmitbestimmung nicht gewehrt habe. Das war unüberhörbare Resignation.

Vorangegangen war der Pressekonferenz eine zentrale Tagung der Ge-

Führungsstil und das sozialpartnerschaftliche Selbstverständnis zu überprüfen. Der „Säuberungs“-Kurs, mit dem man statt dessen zu antworten scheint, programmiert vielmehr neue Konflikte. Denn für die Kritiker der Führung war die Sorge um die Kampfkraft der Organisation das erklärte Motiv, die sie durch ein schwaches Demokratieverständnis und Partnerschaftsduelle gefährdet sehen.

Hinzu kommt die enge Anbindung der IG Chemie an die Politik der Bonner Koalition, namentlich des sozialdemokratischen Teils davon, die nicht gerade geeignet ist, unabhängige gewerkschaftliche Gegenmacht zu entfalten.

Wenn Hauenschild im Rück- und Ausblick zur Jahreswende auf den Bonner „Sparkurs“ und das soziale Rollback der Unternehmer nicht viel mehr zu sagen hat als: „Millionen und aber Millionen Menschen auf unserer Erde wären glücklich, wenn sie hoffen dürften, irgendwann in ihrem Leben noch einmal einen Bruchteil unseres Lebensstandards erreichen zu können“ (Gewerkschaftspost, Januar 1981), so motiviert das nicht gerade zu der dringend notwendigen gewerkschaftlichen Gegenwehr. Man wird in der IG Chemie-Papier-Keramik wohl noch lernen müssen, daß eine Führung nicht dazu da ist, sich das „Mitgliedervolk“ nach eigenem Bilde zu formen, sondern ihm mehr „aufs Maul“ zu schauen. G. S.

schäftsführer der IG Metall, an der auch der Vorstand, der Beirat und alle Bevollmächtigten teilnahmen. In seiner Rede bezeichnete Loderer den jetzt von der Koalition vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung der Montanmitbestimmung als einen Versuch, „klammheimlich und endgültig die Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf das Mitbestimmungsgesetz '76“ einzuzwingen. Ein weiterer Abstrich von der geltenden Regelung werde dadurch angestrebt, daß die Gewerkschaften für die außerbetrieblichen Vertreter der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat in Zukunft kein Entsendungsrecht, sondern nur noch ein Vorschlagsrecht haben sollen.

Verbittert erklärte Loderer, sowohl das Scheitern des Versuchs einer vertraglichen Sicherung der Montanmitbestimmung mit dem Mannesmann-Konzern als auch der völlig unzulängliche Gesetzentwurf der Regierung ordneten sich in eine politische Landschaft ein. „In der die berechtigten Anliegen der Arbeitnehmer immer weniger und die Sonderinteressen ohnehin privilegierter Minderheiten immer stärker berücksichtigt werden“. Die Gewerkschaften dürften auch „gegenüber der SPD nicht länger schweigen“. G. S.

DGB-Grundsatzprogramm: Vor der Entscheidung

Vor den Delegierten des außerordentlichen DGB-Bundeskongresses vom 12. bis 14. März in Düsseldorf steht ein großes Arbeitspensum. Immerhin werden sie über 500 Anträge zum DGB-Grundsatzprogramm zu beraten und beschließen haben. Nachfolgend veröffentlichen wir einige davon im Wortlaut.

Gewerkschaft Holz und Kunststoff

In dieser Einheitsgewerkschaft sind die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Ströme der Arbeiterbewegung zu einer gemeinsamen Interessenvertretung zusammengeführt worden.

DGB-Landesbezirk Hessen

Die Einheitsgewerkschaft – geboren aus dem Kampf und den Erfahrungen der Arbeiterbewegung, besonders mit dem Faschismus – führt die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Strömungen in eine gemeinsame Organisation zusammen.

IG Druck und Papier

Die Einheitsgewerkschaft hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Ströme der Arbeiterbewegung nach den Verfolgungen in der Nazizeit, nach dem dort gemeinsam erfahrenen Leid in Konzentrationslagern und Zuchthäusern in einer einheitlichen Organisation zusammengeführt. Sie erübrigt konkurrierende Organisationen. Die interne Vielfalt der Meinungen verpflichtet zu einer eigenständigen und unabhängigen Willensbildung, die die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer zum Ausdruck bringt. Sie bekräftigen ihre Entschlossenheit zur weltanschaulichen, religiösen und politischen Toleranz. Weltanschauliche und politische Ideologien, die nach ihrem Inhalt gegen die in Satzung und Programmen niedergelegten Grundlagen der Gewerkschaftsarbeit verstoßen oder die auf Spaltung abzielen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar.

Gewerkschaft Holz und Kunststoff

Sicherung des Friedens muß das vorrangige Ziel internationaler Politik sein. Die Gewerkschaften haben den Frieden seit jeher als ihr Lebenselement erfahren, den Krieg stets als fundamentale Bedrohung ihrer Existenz. Nur in dauerhaftem Frieden ist sozialer Fortschritt möglich. Krieg bedeutet zivilisatorischen Rückschritt bis hin zur Barbarei. Schon allein die Vorbereitung zum Kriege gefährdet die freiheitliche Entfaltung und die innere Sicherheit der Völker. Auch lokale Krisenherde bergen heute in sich die Gefahr einer weltweiten Katastrophe. Nur wenn es gelingt, den Frieden sicherer zu machen, wird es Sicherheit in unserer Welt geben. Darum unterstützt der Deutsche Gewerkschaftsbund den systematischen Ausbau einer weltumspannenden Konfliktforschung und Friedensplanung zur frühzeitigen Erkennung und Abwendung von Spannungen.

Der internationale Rüstungswettlauf bedeutet eine ernste Bedrohung des Weltfriedens. Der Kampf um Demokratie, Gewerkschaftsrechte, Wohlstand und Meinungsfreiheit wird durch rüstungspolitische Hysterie und militärische Aggressivität zunehmend erschwert. Materiell verursachen die steigenden Rüstungsausgaben Inflation, Haushaltsdefizite, Konsumbeschränkung und unzulängliche Entwicklungshilfe für die armen Regionen der Welt; kulturell vergiftet die kriegerische Propaganda den inneren und äußeren Frieden der Nationen und steht damit in schroffem Gegensatz zu den Lebensinteressen der heranwachsenden Generationen.

In der Überzeugung, daß eine weltweite kontrollierte Abrüstung, Entspannung und Zusammenarbeit den sehnlichsten Wünschen aller Menschen und Völker und ihren Anliegen

nach einem dauerhaften Weltfrieden entsprechen, fordert der DGB in Zusammenarbeit mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung eine Politik, in der diese Bestrebungen voll anerkannt werden. Jeder Weg zur politischen Entspannung muß genutzt und durch Initiativen zur gleichgewichtigen, militärischen Abrüstung erweitert werden. Friedenssicherung und weltweite Abrüstung als elementare politische Schritte im Interesse der arbeitenden Menschen, nämlich

- Einstellung des Wettrüstens und kontrollierte Abrüstung,
- Abbau der Rüstungshaushalte in allen Ländern,
- Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte in Ost und West,
- konstruktive Beiträge der Bundesregierung bei allen Abrüstungsverhandlungen,

bleiben unverzichtbare Forderungen und fester Bestandteil gewerkschaftlicher Politik.

IG Druck und Papier

Grundlage für den sozialen und kulturellen Fortschritt und die soziale Sicherheit in allen Teilen der Welt ist die Erhaltung des Friedens. Ein Leben in Frieden ist Grundvoraussetzung für die Verwirklichung aller im Programm aufgestellten Forderungen. Vornehmlich in Europa würde eine nukleare, chemische, biologische oder meteorologische Kriegführung die Grundlagen des zivilisierten Lebens auf Generationen hinaus vernichten. Die Gewerkschaften fordern

- die Ächtung und das Verbot aller Atomwaffen und sonstiger Massenvernichtungswaffen einschließlich der Neutronenbombe,
- die sofortige Einstellung des Wettrüstens,
- den Abbau der Rüstungshaushalte in allen Ländern,
- den sofortigen Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte in Ost und West sowie
- das ständige und konstruktive Eintreten der Bundesregierung bei allen aktuellen Abrüstungsverhandlungen.

Der DGB unterstützt alle Friedens- und Abrüstungsbemühungen der Vereinten Nationen und baut deshalb seine internationalen Kontakte zu den Gewerkschaften aller Nationen in Ost und West wirksam aus.

DGB Hessen

Die Wiederherstellung und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sind dringliche Aufgaben. Deshalb kämpfen die Gewerkschaften für die Gestaltung eines gesunden Arbeits- und Wohnumfeldes, für den Schutz der natürlichen Umwelt, für den sparsamen Umgang mit natürlichen Rohstoffen sowie für die Entwicklung neuer Energietechnologien. Es ist eine wesentliche Aufgabe des Staates, die Verschmutzung und Zerstörung der menschlichen Umwelt aufzuhalten und rückgängig zu machen. Die Wiederherstellung und Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts und der sparsame Umgang mit den natürlichen Rohstoffen sind in einem volkswirtschaftlichen Zielkatalog aufzunehmen. Die Umwelt muß sorgfältig geplant werden, um Schädigungen vorzubeugen.

Diese Umweltplanung dient der Daseinsvorsorge und muß – zum Beispiel bei der Planung von Verkehrswegen, Produktionsstätten und beim Abbau von Rohstoffen – in das System der räumlichen Planungen eingebettet werden.

Eine wesentliche Voraussetzung für den Umweltschutz sind Informationen über den Stand und die Entwicklung der Umweltbelastung, ihre Quellen und deren Zusammenwirken, die Auswirkungen und Gefahren für die Menschen. Auf der Grundlage dieser Informationen müssen Mindeststandards für den Umweltschutz festgelegt, durchgesetzt und demokratisch kontrolliert werden. Von überragender Bedeutung für die Zukunft sind die Sicherung natürlicher Freiräume und der Schutz der freien Landschaft. Deshalb sind bei der Inanspruchnahme von Landschaft – z. B. bei der Gewinnung lebensnotwendiger Rohstoffe – strengste Maßstäbe anzulegen. Es gilt das Verursacherprinzip, das allen, die Umweltschäden verursachen, die Verantwortung für deren Beseitigung überträgt. Aber die Anwendung des Verursacherprinzips allein gewährleistet noch keinen wirksamen Umweltschutz. Gleiches Gewicht hat das

Vorsorgeprinzip, das durch Bewußtseinsbildung einerseits und durch Auflagen und Gebote andererseits dazu beiträgt, die Entstehung von Umweltschäden zu verhindern. Verstöße gegen Umweltnormen sind streng zu ahnden. Umweltbelastungen machen an nationalen Grenzen nicht halt. Umweltpolitik ist daher eine wichtige Aufgabe internationaler Zusammenarbeit.

Gemeinsamer Antrag der IG Druck und Papier, der Gewerkschaften Kunst, Handel, Banken und Versicherungen sowie der Deutschen Postgewerkschaft

Die Absätze 1 bis 5 des Abschnitts 29 erhalten folgende Fassung:

Presse, Funk und Fernsehen tragen entscheidend zur politischen Willensbildung bei. Sie haben dabei die Aufgabe,

- den Bürger über alle wichtigen staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vorgänge einschließlich der Arbeitswelt und sozialer Konflikte umfassend zu informieren,
- Zusammenhänge und Hintergründe zu beleuchten sowie politische Orientierungen zu bieten,
- und den Bürger in die Lage zu versetzen, seine Interessen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu erkennen und wahrzunehmen.

Presse, Funk und Fernsehen haben sich bedingungslos für die im Grundgesetz verankerten Grund- und Menschenrechte einzusetzen. Sie dürfen nicht für Rassismus, Kriegshetze und faschistische Propaganda mißbraucht werden. Die Pressefreiheit ist unabdingbar. Sie muß in gleicher Weise vor staatlicher Einflußnahme und Zensur wie vor wirtschaftlichem Druck und sonstigen sachfremden Einwirkungen geschützt werden. Sie ist insbesondere gefährdet durch Konzentration und durch Eingriffe von Verlegern in die tägliche Arbeit der Redaktion. Wegen ihrer öffentlichen Aufgabe bedarf die Presse eines besonderen Schutzes, sei es durch Gesetz, sei es durch Tarifvertrag.

Die Informationsfreiheit der Presse sowie die Unabhängigkeit der Journalisten und ihre Meinungsfreiheit sind zu gewährleisten. Die journalistische Arbeit ist durch volle Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates (Beseitigung des Tendenzschutzes) sowie durch besondere Mitbestimmungsregelungen in den Redaktionen vor sachfremden Einflüssen zu schützen. Die Journalistenausbildung ist zu verbessern; sie darf nicht allein privaten Verlegern überlassen bleiben. Der Konzentration ist durch gesetzliche Kontrollen und Auflagen sowie durch gezielte Unterstützung konkurrierender Zeitungen in nachrangiger Wettbewerbslage entgegenzuwirken; dabei sind auch andere Rechtsformen als die des privatwirtschaftlichen Gewerbebetriebes in Betracht zu ziehen, etwa öffentlich-rechtliche oder genossenschaftlich geführte Zeitungsbetriebe.

Gemeinsamer Antrag der Gewerkschaften Nahrungsgenuß-Gaststätten und Textil-Bekleidung

1. Die strukturellen und wirtschaftlichen Veränderungen sowie die Erfordernisse der modernen Industriegesellschaft haben weitgehend die Eingliederung der Frau in den Arbeitsprozeß bedingt.
2. Der Deutsche Gewerkschaftsbund kämpft in gewerkschaftlicher Tradition um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frauen. Es ist unerträglich, daß Frauen noch immer benachteiligt werden.
3. Die Frauen müssen gleiche Chancen haben bei der freien Wahl von Beruf, Arbeitsplatz oder Ausbildungsstätte.
4. Die Gleichberechtigung muß sich erstrecken auf die Beschäftigung und Aufstiegsmöglichkeiten. Für gleichwertige Tätigkeit ist gleiches Arbeitsentgelt ohne Unterschied des Geschlechtes zu zahlen.
5. Die Benachteiligungen der Frauen im Rentenrecht sind zu beseitigen. Dies erfordert insbesondere die Anrechnung der Kindererziehung als Versicherungszeit und einen Ausgleich für frühere Lohndiskriminierungen der Frauen.
6. Im System der Weiterbildung müssen die Bedürfnisse der familiengebundenen Frauen vorrangig berücksichtigt werden.

7. Der Schutz von Mutter und Kind erfordert Maßnahmen, die eine wirtschaftliche Sicherung gewährleisten. Vor und nach der Niederkunft besteht Anspruch auf ausreichende Freistellung von der Arbeit unter Weitergewährung des Arbeitsentgelts.

8. Ziel der Gewerkschaften ist es, gleiche Startchancen und bestmögliche Entfaltungsmöglichkeiten für alle Kinder zu schaffen, gleichberechtigte Partnerschaft in den Familien zu fördern und die Familienmitglieder in die Lage zu versetzen, ihre Aufgabe in Beruf, Familie und Gesellschaft uneingeschränkt zu erfüllen.

9. Dazu müssen die wirtschaftlichen Grundlagen der Familien durch ein dynamisiertes Kindergeld gesichert werden, das regelmäßig der Steigerung der Einkommen anzupassen ist. Die Höhe des Kindergeldes muß so bemessen sein, daß auch Familien mit mehreren Kindern ihren Lebensstandard halten können. Den Kindern Alleinstehender sind soweit wie nötig Unterhaltsleistungen durch Vorschubkassen zu gewähren.

10. Die Erziehungsfähigkeit der Eltern ist durch eine zeitgemäße Elternbildung und Erziehungsberatung zu fördern. Die Erziehung der Arbeitnehmerkinder in den ersten Lebensjahren ist durch die Gewährung eines bezahlten Sonderurlaubs und eine familienergänzende Erziehung zu fördern, um eine größere Chancengleichheit zu erreichen.

11. Die notwendige häusliche Pflege von kranken Familienangehörigen muß den Arbeitnehmern durch Freistellung von der Arbeit oder entsprechende Dienste erleichtert und sichergestellt werden."

238 MdBs sind Mitglieder in DGB-Gewerkschaften

Von den 519 Abgeordneten des am 5. Oktober 1980 neugewählten Bundestages gehören 238 — das sind 45,86 Prozent — den DGB-Gewerkschaften an. Über die Zugehörigkeit zum Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) waren noch keine Angaben zu erfahren. In der Legislaturperiode von 1976 bis 1980, so wurde uns bei einem Anruf beim CGB in Bonn erklärt, seien 24 MdB CGB-Mitglieder gewesen. Nachfolgend veröffentlichen wir eine Aufstellung, die genaue Angaben über die Zugehörigkeit der MdBs zu den DGB-Gewerkschaften enthält.

	SPD	CDU/CSU	F.D.P.	Gesamt
Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport u. Verkehr	95	6	2	103
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft	37	1	1	39
IG Metall	28	5	—	33
IG Druck und Papier	15	—	—	15
Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen	11	2	—	13
IG Bergbau und Energie	6	—	—	6
Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands	5	1	—	6
IG Bau — Steine — Erden	4	—	—	4
Deutsche Postgewerkschaft	4	—	—	4
Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	2	—	—	2
IG Chemie-Papier-Keramik	—	—	—	—
Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten	3	—	—	3
Gewerkschaft Textil — Bekleidung	1	—	—	1
Gewerkschaft Holz und Kunststoff	1	—	—	1
Gewerkschaft Kunst	1	—	—	1
Gewerkschaft Leder	—	—	—	—
Gewerkschaft der Polizei	2	—	—	2
Insgesamt:	219	16	3	238

Schritt zur Mediengewerkschaft

Von Eckart Spoo, Vorsitzender der Deutschen Journalisten-Union

Zu Beginn des 12. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier (12. bis 18. Oktober 1980 in Augsburg) unterzeichneten deren Vorsitzender Leonhard Mahlein gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) in der Gewerkschaft Kunst, Alfred Horné, einen Kooperationsvertrag. Damit wurde ein weiterer Schritt in Richtung Mediengewerkschaft getan, die seit dem Ende der sechziger Jahre aus der Diskussion nicht mehr verschwunden ist. Wie notwendig eine Mediengewerkschaft ist, zeigt nicht nur die fortschreitende Pressekonzentration, sondern auch der vorerst noch abgewendete Griff der CDU-Ministerpräsidenten von Niedersachsen und Schleswig-Holstein, Albrecht und Stoltenberg, nach dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Für NACHRICHTEN untersucht Eckart Spoo, Vorsitzender der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier, die bereits beschrittenen Wege zu einer Mediengewerkschaft. Dabei läßt er die Schwierigkeiten nicht unerwähnt, die der Bildung einer umfassenden Organisation aller Kulturschaffenden noch entgegenstehen. Neben dem Artikel von Eckart Spoo veröffentlichen wir zur Information unserer Leser den Wortlaut des Kooperationsvertrages.

In zwei Jahren, Anfang 1983, dürfen die Regierungen Albrecht in Niedersachsen und Stoltenberg in Schleswig-Holstein — falls sie dann noch amtieren — Rundfunklizenzen an Privatinteressenten vergeben. Das hat ihnen der Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose letzten Jahres im neuen Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk zugestanden. An der Entschlossenheit Ernst Albrechts, den niedersächsischen Zeitungsverlegern zum frühestmöglichen Zeitpunkt Sendefrequenzen zu überlassen, kann kein Zweifel bestehen. Gerhard Stoltenberg wird dann sicher nicht lange hintanstehen wollen. Und Klose? Wird nicht auch er dem Drängen Axel Springers spätestens dann nachgeben, wenn die Programme von Privatsendern aus den beiden Nachbarländern die Hamburger Bevölkerung überfluten, also wenn es für die Verteidigung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu spät ist?

Auch in anderen Bundesländern zeigen sich die Ministerpräsidenten gesonnen, den Verlegern Zugang zum Rundfunk zu verschaffen, zum Beispiel bei der Einführung des Kabelfernsehens. Es gibt zwar ein Bundesland, in dem die öffentlich-rechtliche Organisationform von Hörfunk und Fernsehen verfassungsrechtlich garantiert ist — durch einen Volksentscheid, den ein breites gewerkschaftliches und demokratisches Bündnis Anfang der siebziger Jahre in Bayern herbeiführte. Aber auch Bayern fehlte nicht, als die Regierungschefs aller Bundesländer kürzlich gemeinsam mit Bundeskanzler Helmut Schmidt ein Konzept für Kabelfernseh-Pilotprojekte beschlossen, die Kosten aber den Gebührenzahlern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aufbürdet.

In Düsseldorf und Westberlin laufen Versuche mit Bildschirmtext. Bundesweit erfährt das Fernsehpublikum seit einiger Zeit allabendlich aus der Programmübersicht, daß über Zusatzgeräte Videotext zu empfangen ist. Auch bei diesen beiden neuen Übertragungstechniken sind von Anfang an Kapitalinteressen im Spiel. Sie mischen überall mit — ob bei Videokassette oder Bildplatten oder beim Satellitenfernsehen, mit dem sie im Laufe der achtziger Jahre die internationale Medienlandschaft verändern wollen.

Wenn Zeitungs-, Zeitschriften- und Buchkonzerne wie Springer und Bertelsmann (beide zusammen haben jetzt schon einen Jahresumsatz von etwa sieben Milliarden Mark) immer mehr Macht über die elektronischen Medien erlangen, sind die Fol-

gen absehbar: Wegrationalisierung eines recherchierenden und reflektierenden Journalismus, an dessen Stelle ein billigerer Verlautbarungsjournalismus tritt — Verdrängung fortschrittlicher Journalisten von Mikrofon und Kamera — Verlust der bisherigen geringen Möglichkeiten, gewerkschaftliche Interessen im Programm zur Geltung zu bringen — Abschaffung von Sendereihen, in denen Minderheiten zu Wort kommen, weil solche Sendereihen nicht die hohen Einschaltquoten versprechen, wie sie die werbungtreibende Wirtschaft verlangt — Auflösung von Rundfunkorchestern wie in den USA, wo es seit langem kein einziges mehr gibt — statt Nachwuchsförderung nur noch Starkult — Absinken des Programm-Niveaus —, Verdrängungs- und Vernichtungswettbewerb gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Bemühungen um gewerkschaftliche Gegenmacht

Vergleicht man die heutigen Sitz- und Machtverhältnisse in den Medien mit denen vor zehn Jahren, dann erkennt man, wie rapide sich schon bisher die publizistische Macht in den Händen des Großkapitals konzentriert hat — und dieser Prozeß wird sich, wenn man ihn laufen läßt, noch beschleunigen. Aber seit zehn Jahren gibt es auch Bemühungen, gewerkschaftliche Gegenmacht zu formieren. Der Schriftsteller Martin Walser gab damals das Signal, als er zur Gründung einer „IG Kultur“ aufrief. Walser gehörte auch zu den Initiatoren eines „Arbeitskreises Kulturindustrie“, in dem namhafte Autoren, Journalisten, Filmemacher, bildende Künstler (z. B. HAP Grieshaber) und Grafikdesigner zusammenarbeiteten. Hauptergebnis der Beratungen war, in den verschiedenen Berufsorganisationen und Gewerkschaften auf die Notwendigkeit einer gemeinsamen gewerkschaftlichen Organisation aller in der Bewußtseinsindustrie arbeitenden Menschen hinzuweisen.

Die Deutsche Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier machte sich schon Ende 1970 in einem Beschluß ihrer Bundesdelegiertenkonferenz diesen Gedanken zu eigen. Der Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier stimmte ein Jahr später einem entsprechenden Antrag der dju zu. 1972 sprach sich auf Antrag der IG Druck und Papier der DGB-Bundeskongreß für die Schaffung einer Mediengewerkschaft aus.

Doch diesen Beschlüssen folgten zunächst keine Taten. Im DGB-Beschluß hieß es richtig, daß die IG Druck und Papier und die Gewerkschaft Kunst die Hauptträger des Projekts sein müßten. Die Gewerkschaft Kunst stimmte zwar zu, aber zu mehr als verbaler Zustimmung war sie jahrelang nicht in der Lage. Das lag hauptsächlich an ihrer Struktur. Im Gegensatz zu allen anderen DGB-Gewerkschaften ist sie nämlich eine Kartellgewerkschaft, die sich aus den verschiedensten Organisationen von der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) bis zur Artistenloge zusammensetzt und von ihnen nur mit geringen Befugnissen ausgestattet worden ist.

Drängen zur Mediengewerkschaft

Angeregt von den Beratungen des „Arbeitskreises Kulturindustrie“, entwickelt sich in den Berufsverbänden der Schriftsteller, bildender Künstler und Grafikdesigner ein starkes Drängen zur Mediengewerkschaft. Aber diese große Organisation, der sie sich gern angeschlossen hätten, existierte nicht und war offenbar auch nicht kurzfristig herstellbar. Die Schriftsteller — damals unter Vorsitz von Dieter Lattmann — entschlossen sich daher, den Weg in zwei Teilstrecken zurückzulegen. Erste Strecke: Integration des VS in die IG Druck und Papier als Berufsgruppe wie die dju. Die Schriftsteller ließen keinen Zweifel daran, daß sie keine Ruhe geben würden, bis auch die zweite Strecke zurückgelegt wäre (und sie haben dies inzwischen unter Vorsitz von Bernt Engelmann oft bekräftigt).

Der Berufsverband der Bildenden Künstler — BBK — (8000 Mitglieder) beschloß, sich einer Mediengewerkschaft anzuschließen, die als Industrie- und als Mitglieder- (also nicht als Kartell-)gewerkschaft organisiert sein müsse. Doch die IG Druck und Papier konnte dem BBK, als er bei ihr anklopfte, die Tür

nicht öffnen, sondern mußte ihn an die Gewerkschaft Kunst verweisen, zu deren Mitgliedsverbänden bereits eine kleine Gruppe bildender Künstler (300 Mitglieder) gehörte. Es kostete dem BBK einige Selbstüberwindung, sich der Kartellgewerkschaft anzuschließen, in der er blieb, was er war und eigentlich nicht länger bleiben wollte: ein selbständiger Berufsverband ohne Kontakt zur organisierten Arbeiterschaft. Der bewußteste Teil der Verbandsmitgliedschaft vollzog diesen Schritt lustlos, und da es an Schwung und Überzeugungskraft fehlte, blieben die konservativ geführten Landesverbände draußen. Der Verband der Grafikdesigner gab seine Bemühungen auf; nicht wenige seiner Mitglieder entwickelten aber in der Folgezeit in den Werbeagenturen betriebliche Aktivitäten zugunsten der Gewerkschaft HBV.

Im „Arbeitskreis Kulturindustrie“ hatte eine Minderheit um die Westberliner Hannes Schwenger (VS) und Dieter Ruckhaberle (BBK) die Meinung vertreten, ein kooperativer Beitritt von Berufsverbänden zu einer Gewerkschaft sei der leichtere Weg als der Einzelbeitritt der Verbandsmitglieder. Die gegensätzlichen Erfahrungen von VS und BBK bewiesen später die Irrigkeit dieser Annahme. Im VS mußte sich jeder einzelne Schriftsteller entscheiden, ob er die Aufnahme in die IG Druck und Papier beantragen wollte oder nicht. Niemand wurde vergewaltigt. Jeder sah sich persönlich ernst genommen. Ergebnis: Schon nach einigen Monaten zählte der VS in der IG Druck und Papier ebenso viele Mitglieder wie vorher außerhalb.

Künstler mit Arbeiterbewegung verbunden

Ist es übertrieben, wenn ich es eine epochale Entwicklung nenne, daß sich Künstler und Publizisten (ähnlich auch Lehrer und Wissenschaftler) solidarisch mit der Arbeiterbewegung verbinden? Die Konzerne, an die das einstige mazenatische liberale Bürgertum seine wirtschaftliche Macht verlor, haben ihnen immer weniger zu bieten. Um so notwendiger wird für die – größtenteils noch aus dem Bürgertum stammenden – Intellektuellen die Erkenntnis, daß sie sich mit den Arbeitern in gemeinsamer Abhängigkeit von den Konzernen befinden, daß sich aus dieser gemeinsamen Abhängigkeit gemeinsame Interessen ergeben, die in gemeinsamem gewerkschaftlichem Kampf zur Geltung gebracht werden müssen.

Diese Entwicklung ging Jahr für Jahr weiter, auch wenn die Öffentlichkeit davon wenig erfuhr. So kam die dju, die in den sechziger Jahren nur einige Hunderte Mitglieder gezählt hatte, inzwischen an 6000 heran. Ähnlich viele Journalisten sind jetzt in der RFFU gemeinsam mit Tontechnikern und Kameraleuten und anderen Beschäftigten der Rundfunkanstalten und der Filmindustrie organisiert. Der berufsständige Deutsche Journalisten-Verband (DJV), der allmählich ins Hintertreffen gerät, nennt sich neuerdings selbst „Gewerkschaft“, womit er aber dem Drängen seiner jüngeren Mitglieder in Richtung Mediengewerkschaft auf Dauer kaum wird gerecht werden können. Daß Journalisten auch in der Lage sind, aktiv und diszipliniert an Arbeitskämpfen teilzunehmen, bewiesen sie 1976 im Lohnkampf der Drucker, verstärkt 1978 im Kampf um die Bedingungen zur Einführung neuer Techniken in den Pressehäusern und am eindrucksvollsten 1980 in der Auseinandersetzung um die Begrenzung der Arbeitszeit in Zeitungsredaktionen.

Die RFFU wählte 1979 mit großer Mehrheit einen neuen Vorsitzenden, der mit dem Versprechen kandidiert hatte, sich für die Mediengewerkschaft stark zu machen. Mit diesem klar formulierten Vorsatz kandidierte Alfred Horné anschließend auch für den Vorsitz der Gewerkschaft Kunst und wurde ebenfalls gewählt, diesmal freilich mit sehr knapper Mehrheit. Es zeigte sich, daß in anderen Mitgliedsverbänden der Gewerkschaft Kunst, namentlich in der Bühnengenossenschaft und der Orchestervereinigung, inzwischen kaum über das Thema Mediengewerkschaft diskutiert worden war. Die Befürchtung kam auf, durch die Gründung einer Mediengewerkschaft würde die Gewerkschaft Kunst gesprengt. Der Kooperationsvertrag, den die RFFU im Herbst 1980 mit der IG Druck und Papier abschloß, verstärkte diese Befürchtung. In Wahrheit liegt es aber nicht in der Absicht der RFFU und ihres Vorsitzenden Horné, zugunsten einer Liaison mit der IG Druck und Papier schnöde

aus der Gewerkschaft Kunst auszuscheren und deren andere, kleinere Mitgliedsverbände im Stich zu lassen. In dem Vertrag werden diese Verbände vielmehr ausdrücklich aufgefordert, sich an der Kooperation zu beteiligen.

Voraussetzung: Gründliche Diskussion

Welche Organisationen sollen dabei sein, wenn die Mediengewerkschaft zustande kommt? Welche brauchen nicht dabei zu sein? Wo sollen die Grenzen zu anderen DGB-Gewerkschaften verlaufen? Am grünen Tisch ist das schwer zu entscheiden. Es gibt gute Gründe, aus der Gewerkschaft HBV zum Beispiel die Fachgruppe Buchhandel und Verlage in die Mediengewerkschaft einzubeziehen. Es kommt darauf an, ob die Mitglieder das für richtig halten. Voraussetzung ist deshalb eine gründliche Diskussion: über gemeinsame Abhängigkeiten, über gemeinsame Interessen, über Möglichkeiten gemeinsamen Handelns. Solche Diskussionen müssen jetzt insbesondere in den Mitgliedsverbänden der Gewerkschaft Kunst geführt werden. Der Kooperationsvertrag zwischen RFFU und IG Druck und Papier fordert dazu heraus.

Vor allem aber müssen nun die Vertragspartner selbst zeigen, daß die vereinbarte Kooperation für sie nicht nur ein Schlagwort ist. Unmittelbaren Nutzen verspricht der Vertrag den Mitgliedern beider Organisationen beispielsweise in Rechtschutzangelegenheiten. Ein Schriftsteller, der sowohl für den Funk als auch für Druckmedien arbeitet, muß nicht beiden Organisationen angehören, um künftig in jedem Fall auf fachkundige Beratung rechnen zu können. In Fragen des Urheberrechts, des Sozialversicherungsrechts für freiberuflich tätige Künstler und Publizisten oder des Mitbestimmungsrechts in den Medien gibt es große Aufgaben, die es gemeinsam anzupacken gilt. Kooperation tut überall not, wo Gefahren für die Informations- und Meinungsfreiheit entstehen. Sie darf nicht nur zwischen den Hauptvorständen gepflegt werden, sondern in allen Städten, in denen Funk- und Pressehäuser stehen.

Die großen Konzerne und die politische Reaktion versuchen nicht von ungefähr gerade jetzt, in einer Zeit sich verschärfender gesellschaftlicher Widersprüche, die Herrschaft über die Medien ganz an sich zu reißen. Ihnen geht es darum, die Medien als Instrumente zur Verdrehung der öffentlichen Meinung, zur Lähmung des demokratischen Potentials zu mißbrauchen. Den Druck spüren auch die Dramaturgen der Theater und auch die Lektoren der Buchverlage. Was zur Abwehr dieser Bestrebungen geschieht, geschieht zum Nutzen aller Gewerkschaften und aller Demokraten. Die Kooperation von RFFU und IG Druck und Papier sollte deswegen vom ganzen DGB nach Kräften unterstützt werden, zumal beide Partner damit nun endlich einen sichtbaren Schritt auf dem vom DGB-Bundeskongreß gewiesenen Weg zur Mediengewerkschaft tun. Im Laufe des Jahres 1981 wollen sie – auch das steht im Vertrag – „das Konzept einer einheitlichen Mitgliedergewerkschaft für die Bereiche Kunst und Medien vorlegen und organisationspolitische Vorschläge erarbeiten“. Und dafür ist es mittlerweile höchste Zeit geworden.

KOOPERATIONSVERTRAG

Die Industriegewerkschaft Druck und Papier und die Gewerkschaft Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) in der Gewerkschaft Kunst vereinbaren folgendes:

Präambel

Die medienpolitische Entwicklung bedroht Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen, gefährdet die Presse- und Informationsfreiheit und schränkt die Meinungsvielfalt ein. Diese Entwicklung ist gekennzeichnet durch

- die technologischen Veränderungen und Rationalisierungen in Pressebetrieben und Rundfunkanstalten,
- die Konzentration in der Presse,
- die zunehmenden politischen Angriffe und parteipolitischen Einflußnahmen auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk,

- die Versuche, Hörfunk und Fernsehen privaten Kapitalinteressen zu unterwerfen, sowie
- die Einführung der sogenannten neuen Medien.

Das gewerkschaftliche Selbstverständnis und die Interessen unserer Mitglieder und aller in den Medien Beschäftigten erfordern eine Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte. Über die praktische Zusammenarbeit hinaus soll dieser Kooperationsvertrag die Gründung einer einheitlichen Mediengewerkschaft im DGB fördern.

Eine Mediengewerkschaft soll sich nicht auf die beiden Gewerkschaften beschränken. Die übrigen im Medienbereich wirkenden Gewerkschaften im DGB und der DGB selbst bleiben aufgefordert, an dieser organisationspolitischen Aufgabe mitzuwirken. Die vertragsschließenden Gewerkschaften fordern insbesondere die anderen Organisationen der Gewerkschaft Kunst auf, sich der Kooperation anzuschließen.

I. Information und Konsultation

Beide Gewerkschaften werden sich in allen im Medienbereich aufkommenden Fragen gegenseitig informieren und beraten. Zu diesem Zweck werden die Geschäftsführenden Hauptvorstände in regelmäßigen Abständen, die Hauptvorstände einmal im Jahr zu gemeinsamen Sitzungen zusammentreten. Darüber hinaus wird jede der beiden Gewerkschaften einen Vertreter des Hauptvorstandes der anderen Gewerkschaften als Gast zu Sitzungen des eigenen Hauptvorstandes und bestehender Kommissionen einladen. Die vertragsschließenden Gewerkschaften empfehlen ihren Landesbezirken/Verbänden, in gleicher Weise zu verfahren.

II. Wahrnehmung gemeinsamer Interessen

Um eine einheitliche gewerkschaftliche Interessenwahrnehmung zu gewährleisten, vereinbaren beide Gewerkschaften,

- gemeinsame Tarifverhandlungen für freie Mitarbeiter zu führen; die Federführung liegt bei der für den jeweiligen Tarifbereich zuständigen Gewerkschaft;

– Bildungsveranstaltungen zu übergreifenden Themen gemeinsam durchzuführen, z. B. zu Fragen der technischen Entwicklung und deren Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen, zu Fragen des Arbeitskampfes, zu Problemen der Medienpolitik, zu Fragen der Aus-, Fort- und Weiterbildung;

– Initiativen gegenüber Parteien, Regierungen und Parlamenten zu ergreifen, z. B. zur Reform des Arbeits- und Urheberrechts, zur Kontrolle und Steuerung der technologischen Entwicklung und zur sozialen Sicherung der freien Mitarbeiter;

– sich bei Arbeitskämpfen gegenseitig zu unterstützen und an solidarischen Aktionen teilzunehmen;

– bei Stellungnahmen zu übergreifenden Problemen in der Öffentlichkeit gemeinsam aufzutreten.

III. Medienpolitische Aktivitäten

Beide Gewerkschaften sehen eine ihrer Aufgabe darin, Gefahren für die Rundfunk- und Pressefreiheit abzuwehren und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in Presse, Funk und Fernsehen so zu verbessern, daß die Freiheit der Berichterstattung, Informationsbreite und Meinungsvielfalt verwirklicht werden. Dies setzt neben der Erhaltung und dem Ausbau des öffentlich-rechtlichen Rundfunks insbesondere erweiterte Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten in den Medien voraus.

Beide Gewerkschaften werden für diese Ziele durch gemeinsame Veranstaltungen und Stellungnahmen in der Öffentlichkeit wirken. Sie werden im DGB dafür werben, daß die Aufmerksamkeit sowie die Abwehrbereitschaft der übrigen Gewerkschaften gegenüber den medienpolitischen Gefahren weiter wachsen. Dazu kommen z. B. in Betracht:

- Die Erstellung von Referentenmaterial;
- das Angebot eines gemeinsamen Artikeldienstes über aktuelle medienpolitische Fragen;

- die Herausgabe von Materialien zur Behandlung medienpolitischer Themen in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit.

IV. Publikationen

Beide Gewerkschaften planen gemeinsame Publikationen einschließlich einer medienpolitischen Zeitschrift. Unabhängig davon werden beide Gewerkschaften Artikel zur Veröffentlichung austauschen.

V. Unterstützung bei Rechtsschutzfällen

Für Rechtsstreitigkeiten aus Auftrags- oder Arbeitsverhältnissen, die den Bereich der jeweils anderen Gewerkschaften betreffen, wird vereinbart:

- Die Gewerkschaft, der das Mitglied angehört, entscheidet über die Rechtsschutzgewährung und trägt die Kosten. Für die Voraussetzungen und den Umfang des Rechtsschutzes gelten die Richtlinien dieser Gewerkschaft.

– Die vertragsschließenden Gewerkschaften übernehmen wechselseitig für Mitglieder der anderen Organisation die Beratung, wenn die Rechtsschutzangelegenheit in den eigenen Tarifbereich fällt, und – soweit notwendig – die Vermittlung eines Rechtsbeistandes; für diese Tätigkeiten werden keine Kosten berechnet.

VI. Vorbereitung einer Mediengewerkschaft

Beide Gewerkschaften werden ihre Anstrengungen verstärkt fortsetzen, eine einheitliche Mediengewerkschaft im DGB zu schaffen. Hierfür ist die Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften in der Arbeitsgemeinschaft Publizistik besonders wichtig; sie soll auf die Ebene der Landesbezirke/Verbände ausgedehnt werden. Eine Kommission beider Hauptvorstände wird im Laufe des Jahres 1981 das Konzept einer einheitlichen Mitgliedergewerkschaft für die Bereiche Kunst und Medien vorlegen und organisationspolitische Vorschläge erarbeiten.

„Aus der Geschichte nichts gelernt“

Unter dieser Überschrift beschäftigt sich „Der Gewerkschafter“, die Funktionszeitschrift der IG Metall, in seiner Ausgabe 1/81 in einer längeren Rezension mit dem Machwerk von Flechthelm, Rudzio, Vilmär und Wilke, erschienen im Fischer-Verlag (siehe auch NACHRICHTEN 1/81, S. 35). Das Buch wird einer vernichtenden Kritik unterzogen. Die Rezension, die wir nachfolgend dokumentieren, ist so klar in der Sprache, daß es sich erübrigt, mehr Worte darüber zu machen.

Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen der gewerkschaftlichen Arbeit haben sich seit 1974 erheblich verschlechtert. Der Angriff der Unternehmer und ihrer Verbände auf die Erfolge eines jahrzehntelangen Kampfes ist in vollem Gange. Die Delegierten des 13. ordentlichen Gewerkschaftstages der IGM haben sich der Herausforderung gestellt. Tarifpolitik, Mitbestimmung, Bildungspolitik, Technologien, Rüstungsbegrenzung und Einheitsgewerkschaft waren neben anderen wichtigen Themen die Bereiche, wo um Perspektiven gerungen wurde. Nicht Personaldebatten noch Richtungsstreit, sondern Offenheit und Gradlinigkeit zeichneten diesen Gewerkschaftstag aus.

Ein plumper Trick

Mit Schlagzeilen gegen die Gewerkschaften war schon immer ein gutes Geschäft zu machen. Das wurde im Jahr des Gewerkschaftstages besonders deutlich. Bisher war das die Sache von reaktionären und offenen Gegnern der Gewerkschaften. Jetzt sind Leute in diese Branche eingestiegen, die sich mit einem „wissenschaftlichen“ Heiligenschein schmücken. Vieles von dem, was in den Diffamierungskampagnen der letzten Jahre zum Stichwort „kommunistische Unterwanderung“ an sogenannten „Papieren“ gehandelt wurde, wird noch ein-

mal feilgeboten. Was aber ist „Unterwanderung“? Wie kann eine Einheitsgewerkschaft, in der sich Arbeitnehmer unabhängig von politischen Standpunkten und Parteizugehörigkeit zusammengeschlossen haben, von den Mitgliedern einer Partei „unterwandert“ werden?

Wie schon der Titel des Buches „Der Marsch der DKP durch die Institutionen“ zeigt, wird hier mit einem plumpen Trick gearbeitet. Unbekümmert um Satzungen und Beschlüsse erklären die Autoren solche Gewerkschafter für vogelfrei, die andere politische Positionen vertreten als sie selbst. Wer nicht ihre verworrenen Phrasen nachbetet, ist „DKP-nützlich“. Ganz in der Art der Unternehmerverbände, die seit Jahren die Notwendigkeit eines „geistigen Umweltschutzes“ betonen, reden die selbsternannten Oberlehrer der Gewerkschaften von der Gefahr des „Umkippens“ ganzer Bereiche der gewerkschaftlichen Arbeit. Dabei haben sie vor allem die Jugend- und Bildungsarbeit im Auge.

Unbekümmert um den Grundsatz der Einheitsgewerkschaft blasen sie zur großen Jagd, zur „öffentlichen Diskussion“, wie sie das nennen. Sowohl Jäger als auch Gejagte sollen dabei Gewerkschafter sein. Es ist klar, wem das nützt. Klar ist auch, daß diese Treibjagd nur stattfinden kann, wenn man sich zuvor von der Einheitsgewerkschaft verabschiedet hat. Diesen Schritt scheinen die Autoren mit dem vorliegenden Buch endgültig getan zu haben. Weltanschauliche Toleranz im Rahmen der Einheitsgewerkschaft ist so ziemlich das Schlimmste, was sie sich vorstellen können. Wörtlich: „Unabsehbarer Schaden für die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik nämlich entstünde, wenn Gewerkschaften im Banne eines faulen Friedens Ideologien duldeten, die dem antisozialistischen, totalitären Herrschaftssystem Osteuropas eine demokratische oder gar sozialistische Legitimität zubilligen ...“ (S. 148).

Also Schluß mit dem „faulen Frieden“, Schluß mit der „Duldung“. Die Unternehmer und ihre journalistischen Büchsenpanner werden ihre Freude haben, wenn Schlagwörter wie „Unvereinbarkeit“ (S. 148) und „Abgrenzung“ (S. 228) erst einmal die Szene beherrschen. Aber noch beschließen darüber nicht akademische Kammerjäger und politische „Einordnungsspezialisten“, sondern die im Rahmen der Satzung zuständigen demokratisch gewählten und vom Vertrauen der Mitglieder getragenen Gremien.

Die Autoren geben sich viel Mühe, als die einzig wahren Verfechter des gesellschaftlichen Fortschritts zu erscheinen. Glaubt man ihren Beteuerungen, so wollen sie die große Säuberung vor allem deshalb, um einem verhängnisvollen Verlust an „Ansehen“ und „realpolitischem Einfluß“ (S. 148) der Gewerkschaften vorzubeugen.

Die eigene Kraft zählt

Das also ist es, was die Autoren zu Lösung unserer Probleme vorzuschlagen haben. Im Interesse von „Ansehen“ und „Einfluß“ sollen wir künftig genau auf das verzichten, was uns bisher stark gemacht hat, auf Toleranz und Geschlossenheit. Ein Jahrhundert gewerkschaftlicher Arbeit lehrt: Im Kampf zwischen Kapital und Arbeit zählt allein die eigene Kraft. Wann immer Gewerkschaften glaubten, sich Ansehen und Einfluß durch Anpassung erschmeicheln zu können, war das gleichbedeutend mit Verzicht auf die konsequente Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen. Wer einer solchen Anpassungspolitik das Wort redet, wird von der sektiererischen „Tageszeitung“ und der großbürgerlichen „Frankfurter Allgemeinen“ gleichermaßen hofiert.

Offenbar ist es möglich, so „fortschrittlich“ zu sein, daß es den rechtskonservativen Kräften wieder gefällt. So schwärmt auch prompt Ernst Günter Vetter von der FAZ: „Junge Gewerkschafter wie Wilke und seine Verbündeten halten nichts von den Träumereien über die Korrektur verfehlter geschichtlicher Entwicklungen“ (FAZ, 15. November 1980). In der Tat: Sie haben aus der Geschichte nichts gelernt und sind dazu wohl auch unfähig. Vergeblich suchen sie mit „linken“ Phrasen darüber hinwegzutäuschen, daß sie das Geschäft der Gewerkschaftsgegner betreiben.

R. Pl.

IG Bergbau und Energie Beschlüsse

Der Schlußpunkt der im vergangenen Jahr stattgefundenen 11. Gewerkschaftstage setzte die IG Bergbau und Energie (IGBE) mit ihrem 12. Kongreß vom 24. bis 28. November in Aachen. In unserer Ausgabe 12/80 berichteten wir ausführlich über den Verlauf. Nachzutragen bleibt zur Information unserer Leser die Veröffentlichung von Beschlüssen.

Verbot der „Grauen Wölfe“ (A 5)

Die IG Bergbau und Energie fordert die Bundesregierung und die Behörden unseres Landes dazu auf, alle faschistischen und neonazistischen Verbände der „Grauen Wölfe“ aufzulösen und jegliche Nazipropaganda zu verbieten.

Novellierung der Arbeitszeitordnung (A 12)

Der Hauptvorstand wird beauftragt, gemeinsam mit dem DGB-Bundesvorstand geeignete Schritte einzuleiten mit dem Ziel, die Bundesregierung zu veranlassen, eine Novellierung der Arbeitszeitordnung herbeizuführen.

Überschichten (A 13)

Gesetzlicherseits muß das Verfahren von Überschichten und Überstunden erheblich erschwert werden.

Preispolitik (A 32)

Der Hauptvorstand wird beauftragt, in Verbindung mit dem DGB mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Wirtschafts- und Preispolitik dahingehend zu beeinflussen, daß Preissteigerungen unterbunden, überhöhte Handelsspannen abgebaut und Verbrauchersteuern gesenkt werden.

Vermögensverteilung (A 35)

Der Hauptvorstand wird beauftragt, sich mit allen Mitteln bei allen verantwortlichen Stellen für eine echte Vermögensumverteilung zugunsten der Arbeitnehmer einzusetzen.

Ausdehnung der Sparförderung (A 36)

Der Hauptvorstand wird aufgefordert, auf den Gesetzgeber einzuwirken, daß der Rahmen der durch das Vermögensbildungsgesetz geförderten vermögenswirksamen Anlagen von bisher 624 DM auf 936 DM aufgestockt wird.

An die Spitze der Lohnskala (A 80)

Der Hauptvorstand wird beauftragt, seine Bemühungen weiterhin fortzusetzen, daß alle im Bergbau Beschäftigten an die Spitze der Lohnskala kommen.

4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich (A 172)

Der Hauptvorstand wird beauftragt, sich für die Einführung der 4-Tage-Woche im deutschen Steinkohlenbergbau bei vollem Lohnausgleich einzusetzen.

Heiligabend und Silvester arbeitsfrei (A 177)

Der Hauptvorstand wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß im GWE-Bereich der Heiligabend und Silvester arbeitsfrei werden. Eine entsprechende Regelung ist für Wechselschichtler zu schaffen.

Senkung der Altersgrenze (A 346)

Der Hauptvorstand wird beauftragt, sich auch weiterhin dafür einzusetzen, daß die Altersgrenze zum Bezug des Knappschaftsruhegeldes für Untertagebeschäftigte auf das 55. und für Übertagebeschäftigte auf das 60. Lebensjahr herabgesetzt wird.

nachrichten-reihe 17: Gewerkschaftsbeschlüsse

1980 war ein für die Gewerkschaftsbewegung unseres Landes bedeutendes Jahr. Von den 17 im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Einzelgewerkschaften hielten elf ihre Gewerkschaftstage ab und bestimmten dabei auf höchster Ebene Zielstellungen und Richtlinien ihrer Politik für die kommenden Jahre. Die Gewerkschaftstage repräsentierten insgesamt 6,3 Millionen Mitglieder oder 81 Prozent der Mitgliedschaft des DGB. Im einzelnen waren dies in der zeitlichen Reihenfolge: Gewerkschaft Kunst, Gewerkschaft Leder, Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, IG Chemie-Papier-Keramik, Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, IG Metall, Deutsche Postgewerkschaft, IG Druck und Papier, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und IG Bergbau und Energie.

Aus der Fülle der dort verabschiedeten Anträge (von ca. 6300 Anträgen wurden etwa 900 beschlossen) veröffentlicht der NACHRICHTEN-Verlag nun eine Broschüre mit den wichtigsten Beschlüssen, Entschlüssen und Initiativanträgen, die in Kürze als nachrichten-reihe 17 erscheint. In Fortführung von bereits in den vergangenen Jahren publizierten Beschlüssensammlungen und als Ergänzung der aktuellen Berichterstattung an dieser Stelle wollen die Herausgeber damit Gewerkschaftern ein Hilfsmittel zur besseren Verwirklichung der gesteckten Ziele der Gewerkschaftstage an die Hand geben. Dahinter steht die einfache Erkenntnis, daß eben nur jene Beschlüsse auch in die Realität umgesetzt werden können, die im Bewußtsein breiter Kreise der Gewerkschafter bei der täglichen Arbeit stets gegenwärtig sind. Insofern kann eine Auswahl nie unparteiisch sein.

Die dokumentierten Anträge sind in fünf Kapitel untergliedert. An ihrer Spitze stehen Beschlüsse zu Frieden, Abrüstung und Entspannung, wie sie von allen Gewerkschaftstagen in ähnlicher Form verabschiedet wurden. Ihrer Verwirklichung kommt absoluter Vorrang zu, soll auch nur an die Realisierung von besserer Einkommensverteilung oder mehr Mitbestimmung und Demokratie gedacht werden. Das folgende Kapitel beinhaltet Anträge zu Tarifpolitik, Arbeitsplatzsicherung und Sozialpolitik. Abschnitt III (Gesellschaft – Reformpolitik) enthält eine Auswahl von Anträgen und Entschlüssen zu Fragen der Mitbestimmung, Wirtschaftspolitik, Bildung und insbesondere zur Berufsbildung. Anträge gegen die verfassungswidrige Aussperrungs- und Berufsverbotepraxis, die Überprüfung von Betriebsräten durch den sogenannten Verfassungsschutz, gegen zunehmende Rechtstendenzen und Neonazismus in unserem Land und für ein fortschrittliches Arbeitsrecht sind in Kapitel IV dokumentiert. Der fünfte Abschnitt schließlich enthält als Reaktion auf die Angriffe auf die Einheitsgewerkschaft Anträge, die deren Bedeutung herausstellen, zu ihrer Verteidigung aufrufen und das Verhältnis des DGB und seiner Einzelgewerkschaften zu den politischen Parteien darstellen.

Als Ergänzung der wichtigsten Beschlüsse findet der Leser in der Broschüre weiterhin die Prüfsteine des DGB zur Bundestagswahl, die nicht nur zur Prüfung der Kandidaten galten, sondern an denen auch die Taten der neuen Regierung gemessen werden sollten. Neu aufgenommen wurde gegenüber früheren Dokumentensammlungen eine Aufstellung über die Ergebnisse der Wahlen zu den geschäftsführenden Vorständen auf den Gewerkschaftstagen, die auch Auskunft über neue Funktionäre in den Gewerkschaftsspitzen bzw. die Veränderung von Vorstandsfunktionen gibt. Die Broschüre wird eingeleitet von einer kurzen gesellschafts- und gewerkschaftspolitischen Einschätzung der Gewerkschaftstage des vergangenen Jahres und kann gegen Vorüberweisung von 5,- DM plus 2,- DM für Porto und Verpackung direkt beim Verlag bestellt werden.

NACHRICHTEN im Meinungsbild unserer Leser

Nach ungefähr sechs Jahren haben wir im September vergangenen Jahres erneut eine Umfrage unter unseren Lesern gestartet, um uns in Redaktion und Verlag ein möglichst genaues Bild machen zu können, wie die Zeitschrift bei den Lesern beurteilt wird, welche Kritik es gibt und welche Verbesserungsvorschläge existieren. Darüber möchten wir nun heute informieren. Wir haben den relativ langen Zeitraum von rund vier Monaten verstreichen lassen, weil auch in den letzten Wochen noch ständig Fragebogen bei uns eingegangen sind. Gleich zu Beginn sei darauf hingewiesen, daß unsere Befragung und die anschließende Auswertung keineswegs den Anspruch erheben, einen repräsentativen statistischen Querschnitt für unseren Leserkreis zu vermitteln. Aber dennoch lassen sich aus den Antworten viele Schlußfolgerungen und Verallgemeinerungen ableiten.

Interessant ist sicherlich schon die altersmäßige Zusammensetzung derjenigen, die uns den Fragebogen zurückgeschickt haben. Rund 20 Prozent der Einsender sind zwischen 20 und 25 Jahre und weitere 61 Prozent bis 35 Jahre alt. Bei denjenigen, so kann man schlußfolgern, die aktiv mit NACHRICHTEN arbeiten, handelt es sich in überwiegender Zahl um jüngere Gewerkschafter. Als keineswegs repräsentativ betrachten wir jedoch die Tatsache, daß unter den Einsendern nur 6 Prozent Frauen waren. Das entspricht in keiner Weise der Zusammensetzung unserer Leser.

Bis auf wenige Ausnahmen sind fast alle Einsender in ihrer jeweiligen Gewerkschaft als ehrenamtliche Funktionäre aktiv, sei es als Vertrauensmann, Betriebs- bzw. Personalrat oder in den einzelnen Organen der Gewerkschaften. Auch eine ganze Reihe von hauptamtlichen Gewerkschaftssekretären gab ihre Meinung kund. Eine Konzentration ergab sich bei den Gewerkschaften ÖTV, IG Metall, HBV und GEW. Bei über 40 Prozent handelt es sich zudem um neu gewonnene Leser, die NACHRICHTEN erst höchstens zwei Jahre beziehen. So viel zunächst zur Vorstellung des Einsenderkreises selbst.

Was den Gesamteindruck der Zeitschrift anbelangt, so wird er von rund 79 Prozent der Einsender als gut und von weiteren 16,5 Prozent als zufriedenstellend bezeichnet. Erstaunlich fanden wir jedoch, daß von den übrigen 4,5 Prozent, die NACHRICHTEN die Note „nicht zufriedenstellend“ gaben, überwiegend langjährige Leser – seit fünf Jahren und länger Abonnenten – sind. Dieser Gesamteindruck von der Zeitschrift wird selbstverständlich differenzierter, wenn man die Aussagen zu den einzelnen gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Themenschwerpunkten hinzuzieht. So ist der weitaus überwiegende Teil (rund 88 Prozent) einverstanden mit der Behandlung der Lohn- und Tarifpolitik. Auch Probleme der Mitbestimmung finden nach dem Urteil von über 80 Prozent in unserer Zeitschrift eine angemessene Behandlung. Nach Meinung von zwischen 75 und 79 Prozent der Antworten sind gewerkschaftliche Grundsatzfragen – Stellung der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft, gewerkschaftliche Programmatik, Sozialpolitik – entsprechend ihrer Bedeutung berücksichtigt. Auch die Berichte und Einschätzungen gewerkschaftlicher Veranstaltungen und Konferenzen fanden bei knapp 80 Prozent der Leserantworten ein positives Echo.

Das ändert sich etwas bei der Einschätzung des Schwerpunktes Arbeits- und Sozialrecht. Hier konnten bislang nur gut 50 Prozent der Einsender zufriedengestellt werden. In der Regel verlangen die unzufriedenen Leser eine Ausweitung dieses Themas, eine intensivere Information über Urteile der Arbeitsgerichte auf den verschiedenen Ebenen und ausführliche Hinweise über Quellen sowie eine genauere Abhandlung der an-

gesprochenen arbeits- und sozialrechtlichen Problematik. Aus diesen kritischen Anmerkungen haben wir den Schluß gezogen, künftig noch stärker abzustellen, daß die Kommentierung von Urteilen unmittelbar in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Praxis Verwendung finden kann.

Schwerpunkt Ausbildung

Ein Themenschwerpunkt, nach dem wir gefragt hatten, wurde von der Mehrheit — knapp 53 Prozent — der Einsender als unzureichend eingeschätzt. Es handelt sich hierbei um die gesamte Problematik der Berufsausbildung. Beim Rückblick fällt auf, daß diese Kritik berechtigt ist und der gesamte Komplex der beruflichen Qualifizierung und auch Weiterbildung in unserer Redaktionsarbeit tatsächlich zu kurz gekommen ist. Daß wir die Berufsausbildung keineswegs als nebensächlich einordnen, mag die Tatsache beweisen, daß wir diese Fragen in den Mittelpunkt unseres Nachrichten-Seminars 1981 stellen wollen. Dennoch ist uns in der Vergangenheit diesbezüglich einiges durch die Lappen gegangen.

Trotz der relativ großen Übereinstimmung mit NACHRICHTEN gab es eine ganze Latte von Änderungsvorschlägen, was Inhalt und Schwerpunktsetzung der Zeitschrift anbelangt. Am häufigsten wird eine stärkere Berücksichtigung der betrieblichen Probleme verlangt. An erster Stelle sind hier Auswirkungen der Rationalisierung zu nennen. Hauptsächlich Betriebs- und Personalräte wünschen sich Informationen über gewerkschaftliche Gegenstrategien und Aktionsbeispiele. Diese Anregungen wollen wir umfassend aufgreifen und der betrieblichen Problematik in Form von Informationen, Analysen und Reportagen einen breiteren Raum geben. Denn das entspricht einem wichtigen Anliegen unserer Zeitschrift, die helfen soll, die praktischen Probleme vor Ort besser zu meistern.

Andere Leser regen an, daß sich die kontroversen Diskussionen gewerkschaftlicher Grundsatzfragen stärker in der Zeitschrift widerspiegeln sollten. Unterschiedliche Standpunkte, Differenzierungen der gewerkschaftlichen Gruppierungen oder von Einzelfunktionen sollten deutlicher herausgearbeitet werden. Bei einigen Lesern sind NACHRICHTEN „in den Verdacht geraten“, zu stark die offizielle Auffassung der überregionalen Vorstände herauszustellen. Als positives Beispiel wurde in diesem Zusammenhang die Erörterung der gewerkschaftlichen Programmatik und die Diskussion über Fragen der Einheitsgewerkschaft hervorgehoben.

Darüber hinaus gibt es folgende Einzelforderungen: Intensive Behandlung der gewerkschaftlichen Kulturarbeit, Veröffentlichung einer Serie über die Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, stärkere Behandlung von Fragen des Umweltschutzes und der Ökologie, der Strategien internationaler Konzerne und der gewerkschaftlichen Betätigung in den sozialistischen Ländern, hauptsächlich der DDR. Sicherlich wird es schwerfallen, alle diese Anregungen zu berücksichtigen. Denn schon jetzt befinden wir uns regelmäßig in der Situation, aus der allzu großen Materialfülle entsprechend den aktuellen Schwerpunkten auswählen zu müssen. Häufig fällt dann ein ganzes Thema der Streichung zum Opfer oder kann erst viel später behandelt werden. Dennoch wollen wir in Zukunft verstärkt darauf achten, daß die angesprochenen Themen zumindest in gewissen zeitlichen Abständen intensive Berücksichtigung finden.

Einhefter — gute Grundlage

Durchweg positiv reagieren die Einsender der Fragebogen auf unseren Einhefter. „Eine wunderbare Arbeitsgrundlage“ — diese Meinung ist wohl vorherrschend. Natürlich wird auch hier eine Ausweitung vorgeschlagen, die uns allerdings — abgesehen von Ausnahmefällen — nicht möglich erscheint. Wir sind uns bewußt, daß wir auf den zur Verfügung stehenden acht Seiten nur ein absolutes Minimum an Dokumenten bringen können und insofern — wie es ein Abonnent ausdrückt — eine wehmütige Erinnerung an den „Gewerkschaftsspiegel“

wachrufen. Eine Reihe von Lesern wünscht sich dringend den Abdruck von Betriebsvereinbarungen, anderen Dokumenten aus den Betrieben sowie genauere Informationsmaterialien aus den Kreisen und Bezirken des DGB und der Einzelgewerkschaften. Auch hier müsse, so wird gefordert, das „Meinungsspektrum der Gewerkschaften“ deutlicher sichtbar werden. Dem Wunsch nach einem Jahresgesamtverzeichnis der veröffentlichten Dokumente waren wir bereits in den vergangenen Jahren nachgekommen. In diesem Jahr haben wir im Jahresinhaltsverzeichnis eine gesonderte Rubrik „Reden/Dokumente“ eingeführt, in der sämtliche Einzeldokumente aufgeführt sind.

Fundierte „Informationen“

Die überwiegende Mehrheit — rund 90 Prozent — der Einsender gibt auch den vierteljährlichen „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ gute Noten. Die Nützlichkeit für die betriebliche, gewerkschaftliche oder sonstige gesellschaftliche Tätigkeit wird hervorgehoben. Sie werden als einzige derart fundierte, knappe und aktuelle statistische Zusammenstellung in der Bundesrepublik bezeichnet.

Auch wird angeführt, wie nützlich es ist, fundiertes Material für die Tarifrunde zur Verfügung zu haben. Dennoch gibt es natürlich auch hier einige kritische Anmerkungen. Es wird gewünscht, daß volkswirtschaftliche Fachtermini näher erläutert und somit auch für einen Nicht-Insider verständlich werden. Volkswirtschaftliche Zusammenhänge, die ohnehin manchmal schwer zugänglich sind, könnten durch eine verständlichere Sprache einem breiteren Kreis von Lesern erschlossen werden. Wir haben diese Anregungen und vor allem auch die Anerkennung an die Mitarbeiter des IMSF weitergeben.

Eine regelrechte Kontroverse brachte unsere Frage nach der grafischen Gestaltung der Zeitschrift. Insgesamt zeigten sich zwar rund 80 Prozent der Einsender mit dem äußeren Erscheinungsbild von NACHRICHTEN zumindest zufrieden. Aber es gab doch eine ganze Menge von Bemerkungen. In der Regel verbinden sich die kritischen Stellungnahmen mit der Forderung nach Auflockerung der Zeitschrift, nach mehr Grafiken, Bildern, Karikaturen und ähnlichem. Die Meinungen reichen von „Bleiwüste, die nicht zum Lesen anregt“, bis hin zur Betonung der Übereinstimmung zwischen sachlichem Stil und sachlicher Erscheinungsform der NACHRICHTEN. Sicherlich wird unseren Lesern schon aufgefallen sein, daß wir häufiger mit Hervorhebungen und verschiedenen anderen drucktechnischen Mitteln arbeiten, um die einzelnen Seiten lockerer zu gestalten. Auch Karikaturen oder Bilder von Interviewpartnern sind zur Regel geworden. Obwohl wir genau wissen, daß dennoch viele Kritikpunkte, die unsere Leser angeführt haben, nicht ausgeräumt sind, haben wir uns entschlossen, weitere mögliche Änderungen erst ausführlich auch zusammen mit einem Grafiker zu diskutieren. Denn wir wollen auf keinen Fall die bisherige Gestalt der NACHRICHTEN einfach über den Haufen werfen. Vor allem aber wird es uns darauf ankommen, die vielen Hinweise und Wünsche für unsere redaktionelle Arbeit zu berücksichtigen.

Wir möchten diese Gelegenheit jedoch auch dazu benutzen, unseren Lesern zu danken, die sich mit der Beantwortung der Fragebogen sehr viel Mühe gemacht haben und uns zum Teil sogar noch zusätzlich lange Erläuterungen geschrieben haben. Mit dieser Auswertung ist die Arbeit mit den Fragebogen bestimmt noch nicht abgeschlossen. Auch weiterhin sind wir daran interessiert, daß wir die Meinung unserer Leser erfahren. Bemerkungen und Vorschläge zu NACHRICHTEN sind also nicht nur während der Fragebogenaktion erwünscht. Wir nehmen aber an, daß die Leser, die sich so für eine weitere Verbesserung unserer Zeitschrift eingesetzt haben, sich in dem gleichen Maße für die verstärkte Verbreitung der Zeitschrift und für die Werbung neuer Abonnenten engagieren. Denn auch das wurde bei der Fragebogenaktion deutlich: Die intensivste und wirksamste Werbung vollzieht sich über das persönliche Gespräch.

Renate Bastian

Angestelltenkonferenz der GHK: „Gemeinsam in die Zukunft“

Die negativen Folgen der im Profitinteresse verschärften Rationalisierung zogen sich wie rote Fäden durch die 6. Bundesangestelltenkonferenz der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK), die am 10. und 11. Januar in Ludwigshafen stattfand. Im Namen von 10 700 organisierten Angestellten setzten sich die 59 Delegierten, darunter acht Frauen, für die Belange ihrer Kollegen ein und brachten entsprechend des Konferenzmottos zum Ausdruck, daß es darauf ankommt, mit den Arbeitern „gemeinsam in die Zukunft“ zu gehen.

Zu der Angestelltenarbeit des DGB in den 80er Jahren referierte das Bundesvorstandsmitglied Günter Stephan. Zunächst konnte der Redner auf eine positive Bilanz in der Mitgliederentwicklung unter den Angestellten hinweisen. Ihre Zahl hat sich von 571 000 im Jahre 1950 auf 1,7 Millionen im Jahre 1980 verdreifacht, während bei der Standesorganisation DAG die Mitgliederbewegung bei weniger als 500 000 stagnierte. Allerdings sind bis heute nur 23 Prozent der Angestellten gewerkschaftlich organisiert.

Stephan vermied es, generell Kritik an der Nichtbeachtung gewerkschaftlicher Forderungen im neuen Regierungsprogramm zu üben. Und die wenigen kritischen Einwände wurden dann auf die Bremserrolle der FDP reduziert. Dagegen sprach sich der Delegierte Ballin aus Oldenburg aus. Nicht der Wirtschaftsminister, sondern der Bundeskanzler bestimme die Richtlinien der Politik, wozu auch die Wirtschaftspolitik gehöre. Der DGB müsse im Interesse der Lohn- und Gehaltsabhängigen, wenn es notwendig sei, auch den Mut haben, an der SPD Kritik zu üben.

Widerspruch lösten auch Stephans Ausführungen zur technischen Entwicklung und zur Rationalisierung aus. Die breitdargelegten Anwendungsbereiche der Mikroelektronik und ihre Folgen für die Arbeitsplätze sowie die erworbene Qualifikation lastete Stephan der Technik an sich an. Wörtlich führte er u. a. aus: „Computergesteuerte Textverarbeitungssysteme drohen die Arbeitsplätze von Millionen von Schreibkräften in unseren Büros und Verwaltungen zu vernichten. Immer komplexere Aufgaben der kaufmännischen Sachbearbeitung in allen Bereichen der Verwaltung werden von Computern übernommen. Computergesteuerte Konstruktionssysteme und automatische Zeichengeräte gefährden die Arbeitsplätze von Ingenieuren und Technikern. Analyse-Automaten verdrängen die Chemielaboranten, Computergestützte Führungs-, Informations- und Planungssysteme verändern die Aufgaben des mittleren Leitungspersonals. Automatische Kassensysteme verringern die Anzahl des Verkaufspersonals.“

Diese Darlegungen stimmen insofern mit der Wirklichkeit nicht überein, weil es nicht der Computer und die angesprochenen Automaten sind, die zu den negativen Folgen führen. Die kapitalistische Anwendung dieser technischen Errungenschaften im Profit- und Machtinteresse verschuldet die Misere. Dazu aber sagte Günter Stephan kein Wort. Unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen kann sich der Fluch, der der neuen Technik im Kapitalismus anhaftet, zu einem Segen für die arbeitenden Menschen verwandeln.

Diese Auffassung widerspiegelte sich auch bei der unerwartet regen Diskussion zum Geschäftsbericht, bei der 17 Delegierte das Wort ergriffen. Nicht die neue Technik, sondern ihre Anwendung im Profitinteresse müsse bekämpft werden. Mehrere Redner stellten das Gemeinsame von Arbeitern und Angestellten heraus und wiesen alle Versuche der Unternehmer zurück, zwischen beiden Gruppen Zwietracht zu säen.

Damit die Forderungen der Angestellten künftig besser durchgesetzt werden können, sei es dringend geboten, mehr Angestellte für die GHK zu gewinnen. Gegenwärtig betrage der Anteil der organisierten Angestellten an der Gesamtmitgliedschaft lediglich 7,4 Prozent, während auf der anderen Seite 22 Prozent der organisierten Betriebsräte der GHK Angestellte sind. Um künftig auch die jetzt noch außertariflichen Angestellten für die Gewerkschaft zu gewinnen, sei es notwendig, in den Tarifverträgen neue Gehaltsgruppen bis zu 4000 DM einzuführen, forderten mehrere Delegierte.

Zum Abschluß der Konferenz verabschiedeten die Delegierten die zwölf vorliegenden Anträge. Mehrere davon beschäftigten sich mit der Rationalisierung und stellten dem Hauptvorstand die Aufgabe, „die Ursachen der vielfältigen negativen Auswirkungen für die Angestellten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen“. Einstimmig verlangte die Konferenz, „die 35-Stunden-Woche als Schwerpunkt in das tarifpolitische Aktionsprogramm der GHK aufzunehmen.“ W. P.

Dem Naziterror Einhalt gebieten!

Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter bekannte Gewerkschafter, wenden sich mit einem Appell an Parlamente und Regierungen in Bund und Ländern, dem Naziterror Einhalt zu gebieten. Anlaß dafür sind die sich mehrenden „verbrecherischen Terroranschläge der Neonazis“. Die Morde von Hamburg und München seien nicht zufällige Untaten einzelner, sondern „wurden erst in einem bestimmten politischen Klima möglich“. Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, „alle in ihrer Zuständigkeit und in ihrem Verfassungsauftrag liegenden Möglichkeiten — einschließlich des Schließens von Gesetzeslücken — zur Bekämpfung des Neonazismus“ zu ergreifen.

Zu den Erstunterzeichnern des Appells gehören u. a. die Vorsitzenden der IG Druck und Papier sowie der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Leonhard Mahlein und Kurt Georgi. Unterzeichnet haben auch das geschäftsführende Hauptvorstandsmitglied der HBV, Christian Götz, der Vorsitzende des Schriftstellerverbandes in der IG Druck und Papier, Bernt Engelmann, sowie der Frankfurter IG-Druck-Bezirkssekretär Heinz Werner Wurstius. Wie letzterer auf einer am 29. Januar in Frankfurt stattgefundenen Pressekonferenz erklärte, sollen bis zum 8. Mai weitere Unterschriften gesammelt werden, die dann an die Regierungen und Parlamente übergeben werden. Nähere Einzelheiten sind zu erfahren bei Heinz-Werner Wurstius, Eleonore-Sterling-Straße 24, 6000 Frankfurt.

G. M.

Kirchen kontra Gewerkschaftsrechte

Für Anfang 1981 erwartet die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts darüber, ob die sonst selbstverständlichen Rechte der abhängig Beschäftigten auch in den Einrichtungen der Kirchen gelten. Bislang weigerten sich die kirchlichen Unternehmer, Tarifverträge abzuschließen und auch betriebsfremden Gewerkschaftsvertretern den Zugang zum Betrieb zu ermöglichen. Gegen entsprechende Entscheidungen von Arbeitsgerichten bis hin zum Bundesarbeitsgericht legten die betroffenen Einrichtungen der evangelischen Kirche Verfassungsbeschwerden ein. Die beiden großen Kirchen stellen nach dem öffentlichen Dienst den zweitgrößten Arbeitgeber mit rund 500 000 Beschäftigten dar.

GEW fordert Einstellung von 150 000 Lehrern

In seiner Eröffnungsrede anlässlich einer Tagung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu Problemen der Lehrerbearbeitungslosigkeit Ende Januar in Sindelfingen bekräftigte der Vorsitzende der Gewerkschaft die Forderung nach Einstellung von 150 000 Lehrern bis Mitte der 80er Jahre. In der Bundesrepublik, so Erich Frister, sei in der Lehrerversorgung im Vergleich mit den EG-Ländern ein Rückstand von 25 Prozent festzustellen. Um den internationalen Standard zu erreichen, müsse die gegenwärtige Zahl von rund 600 000 Lehrern drastisch erhöht werden. (Bericht folgt in Nr. 3/81.)

Bis zu den Neonazis reicht Front der Spalter

In die Kampagne gegen die angebliche kommunistische Unterwanderung der Gewerkschaften hat sich nun auch die neonazistische Deutsche Nationalzeitung eingereiht. Mit Berufung auf das Buch von Flechtheim, Rudzio, Vilmar, Wilke, „Der Marsch der DKP durch die Institutionen“ (Besprechung siehe NACHRICHTEN 1 81) fordern sie einen strikten Antikommunismus als Doktrin für die Gewerkschaften. Auch das Deutschland-Magazin, das der CDU nahesteht, berief sich in seinen Angriffen auf die gewerkschaftliche Bildungsarbeit und auf die Einheitsgewerkschaft insgesamt auf eben dieses Buch.

Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag

Auch in diesem Jahr werden in zahlreichen Städten der Bundesrepublik Veranstaltungen des DGB und der Einzelgewerkschaften zum 8. März, dem Internationalen Frauentag, vorbereitet. Als Hintergrundmaterial sei auf eine Publikation verwiesen: **Renate Wurms, Wir wollen Freiheit, Frieden, Recht, Der internationale Frauentag, Zur Geschichte des 8. März.** Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt 1980, Preis 10,50 DM.

Kampagne gegen HBV zusammengebrochen

Mit einem „Rückzug auf der ganzen Linie“ endete Mitte Januar der Arbeitsrechtsstreit, den der ehemalige Oldenburger Gewerkschaftsführer der HBV, Horst Albers, gegen die Gewerkschaft angestrengt hatte. Albers war am 30. Juni 1980 gekündigt worden, weil er

„mit führenden DAG-Vertretern Störmanöver und Abwerbungsversuche von HBV-Mitgliedern abgesprochen“ hatte. Im Prozeßverlauf konnten derart enge Beziehungen zwischen Albers und der Deutschen Angestelltenbewerkschaft (DAG) nachgewiesen werden, daß Albers sich gezwungen sah, seine Klage zurückzunehmen. Er ist inzwischen Mitglied der DAG und will Betriebsrat bei der Oldenburgischen Landesbank werden.

IG-Druck-Appell an den Bundeskanzler

In seiner Sitzung Mitte Januar hat sich der Hauptvorstand der IG Druck und Papier mit dem Rüstungsexport beschäftigt. Das Ergebnis der Diskussion ist ein Appell an Bundeskanzler Helmut Schmidt. Dieser möge sein ganzes „politisches Gewicht dafür einsetzen, daß jegliches Ansteigen der Ausfuhr von Rüstungsgütern verhindert“ und der gegenwärtige Anteil rückgängig gemacht werde. „Keinesfalls“, so die IG Druck weiter, „dürfen die zur Zeit anstehenden Geschäfte mit Chile und Saudi-Arabien, beides Staaten in Spannungsgebieten, ausgeführt werden.“

Endgültige Absage an Mitbestimmung

Der Koalitionskompromiß in Sachen Montanmitbestimmung, sagte der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, sei „als endgültige Absage an eine Verbesserung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer“ zu werten. Den Abbau von Mitbestimmungsrechten bezeichnete er als eine eklatante Gefährdung des sozialen Friedens. Die IG Metall werde ihren Kampf um Mitbestimmung, Chancengleichheit und soziale Demokratie nicht aufgeben. Arbeitnehmerpolitik dürfe nicht nur in den Programmen der Parteien sichtbar werden, sondern erfordere auch entsprechendes Handeln in der parlamentarischen Wirklichkeit (siehe auch S. 25).

GTB: Fast 58 Prozent weibliche Mitglieder

Trotz der negativen wirtschaftlichen Entwicklung mit zahlreichen Betriebsstillegungen sei es der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) gelungen, ihren Mitgliederstand zu halten. Wie die GTB mitteilte, zählte sie Ende Dezember 1980 mit 293 766 Mitgliedern insgesamt nur 85 weniger als im vergangenen Jahr. Der Anteil der Frauen erhöhte sich auf insgesamt 169 820. Das macht 57,8 Prozent aus.

PERSONALIEN

Arthur Böpple, Mitherausgeber unserer Zeitschrift NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, beging am 1. Februar seinen 60. Geburtstag. Der versierte Sozialpolitiker ist als sachkundiger Experte auf seinem Arbeitsgebiet bekannt. Es dürfte im 20-jährigen Bestehen von NACHRICHTEN kaum eine Ausgabe erschienen sein, in der er nicht zu den verschiedensten Aspekten der Sozialpolitik Stellung bezogen hat. Er ist beruflich bei einem Sozialverband tätig und nimmt zahlreiche gewerkschaftliche Funktionen wahr.

Bernt Engelmann, Vorsitzender des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier, feierte am 17. Januar seinen 60. Geburtstag.

Karl-Heinz Goebels, 47, bisher stellvertretender Leiter der Abteilung „Ausländische Arbeitnehmer“ beim DGB-Bundesvorstand, löste **Heinz Richter** ab, der nach fast 33jähriger hauptamtlicher Tätigkeit beim DGB in den Ruhestand getreten war.

Ulrich Hanemann, Organisationssekretär des DGB-Kreises Amper-Lech, gewann seinen Kündigungsschutzprozeß vor dem Arbeitsgericht in München. Die Kündigung war ausgesprochen worden, nachdem Hanemann von der SPD in die DKP übergewechselt war. Er hatte von der IG Metall Rechtsschutz erhalten und arbeitet nun hauptamtlich in Aalen, DGB-Kreis Ostalb.

Bärbel Mang, langjährige Spitzenfunktionärin der Junglehrerarbeit der GEW, verstarb am 14. Januar kurz nach ihrem 33. Geburtstag an einer unheilbaren Krankheit. Mehrere Jahre lang mußte sie gegen das drohende Berufsverbot kämpfen. Erst ein gutes Jahr vor ihrem Tod wurde sie auf Lebenszeit verbeamtet. Gewerkschaftlich hat sich Bärbel Mang durch ihre Mitarbeit im Landesbezirksjugendausschuß des DGB Nordrhein-Westfalen, durch ihr von hervorragender Sachkenntnis geprägtes Engagement in Fragen der Lehrerausbildung sowie des Tarif- und Besoldungsrechts, durch ihren ständigen Einsatz für das Recht auf Arbeit und die Durchsetzung demokratischer Rechte einen Namen gemacht.

Peter Tümmers, langjähriger Funktionär der Gewerkschaft Textil – Bekleidung und Mitarbeiter unserer Zeitschrift, wurde am 29. Januar 60 Jahre alt.

Wolfgang Warburg, 38, wurde vom Beirat der Gewerkschaft ÖTV zum neuen Bundesbeamtensekretär gewählt. Sein Vorgänger, **Karl-Heinz Werner**, arbeitet seit dem letzten Gewerkschaftstag der ÖTV als Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes.

Neuer Hieb der Spalter – nun gegen Akademie der Arbeit

Jetzt hat also die Kette der Angriffe auf die Einheitsgewerkschaft ein neues Glied erhalten. Anfang Januar war die Akademie der Arbeit (AdA) in Frankfurt an der Reihe. Hier absolvieren in der Regel ehrenamtliche Funktionäre der Einzelgewerkschaften ein Jahresstudium, das häufig die Vorbereitung für eine hauptamtliche Tätigkeit darstellt. Unter reger Beteiligung der Presse – von der Nachrichtenagentur Reuter über „FAZ“ und „Frankfurter Rundschau“ bis hin zur „Tagesszeitung“ – wird nun auch in diesem Kreis der „kommunistischen Unterwanderung“ nachgespürt.

Was war geschehen? Auf einer internen Weihnachtsfeier hatten – wie das üblich ist – Hörer der AdA verschiedene kulturelle Beiträge und auch selbstgefertigte Sketsche vorgetragen. Und wie das eben so geht, gelingt das eine Stück besser und das andere schlechter. Das ist an sich kein aufregendes Faktum. Die Aufregung setzt höchstens dann ein, wenn man sie ordentlich entfacht. Dies geschah nun anhand eines Sketsches, in dem mit dem Worte „Eispickel“ auf die Ideologie einer als Trotzkinin bekannten Hörerin der AdA hingewiesen werden sollte. Der Abend insgesamt verlief nach übereinstimmender Meinung harmonisch – alle AdA-Hörer waren ein bißchen durch den Kakao gezogen worden, ansonsten hatte man gefeiert.

Am nächsten Tag setzte die betroffene Hörerin Marianne Scheil-Preuser, die bei der Aufführung selbst nicht anwesend war, dann Erklärungen und Drohungen in Szene. Man muß sich schon sehr anstrengen, um aus dem Sketsch eine „Rechtfertigung von politischen Morden“ oder eine „Provokation gegen die organisierte Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften und die AdA“ herauslesen zu können. Wie die besagte Hörerin selbst in einem Gedächtnisprotokoll zum Ausdruck brachte, stand sie mit solchen Unterstellungen auch ziemlich allein. Die Hörerversammlung insgesamt und die Autoren des Sketsches bemühten sich in stundenlangen Diskussionen, Fehlreaktionen auszuschließen. Die Beschuldigungen wurden von ihr dann auch schriftlich widerrufen und man vereinbarte, während der Ferientage keinerlei öffentliche Erklärungen abzugeben.

Daß hinter der ganzen Angelegenheit aber viel weitergehende politische Absichten stecken, offenbarte sich, als Anfang Januar dann doch Meldungen in die Presse lanciert wurden. Im Kern lief alles auf folgende Behauptung hinaus: „Von einigen Dozenten und Hörern der AdA werden sowohl inoffiziell sowie auch in Veranstaltungen politische Positionen der DKP-SED zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zu den politischen Regimen in der DDR,

in Osteuropa und in der UdSSR vertreten.“ Schlußfolgerung: „Wer sich so verhält, hat keinen Platz in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und ihren Institutionen – auch nicht an der AdA.“

Das klingt doch alles bereits bekannt. Erinnern wir uns einmal an die einzelnen Etappen der Kampagne „wider die kommunistische Unterwanderung“. Dezember 1977 – Bundesjugendkonferenz des DGB: das Gespenst wird geboren beziehungsweise wiederbelebt. In den Debatten und Beschlüssen der Gewerkschaftsjugend und schließlich in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit wird nach kommunistischem gefahndet. An der Spitze dieser neu aufgelegten Sauberheitskampagne steht der Leiter der DGB-Bundesjugendschule in Oberursel, Hinrich Oetjen, mit dem „Oberurseler Papier“. Er erhält kräftige Schützenhilfe aus dem Lager der Unternehmer und ihrer Hauszeitung, der Frankfurter Allgemeinen (FAZ). Es stellt sich schnell heraus, daß mit „kommunistisch“ jegliche unabhängige Gewerkschaftspolitik gemeint ist. Ins Zentrum der Angriffe gerät die IG Metall, und in den Betrieben gehen die Unternehmer verstärkt gegen aktive Jugendvertreter vor. Sie stützen sich hauptsächlich auf die Verlautbarungen der „Oberurseler“.

Zweite Etappe ab Sommer 1978: Das Buch einer Marburger Autorengruppe zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung wird unter die Rubrik „kommunistisch“ eingeordnet. Als Oberzensoren betreten die Bühne: Fritz Vilmar, Peter von Oertzen, Heinz Brandt, Gerhard Beier. Aus dem Spektrum der Einheitsgewerkschaften sollen alle Meinungen ausgegrenzt werden, die nach Ansicht dieser Herren „nicht vereinbar mit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung“ sind. Die IG Metall reagiert mit der Feststellung, daß alle Erfindungen über eine angebliche kommunistische Unterwanderung der Gewerkschaften der „Giftküche der Unternehmer“ entstammen und auch nur in deren Interessen wirksam werden können. Wie recht sie dabei hat, wird nicht zuletzt durch Artikelserien in „Capital“

und die FAZ deutlich, die soweit gehen, die „Vereinbarkeit“ von Otto Brenner mit der Gewerkschaftsbewegung in Frage zu stellen.

Eine der weiteren Etappen: Die Gewerkschaft HBV bekommt den Aufkleber: kommunistisch unterwandert. Offenbar soll die an Mitgliedern stark gewachsene Organisation kurz vor ihrem Gewerkschaftstag an den Rand einer Zerreißprobe getrieben werden. Hauptdarsteller: ein ehemaliger Bezirkssekretär der HBV in Oldenburg, der inzwischen kleinlaut zugeben mußte, seit längerem einen Arbeitsvertrag mit der berufsständischen DAG verabredet zu haben. Besagter Herr wird in einem Buch über den „Marsch der DKP durch die Institutionen“ – weitere Etappe der Kampagne – bezeichnet als um die Gewerkschaften besonders verdienter Kollege. Die Autoren des Buches: Flechtheim/Rudzio/Vilmar/Wilke. Hier sei nur am Rande vermerkt, daß Unternehmerinstitute unter fast gleichlautenden Titeln Nachforschungen anstellen. Vorläufiger letzter Höhepunkt der Kampagne im Januar 1981: Offener Brief an den DGB, in dem die Weihnachtsfeier an der AdA zum Vorwand genommen wird, um gegen „DKP-Standpunkte“ und „gegen eine Unterwanderung von Gewerkschaftsgremien“ zu Feld zu ziehen. Es dürfte kaum noch schwerfallen, die Unterzeichner zu erraten. Sie heißen u. a. Manfred Wilke, Fritz Vilmar, Hinrich Oetjen, Heinz Brandt.

Und hier schließt sich ein Kreis. Es sind die gleichen Strategien, die in den einzelnen Etappen immer wieder auftreten. Sie bezeichnen sich selbst als linkssozialistisch und werden in der Presse als Trotzkinen zitiert. Kernpunkte ihrer aktuellen Aktivitäten: 1. Sie blasen zur Hatz auf kommunistische Meinungen oder was sie eben für solche halten. Auffällig hierbei ist, daß sie als besonders verwerfliche kommunistische Taktik eine aktive und engagierte Interessenvertretung und den Einsatz für eine autonome Gewerkschaftspolitik ansehen. 2. Bei keinem ihrer Auftritte haben sie sich auch nur um den Schein bemüht, Angriffe der Unternehmer auf die gewerkschaftlichen Errungenschaften zu bekämpfen. Kein Wort zur Aussperrung, zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, kein Wort zu diesem Gesellschaftssystem, in dem Zigttausende von Jugendlichen ohne berufliche Perspektive sich selbst überlassen bleiben. 3. Ihre bevorzugten Themen suchen sie sich außer Landes. Die Entwicklung in Polen beispielsweise soll zum Prüfstein für die Gewerkschaften in der Bundesrepublik gemacht werden. Diese Forderungen tauchen immer wieder auf den Flugblättern und bei Unterschriftensammlungen auf. 4. Diese Gruppe wählt als bevorzugten Weg, um die Meinungsbildung innerhalb der Gewerkschaften zu beeinflussen, den Druck von außen – vorwiegend über die Presse und andere Massenmedien. Renate Bastian

Entscheidende Phase der BR-Wahl erfordert, Spaltung zu vereiteln

In Betrieben und Gewerkschaften werden gegenwärtig die letzten Vorbereitungen zur Betriebsratswahl 1981 getroffen. Auch die Unternehmer sind rührig und darum bemüht, daß ihnen genehme Kandidaten auf die Listen kommen bzw. Spalterlisten eingereicht werden. Gruppierungen wie die christlichen Gewerkschaften, die CDU-Sozialausschüsse aber auch angeblich freie Listen werden, nachdem man drei Jahre von ihnen nichts bemerkte, wieder rührig.

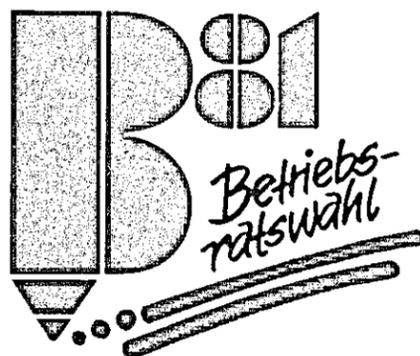
Wie die IG Metall berichtet, werden in ihrem Bereich rund 67 000 Betriebsratsmitglieder in rund 11 000 Metallbetrieben gewählt. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied Georg Benz kündigte an, daß seine Gewerkschaft bei den diesjährigen Betriebsratswahlen anstrebe, ihren Wahlerfolg von 1978 „zu verteidigen und zu verbessern“. Vor drei Jahren konnte die IG Metall 84,5 Prozent aller Betriebsräte ihres Bereichs stellen. Von den Betriebsratsvorsitzenden gehörten am Tag der Wahl sogar 94,2 Prozent der IG Metall an. Durch zwischenzeitliche Beitritte hat sich das Verhältnis für diese Gewerkschaft sogar noch positiv verändert.

Benz rechnet damit, daß besonders die DAG und die christlichen Gewerkschaften bei den Betriebsratswahlen versuchen werden, der IG Metall Sitze abzunehmen. Außerdem sei mit der Kandidatur von sogenannten unabhängigen und freien Listen zu rechnen. Die von diesen so oft beschworene Pluralität der Gewerkschaften und ihrer Wahlvorschläge sei jedoch oft nichts anderes als eine wohiklingende Kampfformel gegen die IG Metall und ihre Kandidaten, mit der die Einheit und Solidarität der Arbeiter und Angestellten zerstört werden soll.

Die Kandidatenliste der IG Metall werde nach Angaben des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds Lutz Dieckerhoff von den gewerkschaftlichen Vertrauenskörpern unter Leitung der jeweiligen IG-Metall-Ortsverwaltung aufgestellt. Dabei sei sicherzustellen, daß ausländische Arbeitnehmer und andere Minderheiten in angemessener Zahl berücksichtigt und auf dem IG-Metall-Vorschlag entsprechend plaziert werden.

In manchen Betrieben war es bisher üblich, daß, um konkurrierende Listen zu verhindern, sich Kandidaten, die unorganisiert sind bzw. gegnerischen oder konkurrierenden Organisationen angehören, zusammen mit den IG-Metall-Mitgliedern auf einer Belegschaftsliste bewarben. Die IG-Metall-Mitglieder gingen dabei in der Regel von der Überlegung aus, daß ihre Organisation dadurch mehr Mandate bekomme, als dies durch eine Listenwahl möglich sei.

Die IG Metall will solchen Belegschaftslisten künftig keine Zustimmung mehr geben, auch wenn sie geringfügige Mandatsverluste bei den Betriebsratswahlen erleiden müsse. Es bestehe stets die Gefahr, so Georg Benz, daß trotz einer bestehenden Belegschaftsliste und der weitgehenden Übereinstimmung, dadurch eine Persönlichkeitswahl zu ermöglichen, kurz vor Einreichungsschluß eine weitere Liste komme und dennoch Listenwahl erzwungen



werde. Dadurch könne die gewerkschaftliche Kraft der IG Metall demonstriert werden bzw. sogar verschwinden. Darauf wolle sich die IG Metall nicht einlassen. (Siehe hierzu auch den Diskussionsartikel von Heinz Hawreliuk, Der Gewerkschafter 1/1981, S. 14/15.)

Während die IG Metall auf die einheitliche Gewerkschaftsliste orientiert, gibt es andere Gewerkschaften wie die IG Chemie-Papier-Keramik, die anklagen lassen, weiteren gewerkschaftlichen Listen die Zustimmung geben zu wollen. Überall dort, wo aber von einer Gewerkschaft mehrere Listen existieren, kann es dazukommen, daß sich die Mitglieder dieser Listen gegenseitig bekämpfen, daß sie mehr Energie aufwenden, sich untereinander Wähler abspenstig zu machen, als sich darauf zu konzentrieren, die Interessen der Belegschaften gegen den Unternehmer zu vertreten.

Während Gewerkschaften wie die IG Metall daran interessiert sind, ein möglichst geschlossenes Handeln zu ermöglichen, gibt es jedoch auch Kräfte, die vieles versuchen, diese einheitliche Interessenvertretung zu unterlaufen. Zu diesen gehören vor allem auch

die CDU-Sozialausschüsse. Auf ihrer Bundeskonferenz in Castrop-Rauxel hieß es zwar „Wählt gute Betriebsräte“. Aber die Interpretation darüber, was gut sei, war doch aufschlußreich. Norbert Blüm, der Vorsitzende der Sozialausschüsse, meinte, Erkennungszeichen eines guten Betriebsrates wäre, „Interessenvertreter der Arbeitnehmer und Partner der Arbeitgeber“ zu sein. Blüm versucht sich hier an der Quadratur des Kreises, denn man kann, und das zeigt die Tätigkeit jedes erfolgreichen Betriebsrates, entweder Interessenvertreter der Belegschaften oder Sozialpartner sein. Beides zur gleichen Zeit geht nicht.

Aber Blüm wird noch deutlicher. Er will die Betriebsräte nicht nur auf einen sozialpartnerschaftlichen Kurs festlegen, sondern auch noch erzwingen, daß CDU-Mitglieder in genügender Zahl in die Betriebsräte geschickt werden. Geschehe dies nicht, „dann“, so Blüm, „probieren wir es alleine“. Das ist die offene Drohung mit Spalterlisten. Es ist immerhin zu registrieren, daß in einem Bericht über die Bundeskonferenz in Castrop-Rauxel, der Redakteur der „Welt der Arbeit“, Erwin Ortman, dazu nicht ein Wort verlor, obwohl doch mit Blüms Ankündigung ein offener Angriff auf Prinzipien der Einheitsgewerkschaft gestartet wurde.

Mit Blick auf Blüm sagte Hans Preiss, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall: „Die Einheitsgewerkschaft erfordert Toleranz, aber keinen Proporz.“ Preiss kritisierte jene, die mit der Spaltung der Einheitsgewerkschaft drohen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden. „Wer so redet, hat nicht begriffen, was Einheitsgewerkschaft bedeutet und setzt seine Glaubwürdigkeit aufs Spiel.“ Für die IG Metall gelte noch immer der Grundsatz: Wer ohne demokratische Legitimation Ämter und Einfluß in den Gewerkschaften beansprucht, der ist weder Demokrat noch Gewerkschafter.

Bei der Aufstellung von Wahlvorschlägen für die Betriebsratswahl gehe es, so Preiss weiter, ausschließlich um eine konsequente gewerkschaftliche Interessenvertretung und nicht um parteipolitische Einflußnahme. Auch wenn das einigen nicht ins Konzept passe: Der Wahlvorschlag der IG Metall werde vom dazu demokratisch legitimierten Gremium, dem gewerkschaftlichen Vertrauenskörper im Betrieb, unter Leitung der Ortsverwaltung beschlossen, von sonst niemandem. „Konsequente Interessenvertretung im Betrieb und Proporzdenken schließen sich aus“, betonte Preiss.

Niemand sollte bei den Betriebsratswahlen 1981 vergessen, daß die jetzt zu wählenden Betriebsräte unter völlig veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen mit ihrer Arbeit beginnen müssen. Die Unterneh-

Montanmitbestimmung: Ist ihr Ende eingeläutet?

Die Mitbestimmungsszene in der Bundesrepublik kommt nicht zur Ruhe. Nach den heftigen politischen Auseinandersetzungen um die Erweiterung der Unternehmensmitbestimmung in allen Wirtschaftsbereichen ist nun die Montanmitbestimmung Gegenstand einer neuen mitbestimmungspolitischen Runde. Eingeläutet wurde sie durch im Frühjahr 1980 bekanntgewordenen Pläne des Mannesmann-Konzerns, das Unternehmen umzustrukturieren. Der springende Punkt dieses Strukturplans bestand darin, daß die Mannesmann-Konzern-Mutter künftig nicht mehr dem Montanmitbestimmungsgesetz von 1951, sondern nur noch dem erheblich schwächeren Mitbestimmungsgesetz von 1976 unterliegen würde.

Am 28. November 1980 beschloß der Aufsichtsrat der Mannesmann-AG gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter mit der Stimme des neutralen Vorsitzenden (des Vorstandsvorsitzenden der Westdeutschen Landesbank, Völling, zugleich Mitglied der SPD), die Mannesmann-Hüttenwerke in die Mannesmann-Röhrenwerke AG (eine der sechs Tochtergesellschaften des Konzerns) einzugliedern. Folge: Die Konzernmutter, die Mannesmann-AG, fällt aus dem Anwendungsbereich des Montanmitbestimmungsgesetzes von 1951 heraus. Ein neuerliches Hineinwachsen in das Mitbestimmungsergänzungsgesetz von 1956 ist dadurch ausgeschlossen, daß die wirtschaftliche Diversifikationspolitik (Veränderungspolitik) des Konzerns zu einem Sinken des Montanumsatzes unter die erforderliche Quote von 50 Prozent geführt hat. Die Mannesmann-AG fällt damit nur noch unter das unterparitätische Mitbestimmungsgesetz von 1976.

Als die Mannesmann-Pläne bekannt wurden, stand der Bundestagswahlkampf bevor. Diese Entwicklung mußte als Politikum ersten Ranges wirken, da keine Partei es sich leisten konnte, offen von der Montanmitbestimmung Abschied zu nehmen. Die Reaktionen waren allerdings – wie kaum anders zu erwarten – differenziert. Die SPD legte ohne Absprache mit dem Koalitions-

partner ein Sicherungsgesetz vor, das den Montanmitbestimmungsbestand auf dem gegenwärtigen Status quo einfrieren sollte, und zwar unbefristet.

Von der CDU war Widersprüchliches zu hören: Die CDU-Sozialausschüsse setzten sich einerseits für den Erhalt der Montanmitbestimmung ein, ordneten sich dann aber offensichtlich der Linie des CDU-Vorsitzenden Kohl unter, zunächst die Entscheidung des Mannesmann-Aufsichtsrats abzuwarten. Der CDU-Kanzlerkandidat Strauß wiederum wartete mit der Variante auf: Die im Mitbestimmungsergänzungsgesetz vorgesehene Montanumsatzquote von 50 Prozent sollte auf 30 Prozent gesenkt werden. Die FDP schließlich – die 1951 als einzige der heute noch im Bundestag vertretenen Parteien gegen die Montanmitbestimmung votiert hatte – setzte auf Verzögerung, machte aber keinen Hehl daraus, daß sie das maßgeblich von ihr geprägte Mitbestimmungsgesetz von 1976 für fortschrittlicher hielt als die Montanmitbestimmung und insofern an einem Sicherungsgesetz wenig interessiert sei.

Die durchaus bestehende Möglichkeit, unter Ausnutzung wahlkampfbedingter Rücksichtnahme ein Sicherungsgesetz im Bundestag durchzubringen, wurde schließlich nicht versucht. Nach der Bundestagswahl mußten sich die betroffenen Arbeitnehmer und die Gewerkschaften mit folgender Absichtserklärung in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt begnügen:

● Wenn in einem Unternehmen die Voraussetzungen für die Anwendung der Montanmitbestimmung entfallen, so gilt die bis dahin für das Unternehmen geltende Montanmitbestimmungsregelung für die Dauer von 6 Jahren weiter.

● Die Gewerkschaftsvertreter für die Aufsichtsräte der Unternehmen nach den Montanmitbestimmungsgesetzen von 1951 und 1956 werden von den Gewerkschaften vorgeschlagen und nach den für die belegschaftsangehörigen

Arbeitnehmervertreter geltenden Verfahren gewählt.

Damit steht ein neuerlich befristetes Sicherungsgesetz – das dritte (nach entsprechenden Sicherungsgesetzen von 1967 und 1971) – zu erwarten. Die Reaktion der Gewerkschaften war entsprechend herb: Der DGB-Bundesvorstand veröffentlichte am 3. Dezember 1980 eine Erklärung, wonach die Regierungserklärung im Punkt Montanmitbestimmung als „völlig unzureichend“ bezeichnet wurde. Den Interessen der Arbeitnehmer entspreche „allein eine zeitlich unbegrenzte Sicherung der Montanmitbestimmung ohne Wenn und Aber“.

Angesichts des ständigen Rückgangs montanmitbestimmter Betriebe infolge ständiger Konzentration und Zentralisation sowie technischer und struktureller Veränderungen ist diese Forderung nur zu berechtigt. Fielen 1951 noch 34 Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie sowie 71 Unternehmen des Bergbaus (also insgesamt 105 Unternehmen) unter die Montanmitbestimmung, so sind es heute noch ein Drittel davon. Dies macht deutlich, warum die Gewerkschaften – unabhängig vom konkreten Fall Mannesmann – auf eine dauernde Absicherung zumindest des gegenwärtig bestehenden Montanmitbestimmungsstandes drängen und ein weiteres befristetes Sicherungsgesetz als „Auslaufgesetz“ kritisieren.

Bei der Frage, wie ein weiteres Austrocknen der Montanmitbestimmung verhindert werden kann, ist sicherlich ein Blick zurück auf die Entstehung dieser Mitbestimmungsregelung nützlich. Im Jahre 1951 bedurfte es des Einsatzes gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen, um den Gesetzgeber zur Sicherung des bereits 1947 im Montanbereich erreichten Mitbestimmungsstandes zu veranlassen. Bekanntlich hatten damals führende Montanindustrielle selbst eine paritätische Mitbestimmung angeboten, um die Entflechtungspläne der Alliierten mit Hilfe der Gewerkschaften abzumildern. Nachdem der politische Wind spätestens mit Gründung der Bundesrepublik zugunsten der Unternehmer umgeschlagen war, wollten sie von Mitbestimmung nichts mehr wissen.

In dieser Situation sprachen sich über 90 Prozent aller Stahl- und Bergarbeiter für Streik aus, sollte die Montanmitbestimmung nicht gesichert werden. Die Androhung eines politischen Demonstrationstreiks verfehlte damals ihre Wirkung nicht; ebensowenig verfehlte es die Durchführung eines demonstrativen eintägigen Warnstreiks Mitte der 50er Jahre gegen die Androhung des Montanindustriellen Reusch (derselbe übrigens, der 1947 den Gewerkschaften die paritätische Mitbestimmung mit angeboten hatte), die Montanmitbestimmung als Ergebnis einer „brutalen Erpressung“ durch die Gewerkschaften wieder abzuschaffen. Udo Mayer

Wenn du älter wirst, sollst du ärmer leben

Sorgen machte sich Bundesinnenminister Baum, der öffentliche Dienst könnte aus der „gesamtwirtschaftlichen Risikogemeinschaft herausgedrängt“ werden. Und wenn sich Unternehmervereiter über eine derartige Verantwortung Gedanken machen, planen sie meist eine Attacke auf die sozialen Rechte der Beschäftigten. So auch Baum, als er Anfang Januar auf einer Fachtagung des Deutschen Beamtenbundes über Sparmaßnahmen nachsann. Zum Beispiel sprach sich der Minister für eine regelmäßige Leistungsüberprüfung von Beamten aus, um deren Bereitschaft, ihr Amt auch voll auszufüllen, zu testen. Gegebenenfalls müßte dann einem „weniger leistungsbereiten Beamten“ der Aufstieg verwehrt oder sogar eine Rückstufung verordnet werden. Auf diese Weise, so Baum, komme zum Ausdruck, daß die Angehörigen des öffentlichen Dienstes nicht frei seien von dem Risiko, bei sinkender Leistung auch weniger zu verdienen.

Nehmen wir doch einmal ein konkretes Beispiel. Durch den Streik der Postgewerkschaft für Verbesserungen im Schichtdienst ist landläufig bekannt geworden, daß in diesem Bereich zahlreiche Beamte des einfachen Dienstes arbeiten. Es ist weiterhin offenkundig geworden, daß Schichtdienst zu erheblichen gesundheitlichen Schäden führt. Da kann sich jeder leicht ausrechnen, wann die vom Minister angesprochene Leistungsminderung eintritt. Das Fazit wäre demnach, je älter ein Beschäftigter im Schichtdienst wird, je stärker seine Kräfte verschlissen sind, um so weniger soll er auch verdienen. — Sicher, so deutlich hat es der Minister nun auch wieder nicht gesagt. Vielleicht hat er auch nur seine Ministerialbürokratie einer Leistungsüberprüfung unterwerfen wollen. Denn im gleichen Zusammenhang verbat er sich auch, daß Beamte des öffentlichen Dienstes noch lukrativen Nebenbeschäftigungen nachgehen und ihre Arbeitskraft gar nicht in vollem Umfang dem öffentlichen Unternehmer zur Verfügung stellen. Hier kann er die Schichtdienstler auf keinen Fall gemeint haben, denn aus deren Reihen ist zumindest bisher noch keine nebenamtliche Beratertätigkeit bekannt geworden.

Ausdrücklich bezog sich Baum aber auf diese Beschäftigtengruppe, als er auf die Pflichten von Beamten zu sprechen kam. Seiner Meinung nach gehört nämlich das Streikverbot zum „Kernbestand des Dienst- und Treueverhältnisses des Beamten“. Und er knüpfte eine enge Beziehung zwischen dem Berufsbeamtentum und der „Pflichtbindung“ dieser Beschäftigtengruppe, deren Auf-

gabe sei es, auch im Falle von Streiks, wie dem der Postgewerkschaft, den öffentlichen Dienst aufrechtzuerhalten. Nur solle man das eben nicht als Streikbrechertätigkeit bezeichnen.

So sehen also die Vorstellungen des liberalen Ministers von der Reform des öffentlichen Personalrechts aus. Er will offenbar die Beibehaltung des Berufsbeamtentums als ein arbeitsrechtliches Verhältnis ohne Tariffähigkeit. Zu Recht brachten die Delegierten fast aller Ge-

Modell der Chemie-Unternehmer für intensivere Ausbeutung

Allen Ernstes hat der „Arbeitsring Chemie“, der Verband der Chemieunternehmer, der IG Chemie-Papier-Keramik den Entwurf eines Plans für die intensivere Arbeitskraftausnutzung unterbreitet. Dieser „Job-Sharing“-Vertrag soll den Unternehmern die von ihnen verursachte Massenarbeitslosigkeit dadurch noch gewinnbringender nutzbar machen, daß ein Arbeitsplatz künftig von zwei Beschäftigten besetzt wird. Eine Ende November 1980 von der IG Chemie-Papier-Keramik verbreitete „vorläufige Stellungnahme“ dazu hat folgenden Wortlaut:

Die IG Chemie-Papier-Keramik erhebt starke Bedenken gegen das vom Arbeitsring Chemie vorgelegte Modell eines sogenannten Teilarbeitszeitvertrages für Beschäftigte in der chemischen Industrie. Mit diesem Modell wird nach Auffassung der Gewerkschaft das Arbeitszeitaustauschrisiko einseitig auf die Arbeitnehmer verlagert.

Der „Job-Sharing-Arbeitsvertrag“, der ein Teilarbeitsangebot hauptsächlich und zwangsläufig für weibliche Arbeitnehmer darstellen soll, sieht eine Besetzung eines Arbeitsplatzes durch mindestens zwei Arbeitnehmer vor. Es werden zwar mit den Arbeitnehmern gesondert Arbeitsverträge abgeschlossen, die aber nicht unabhängig voneinander existieren können. Keiner der Arbeitnehmer hat einen Rechtsanspruch auf Vollzeitbeschäftigung; beide sind jedoch verpflichtet die Arbeitszeit an diesem Arbeitsplatz gemeinsam durch entsprechende Aufteilung sicherzustellen und ihn ständig zu besetzen.

Fällt ein Arbeitnehmer wegen Krankheit, Urlaub oder anderer Gründe aus, bleibt die Verpflichtung, den Arbeits-

werkschaften den Widerstand der Beschäftigten gegen Leistungskontrollsysteme zum Ausdruck, die darauf hinauslaufen, bei Strafe der Gehaltsminderung immer mehr Leistung abzupressen. Und noch ein Gesichtspunkt gewinnt in diesem Zusammenhang an Bedeutung. Hier werden Konturen einer umfassenderen Personalrechtsreform sichtbar, die allen gewerkschaftlichen Forderungen ins Gesicht schlägt. Es wäre dringend notwendig, daß die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wirksame Schritte unternehmen, um ihre Forderungen auch zu verwirklichen. Denn es besteht die Gefahr, daß die Unternehmerseite — beispielsweise über solche Vorschläge wie die des Ministers Baum — in ihrem Sinne Fakten schafft. R. B.

platz ganztägig zu besetzen, für den anderen Arbeitnehmer bestehen. Die betroffenen Arbeitnehmer sollen sich eigenständig über die Aufteilung der Arbeitszeit einigen. Vertretungszeiten werden nach den Vorstellungen der Arbeitgeber gesondert vergütet. So wird erst nach einer Überschreitung der tariflichen wöchentlichen Arbeitszeit (40 Stunden) eine Mehrarbeitsvergütung gewährt.

Wichtigste Voraussetzung für das Funktionieren der Arbeitsplatzteilung ist nach eigener Kommentierung des Arbeitsrings Chemie die ständige ganztägige Besetzung des Arbeitsplatzes. Ist dies nicht möglich, berechtigt dies den Arbeitgeber zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses wegen einer sogenannten Leistungsstörung, die aus der Sphäre der Arbeitnehmer kommt.

Nach einer ersten vorläufigen Prüfung des Musterarbeitsvertrages erhebt die IG Chemie-Papier-Keramik ernste Bedenken gegen dieses sogenannte Angebot, das den Arbeitgebern die Möglichkeit eröffnet, sich Arbeitnehmer auf Abruf zur Verfügung zu halten. So muß sich der Arbeitnehmer trotz Absprache mit seinem Arbeitskollegen ständig für eine achtstündige Arbeitsleistung bereithalten und außerdem das Risiko eingehen, unverschuldet einer Kündigung entgegenzusehen. Nach eingehender rechtlicher Überprüfung des offensichtlich sehr einseitig an Arbeitgeberinteressen orientierten Modells wird der Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik in einer detaillierten Stellungnahme in Kürze entsprechende Empfehlungen an die Betriebsräte und alle Organisationsstellen herausgeben.

In der Krankenversicherung: Beiträge rauf – Leistungen runter

Nach einer kurzen Phase relativ stabiler Beitragssätze, sogar vorübergehender Beitragssenkungen, haben zu Beginn dieses Jahres zahlreiche Krankenkassen, darunter die großen Angestellten-Ersatzkassen, ihren Beitragssatz erhöht. Bei den Ersatzkassen beträgt die Steigerung im allgemeinen 0,7, bei den Ortskrankenkassen 0,5 Prozent. Der durchschnittliche Beitragssatz zur sozialen Krankenversicherung, der 1970 noch 8,2 Prozent betragen hat, wird durch die jüngsten Beitragsanhebungen nach Schätzung der Experten von 11,4 Prozent im Jahre 1980 auf 12,4 Prozent in diesem Jahr steigen. Doch gibt es Ortskrankenkassen, deren Beitragssatz schon die 14-Prozent-Marke überschreitet.

Da ab Januar 1981 auch der Beitragssatz für die Rentenversicherung um 0,5 auf 18,5 Prozent heraufgesetzt wurde, ergibt sich für Arbeiter und Angestellte mit einem Bruttomonatsverdienst von 2000 DM im Durchschnitt eine zusätzliche Beitragsbelastung von 12 DM monatlich. Das ist fast das Zwölfwache der 1,09 DM, die ein Verheirateter ohne Kinder mit gleichem Bruttomonatsverdienst ab Beginn dieses Jahres aufgrund des Steuerentlastungspaketes weniger an Steuern zahlt!

Obwohl die Beitragseinnahmen der Krankenkassen automatisch mit den Bruttoarbeitsverdiensten zunehmen, soweit diese nicht die Beitragsbemessungsgrenze übersteigen, sind die Leistungsausgaben wieder schneller gestiegen. Nur 1977 war der Anstieg der Leistungsausgaben geringer als der der Bruttoarbeitsverdienste. 1978 und 1979 sind die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen um 7,1 und 3,2 Prozent gestiegen, die Bruttoarbeitsverdienste um 5,2 und 5,4 Prozent. Im ersten Halbjahr 1980 haben gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum die Leistungsausgaben pro Mitglied um 3 Prozent, die Einnahmen um 6 Prozent zugenommen. Überdurchschnittlich sind die Ausgaben der Krankenkassen für Zahnersatz (1979: 12, 1. Halbjahr 1980: rund 15 Prozent) und für Heil- und Hilfsmittel (1979: 13,4, 1. Halbjahr 1980: 12 Prozent) gewachsen.

Das Kostendämpfungsgesetz des Jahres 1977 hat also die defizitäre Entwicklung der sozialen Krankenversicherung — wenn überhaupt — so nur vorübergehend und völlig unzureichend gebremst. Das ist nicht überraschend, enthält doch dieses Gesetz nur wenige direkt wirksame Maßnahmen, und die gehen zu Lasten der Arbeiter, Angestellten und Rentner, so Einschränkungen bei den Kurmaßnahmen, der Familienkrankenversicherung, bei der Zahlung für Zahnersatz. Hinzu kommt die unsoziale Arznei- und Heilmittelge-

bühr, die auch die Rentner, Kriegs- und Wehrdienstopfer entrichten müssen, die bis dahin von der Rezeptgebühr befreit waren.

Die wirklichen Ursachen der Kostenexplosion im Gesundheitswesen wurden jedoch damit nicht angegangen. Sie wirken weiter fort. Zugleich aber wurden durch die geringeren Verbesserungen der Bruttoarbeitsverdienste, die gekürzten Rentenanpassungen und die hohe Massenarbeitslosigkeit die Entwicklung der Einnahmen der Krankenkassen gebremst.

Die Ursachen für die Kostensteigerung liegen zum Teil außerhalb der Krankenversicherung und des Gesundheitswesens. Die ansteigenden Krankheitskosten sind in einem erheblichen Maße „Reparaturkosten“, die aus den gesundheitsschädlichen Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen resultieren, denen der arbeitende Mensch in der in der Bundesrepublik herrschenden, mehr auf immer höheren Gewinn der großen Kapitalbesitzer denn auf das Wohl des arbeitenden Volkes orientierten Ordnung ausgesetzt ist.

Auch im Gesundheitswesen spielt die Prävention, der Ausbau eines Systems umfassender Maßnahmen zur Verhinderung und vorbeugenden Bekämpfung von Krankheiten immer noch ein Schattendasein, wie überhaupt unser zersplittertes Gesundheitswesen wenig effektiv ist. So gibt es große Mängel bei der Bekämpfung der Volksseuche Rheuma, an der vermutlich in der Bundesrepublik 10 Millionen Menschen leiden und die einen volkswirtschaftlichen Schaden von schätzungsweise 30 bis 40 Milliarden DM jährlich verursacht. Darüber hinaus gibt es nach wie vor allgemein einen hohen Krankenstand. Es steigen die Krankheitsschwere und die Krankenhauszugänge.

Diese und andere Mängel sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß auch das Gesundheitswesen dem Streben nach der Erzielung hoher Gewinne und Einkommen unterworfen ist, die

vor allem mit der Herstellung und dem Vertrieb von Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln sowie medizinisch-technischen Geräten und Ausstattungen — auf Kosten der sozialen Krankenversicherung und ihrer Versicherten —, aber auch von einigen Ärztegruppen erzielt werden.

Aber auch der Staat „verdient“ an der sozialen Krankenversicherung und bürdet ihr fremde Lasten auf. Für ihnen gesetzlich zugeordnete Fremdaufgaben (Mutterschaftshilfe, Behandlungskosten für einen Teil der Arbeitsunfallverletzten) erhalten die Kassen keinen oder keinen vollen Kostenersatz. Die Aufwendungen für die Krankenhäuser, die Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes wahrnehmen, wurden immer mehr vom Staat auf die Krankenkassen abgewälzt. Leistungen der Krankenversicherung werden mit dem vollen Mehrwertsteuersatz um 13 Prozent versteuert. Allein bei den Medikamenten kommen damit jährlich über 1,6 Milliarden DM auf Kosten der sozialen Krankenversicherung in die Bundeskasse. Etwa den gleichen Betrag wenden die Pharmakonzerne für die der Werbung dienenden Arzneimittelmuster auf.

Den wahren Ursachen der überhöhten Kosten und Ineffektivität unseres Gesundheitswesens will man in Bonn auch jetzt nicht zu Leibe rücken, obwohl dazu von seiten der Gewerkschaften seit Jahren Vorschläge und Forderungen auf dem Tisch liegen. Im Gegenteil: Es drohen weitere Leistungseinschränkungen! So haben die Spitzenverbände der Ärzte, Zahnärzte und Krankenkassen für 1981 eine Aufstockung der Honorare bis zu 6 Prozent und zugleich vereinbart, daß weniger Arznei-, Heil- und Hilfsmittel verordnet und weniger Patienten ins Krankenhaus eingewiesen werden. In Vorbereitung befindet sich die Lisi der Arznei- und Heilmittel, die von der Leistungspflicht der Krankenkassen ausgeschlossen werden sollen.

Die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen hat empfohlen, die Regelung des Kostenanteils bei Heilmitteln unter dem Gesichtspunkt einer „wirtschaftlichen Versorgung“ zu überprüfen. Nicht schwer zu erraten ist, daß dabei eine höhere Kostenbeteiligung herauskommen soll. Vor allem aber die Unternehmervverbände drängen — wie schon seit zweieinhalb Jahrzehnten — darauf, alle Versicherten über die Arzneimittelgebühr hinaus generell an allen Krankheitskosten zu beteiligen. Als „Einstieg“ dazu hat die FDP in ihrem Wahlprogramm die Einführung eines „Wahltarifes“ mit ermäßigtem Beitragssatz bei Selbstbeteiligung an den Krankheitskosten gefordert. Auf diese Weise soll das Solidar- und Sachleistungsprinzip in der sozialen Krankenversicherung schrittweise weiter ausgebaut und abgebaut werden.

Arthur Böpple

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT

BAG: Kalte Aussperrung zulässig

Empörung und Zorn hat bei den Gewerkschaften das Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) zur kalten Aussperrung vom 22. Dezember 1980 ausgelöst. Mit Recht: Nachdem das Bundesarbeitsgericht in seinem Aussperrungsurteil vom Juni 1980 die Aussperrung für grundsätzlich zulässig erklärt und sich damit über den massiven Protest der Gewerkschaften hinweggesetzt hatte, haben nunmehr die Unternehmer über die kalte Aussperrung ein zweites wirkungsvolles Instrument, um die Kampfkraft der Gewerkschaft zu schwächen.

Zum ersten Mal haben die Unternehmer 1972 während des Streiks um den Lohnrahmentarif II in Nordwürttemberg/Nordbaden die kalte Aussperrung massenhaft angewendet. Damals wurden etwa 100 000 Arbeiter und Angestellte in nicht vom Streik erfaßten Betrieben mit der Begründung nach Hause geschickt, verursacht durch den Streik sei für sie keine Arbeit vorhanden. Da sie für die Ausfallzeiten keinen Lohn erhielten, waren sie letztlich auf die Sozialhilfe angewiesen, da sich auch die Bundesanstalt für Arbeit weigerte, für diese Ausfallzeiten Kurzarbeitergeld oder Arbeitslosengeld zu zahlen.

In den Arbeitskämpfen 1978/79 im Metallbereich bauten die Unternehmer die kalte Aussperrung erheblich aus. Die Zahl der bundesweit kalt Ausgesperrten war tageweise größer als die der im umkämpften Tarifgebiet Ausgesperrten. In dieser Situation pochten die Betriebsräte auf ihr Mitbestimmungsrecht bei der „vorübergehenden Verkürzung der betrieblichen Arbeitszeit“ nach § 87 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG. Die unteren Gerichte urteilten widersprüchlich und unterschiedlich. Einige Gerichte übernahmen den Unternehmerstandpunkt, daß nämlich das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats grundsätzlich suspendiert sei, wenn der Unternehmer unter Berufung auf Fernwirkungen des Arbeitskampfes die Produktion einstellt. Andernfalls sei die Kampfparität verletzt, die Vorrang vor dem Mitbestimmungsrecht des BetrVG habe (so Arbeitsgericht Köln, Landesarbeitsgericht Frankfurt, Landesarbeitsgericht Düsseldorf).

Einige Gerichte folgten dem gewerkschaftlichen Standpunkt, daß nämlich das Mitbestimmungsrecht grundsätzlich bestehen bleibe (Arbeitsgericht Düsseldorf). Dann gab es auch noch Gerichte, die danach unterschieden, ob der betroffene Betrieb inner- oder außerhalb des Tarifgebietes lag.

Das Bundesarbeitsgericht hat nun diese Auseinandersetzung zugunsten der Unternehmer entschieden, sich jedoch darum bemüht, das Ganze nicht so

kräftig erscheinen zu lassen und sich um einen „vermittelnden“ Standpunkt bemüht. Was dabei herauskam, ist ein Urteil, dem die IG Metall „jede Rechtslogik“ abspricht. In der mündlichen Urteilsbegründung führte der ausscheidende BAG-Präsident Müller aus, arbeitskampfbedingte Kurzarbeit sei ein legitimes Mittel des Arbeitgebers zur Abwälzung des Lohnrisikos, wenn unausweichliche Produktionsschwierigkeiten durch Arbeitskämpfe vorlägen. Der Betriebsrat könne der Einführung von Kurzarbeit jedoch dann widersprechen, wenn sie „mißbräuchlich“ eingesetzt werde und habe außerdem ein Mitbestimmungsrecht bei der Frage, wie die noch vorhandene Arbeit unter die einzelnen Beschäftigten des Betriebes aufgeteilt würde.

Zunächst hat also der Unternehmer das Recht, allein zu entscheiden, ob er Kurzarbeit einführen oder die Belegschaft nach Hause schicken will oder nicht. Erst wenn ihm der Betriebsrat „Willkür“ nachweist, soll die kalte Aussperrung über die Gerichte gestoppt werden können. Dazu die IG Metall: „Nicht der Arbeitgeber, der etwas ändern will, muß nachweisen, daß die Einstellung der Arbeit wirtschaftlich unvermeidlich und nach dem Gesetz gerechtfertigt ist, sondern der Betriebsrat muß in Zukunft nach Auffassung des BAG beweisen, daß im Betrieb sehr wohl noch Arbeit vorhanden ist, und er muß Vorschläge machen, wie diese Arbeit auf die einzelnen Arbeitnehmer zu verteilen ist. Auch für eine solche Veränderung der Entscheidungsstrukturen gibt es im Betriebsverfassungsgesetz keine Grundlage.“ Das vom BAG angenommene Mitbestimmungsrecht bei den Folgen der kalten Aussperrung bezeichnet die IG Metall als Feigenblatt. Eine solche Aufspaltung des Mitbestimmungsrechtes finde im Gesetz keine Stütze.

Das BAG-Urteil reiht sich nahtlos in eine höchstrichterliche Rechtsprechung ein, die – manchmal unter dem Deckmäntelchen einer angeblichen Kampfparität – immer mehr die Rechte der Betriebsräte und Gewerkschaften einschränkt. Am 24. April 1979 hatte das BAG entschieden, daß ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats nicht bestehe, wenn der Unternehmer im Streik die betriebsübliche Arbeitszeit verlängern würde. Wie kam damals das Gericht trotz des eindeutigen Wortlauts des § 87 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG zu einer solchen Entscheidung? Ganz einfach: „Soweit das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats geeignet ist, die Kampffähigkeit des Arbeitgebers zu beeinflussen, muß es weichen.“ Florett

Sonderurlaub auch für Väter!

In einem einstimmig verabschiedeten Antrag fordern die Frankfurter Gewerkschaften den DGB-Bundesvorstand auf, „mit Nachdruck“ die Fraktionen des Bundestages zu drängen, Sonderurlaub sowohl für jeweils einen Elternteil nach Ablauf der Mutterschutzfrist oder nach der Aufnahme eines Adoptivkindes für die Dauer von 18 Monaten einzuführen. Langfristig sollte diese Frist auf drei Jahre ausgedehnt werden. Für diese Zeit soll, so der DGB-Antrag, das Arbeitsverhältnis ruhen und der Arbeitnehmer unkündbar sein. Zur Finanzierung wird vorgeschlagen, daß aus Bundesmitteln für den jeweils betroffenen Elternteil ein Betrag in Höhe des Arbeitslosengeldes gezahlt wird und die Sozialversicherungsbeiträge ebenfalls vom Bund getragen werden.

Kostenexplosion im Gesundheitswesen

Über die expansive Kostenentwicklung im Gesundheitswesen liefert eine neue Untersuchung des Statistischen Bundesamtes folgende Angabe: Um stolze 135 Prozent erhöhten sich die Kosten im Gesundheitsbereich im Zeitraum von 1970 bis 1978, nämlich von 70,3 Milliarden DM auf 165,2 Milliarden DM. Betrug der Aufwand je Einwohner 1970 noch 1160,2 DM, so lag er im Jahre 1978 bei 2695 DM. Als Ursachen nennt die Untersuchung die schwer einzuschätzenden Faktoren wie Arzthonorare, Kosten- und Preisstrukturen auf dem Arzneimittelmarkt und „Anspruchsverhalten“ der Versicherten. Unter anderem mit Blick auf diese Kostenexplosion hatte die Gewerkschaft ÖTV ihre Mitarbeit in der konzertierten Aktion im Gesundheitswesen aufgekündigt.

Leiharbeit ist oft wie Menschenhandel

Nach dem vorliegenden 4. Bericht der Bundesregierung über Erfahrungen mit dem Arbeitnehmer-Überlassungsgesetz wird der Eindruck erweckt, der Verleih von Arbeitskräften sei unter Kontrolle. Besonders die großen Probleme des illegalen Verleihs werden dagegen zu wenig berücksichtigt. Dieser hat seinen Schwerpunkt vor allem im Baugewerbe, in der Metallindustrie und bei den Ladearbeitern in den Häfen zu verzeichnen. Ein Großteil der Illegalen sind Ausländer. Die vergangenen Gewerkschaftstage der IG Metall und der IG Bau-Steine-Erden beschäftigten sich mit diesem Problem und forderten das Verbot der Leiharbeit.

Trotz schwieriger Bedingungen: In der DDR 5 Prozent Wachstum

Angesichts der steigenden Erdölpreise, der Krisenerscheinungen in allen kapitalistischen Ländern, aber auch der politischen Wirrnisse in Polen, wird in den Massenmedien unseres Landes behauptet, daß die Wirtschaftskrise weltweit sei. Man müsse sich mit ihr abfinden. Ist sie wirklich weltweit? Wengleich Norbert Blüm von den CDU-Sozialausschüssen gegen die Reise des ÖTV-Vorsitzenden Heinz Heinz Kluncker in die DDR wettete, meinen auch wir, daß die DDR schon eine Reise wert ist. Im Gegensatz zu Blüm wollten wir es genau wissen, und so informierten wir uns vor Ort, wie dieses rohstoffarme Land mit den gestiegenen außenwirtschaftlichen Belastungen fertig wird. (Siehe auch NACHRICHTEN Nr. 12/1980 und 1/1981.)

Wir diskutierten mit Horst Heintze, Präsidiumsmitglied und Sekretär des Bundesvorstandes des FDGB, und mit Prof. Dr. Lothar Hummel, Abteilungsleiter am Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung, und konnten anschließend im Bezirk Cottbus den Wahrheitsgehalt ihrer Aussagen überprüfen.

In der DDR bestehen bei keinem verantwortlichen Funktionär Illusionen über noch tatsächlich vorhandene Schwächen und Mängel und auch nicht darüber, daß es größter Anstrengungen bedarf, um die hochgesteckten Ziele verwirklichen zu können. Aber es wäre völlig falsch, den Wald vor lauter Bäumen und damit die beachtlichen Erfolge nicht zu sehen.

Die DDR hat zu Beginn des Jahres 1979 für ihre Industrie und ihr Bauwesen eine neue Organisationsform gefunden, die Kombinate, mit deren Hilfe sie ihre Wirtschaft weiter voranbringen und einen hohen Leistungs- und Effektivitätszuwachs erreichen will. In 129 Kombinate mit rund 7000 Betrieben wird heute der größte Teil der Industrieproduktion erzeugt, und hier ist auch der größte Teil des Forschungs- und Entwicklungspotentials konzentriert. Mit der Verlagerung von Entscheidungen in die Kombinate, bis hin zu den Außenhandelsbeziehungen, können sich nunmehr der Ministerrat und die Staatliche Plankommission stärker den Grundfragen der wirtschaftlichen Entwicklung widmen. Für die Plankommission wird eine effektivere Planung möglich, denn 129 Wirtschaftseinheiten sind eher plan- und abrechenbar als 7000. Und das Ergebnis kann sich durchaus sehen lassen. 1979 mußten immerhin rund 10 Mrd. Mark Verluste aus dem Kälteeinbruch um die Jahreswende 1978/79 ausgeglichen werden. Aber schon 1980 kann die DDR ein Wachstum der industriellen Warenproduktion von über 5 Prozent und des Nationaleinkommens von über 4 Prozent vorweisen. 1981 soll es sich in derselben Größenordnung bewegen.

Immer wieder wird in den Gesprächen

hervorgehoben, daß ein Schwerpunkt der künftigen wirtschaftlichen Arbeit die umfassende Anwendung der Mikroelektronik sein werde. Sie sei im Sozialismus keineswegs ein Schreckgespenst, sondern sie werde als Hilfe empfunden, um die anstehenden Probleme, auch den in vielen Bereichen noch vorhandenen Arbeitskräftemangel, zu lösen. Wengleich noch ein Rückstand zum Weltstandard bestehe, so gehe man davon aus, daß z. B. Maschinen, Schiffe und Chemieanlagen bald mit DDR-eigener Elektronik ausgerüstet würden.

Eines der weiteren großen Themen der Strukturpolitik ist das Ersetzen von Erdöl durch Braunkohle und im Transportwesen von Dieselloch durch Elektroenergie. Hier sind große Investitionen erforderlich. Im übrigen wird darauf orientiert, mit allen Rohstoffen sparsam umzugehen und sie höchstmöglich zu veredeln. Die wirtschaftlichen Aufgaben von 1981 sollen im wesentlichen mit den gleichen Rohstoffzuweisungen und mit weniger Energie erfüllt werden. Das erfordert große Aufwendungen für Forschung und Entwicklung. 1981 werden aus dem Staatshaushalt und den Mitteln der Kombinate hierfür 8,4 Milliarden Mark ausgegeben.

Aber das erreichte wirtschaftliche Wachstum zu halten sei in erster Linie kein technisches Problem. Es könne nur verwirklicht werden, so Lothar Hummel, wenn auch zugleich das Leistungsprinzip auf allen Ebenen verstärkt durchgesetzt werde. Zwei neue Plankennziffern, so erfahren wir, werden jetzt angewandt, um die Kombinate und die anderen Betriebe anzuregen, effektiver und materialökonomischer zu arbeiten. Da wird jetzt nicht mehr nur die Brutto-, sondern auch die Nettoproduktion erfaßt. Damit wird auch die jeweils eigene Leistung der Wirtschaftseinheit genau gemessen. Zum anderen werden nunmehr auch die Grundmaterialkosten pro 100 Mark Warenproduktion geplant. Rationelleres Wirtschaften erfordert auch im Sozialismus, lebendige Arbeit einzusparen und zum Teil auch

Arbeitskräfte freizusetzen. Viele neue Probleme entstehen hier. Niemand wird arbeitslos, meist erfolgt ein Einsatz im alten Betrieb, wer aber verläßt schon gerne die alte Umgebung?

Bei der Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben wächst den Gewerkschaften eine ganz entscheidende Bedeutung zu. Der FDGB steht dem wirtschaftlichen Geschehen nicht neutral gegenüber, etwa als passiver Betrachter oder nur als aktiver Forderer. Er meint, daß die Arbeiter und Angestellten ihre Eigentümerfunktion nur dann ausüben können, wenn sie nicht nur über die Verteilung der geschaffenen Werte ein entscheidendes Wort mitzureden haben, sondern schon bei deren Zustandekommen. Im übrigen könne auch im Sozialismus nur das verteilt werden, was zuvor erarbeitet wurde.

So stimmte auch der FDGB dem Volkswirtschaftsplan 1981 zu, weil er – so Horst Heintze – das Wirtschaftspotential der DDR weiter stärkt, das Erreichte sichert sowie das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes auch weiterhin schrittweise erhöht. Dabei sehen die Gewerkschaften in den Beratungen von Millionen über die wirtschaftliche Entwicklung – an der Plandiskussion 1981 nahmen 2 Millionen teil, die rund 1 Million Vorschläge unterbreiteten – eine lebendige Form der Machtausübung.

Diese grundsätzliche Position des FDGB ist sicherlich einer der Punkte, der bei nicht wenigen Gewerkschaftern unseres Landes auf Unverständnis stoßen wird. Diese gehen von den gesellschaftlichen Bedingungen der Bundesrepublik aus, und hier sind nun einmal die Arbeiter und Angestellten „nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen“ (DGB-Grundsatzprogramm).

Aber an den uns mitgeteilten Tatsachen kommt niemand vorbei. Man kann sie nicht ignorieren. 1981 werden bei relativ stabilen Verbraucherpreisen die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung um 4 Prozent steigen. Allein um die Waren des Grundbedarfs stabil zu halten, werden 19,8 Mrd. Mark aufgewendet, 20 Prozent mehr als 1980. 117 000 Wohnungen werden neu- und 58 000 aus- oder umgebaut. Hierfür werden 7,7 Mrd. Mark bereitgestellt.

Mit der DDR gibt es in unserer Nachbarschaft ein Land, das in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein fünfprozentiges Wachstum der Wirtschaft, und verbunden damit steigenden Wohlstand, vorweisen kann. Die im Verhältnis zu uns niedrigere Ausgangsposition ist hier zweitrangig. Da sollten nicht alte Schablonen wiederholt, sondern die Dinge einmal genauer betrachtet werden. Eine Fülle von Eindrücken werden sicherlich das Ergebnis sein, die, wenn schon nicht zum Nachahmen, doch zum Nachdenken anregen sollten.

Heinz Schäfer

Blüm giftete über DDR-Besuch

Vom 6. bis 9. Januar war – wie wir bereits meldeten – eine fünfköpfige Delegation der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) unter Leitung des Vorsitzenden Heinz Kluncker in der DDR zu Gast. Sie folgte einer Einladung des Zentralvorstandes der Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft im FDGB. Neben Gesprächen mit der Spitze dieser Gewerkschaft, darunter dem Vorsitzenden Heinz Höbelbarth, fand ein ausführlicher Meinungsaustausch mit dem FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch statt. Auf dem Programm standen auch Besuche in kommunalen Betrieben und Einrichtungen des Gesundheitswesens. So bekam sie einen Einblick in die betrieblichen Gewerkschaftsarbeit vor Ort.

Zum Abschluß des Besuches wurde eine gemeinsame Pressemitteilung herausgegeben. „Die Gespräche zeigten“, so heißt es u. a., „daß sich die bilateralen Gewerkschaftsbeziehungen als nützlich erwiesen haben, daß sie trotz gegensätzlicher Auffassung zu bestimmten Fragen möglich sind und in diesem Sinne weiter entwickelt werden können. Gerade angesichts der Verschärfung der internationalen Lage und trotz unterschiedlicher Beurteilung der Ursachen wurde die Notwendigkeit des Dialogs zwischen Gewerkschaften, unabhängig von ihrer politischen Orientierung und internationalen Bindung, unterstrichen.“

Besonderes Augenmerk richteten die Vertreter von FDGB und ÖTV auf die Sicherung des Friedens und der Fortsetzung der Entspannungspolitik. Dazu könne dieser Dialog einen Beitrag leisten. Wörtlich heißt es: „Geleitet von der tiefen Sorge ihrer Mitglieder um die Sicherung des Friedens und die bisher erzielten Ergebnisse der Politik der Entspannung wurde die Mitverantwortung der Gewerkschaften und ihr Eintreten für Rüstungskontrolle und Abrüstung als wichtige Aufgabe gewerkschaftlicher Interessenvertretung und Grundbedingung des gesellschaftlichen Fortschritts betont. Beide Delegationen lassen sich davon leiten, daß es zur Politik der Entspannung sowie zur Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung keine vernünftige Alternative gibt.“

In der Bundesrepublik wurde der Besuch Klunckers in der DDR nicht einhellig begrüßt. Beispielsweise machte Norbert Blüm, Mitglied des Präsidiums der CDU, aus seinem Ärger keinen Hehl. Er diffamierte den ÖTV-Vorsitzenden und bezichtigte ihn sogar des „Verrats“. Doch von solchen Querschüssen gegen die Entspannung sollten sich die Gewerkschafter nicht berühren lassen. Der Weg, den die ÖTV beschritt, ist richtig. Ihre Delegation vereinbarte bei dem DDR-Besuch die Fortsetzung der Beziehungen. G. M.

Solidarität mit El Salvador

Die demokratische Weltöffentlichkeit ist empört über das brutale Regime des Juntachefs Duarte von El Salvador in Mittelamerika. Seit Monaten bekämpft die Volksbefreiungsbewegung FMLN das reaktionäre Regime von Gutsbesitzern und Militärs, das sich mit Mord und Folter verzweifelt an der Macht hält. Über 10 000 Menschen, Demokraten aller politischen Richtungen, wurden bereits umgebracht.

Nachdem der neue USA-Präsident Reagan sein Amt angetreten hat, war eine seiner ersten Maßnahmen die Wiederaufnahme der amerikanischen Wirtschafts- und Waffenhilfe für die Junta in Höhe von rund 220 Millionen DM. Wieder einmal, wie schon in Südkorea, Vietnam, Iran, Chile usw., engagieren sich die USA an der Seite der Reaktion, stützen sie volksfeindliche Regimes. Den revolutionären Kräften drohen sie mit der offenen Intervention.

Für Schmidt, Genscher, Kohl und Strauß wird es nun höchste Zeit, wie

30 Bundestagsabgeordnete und zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens es verlangten, ihren amerikanischen NATO-Verbündeten vor der Einmischung in El Salvador zu warnen. Wer keine Worte findet, wenn die Konterrevolution wütet, oder sogar wie CDU-Generalsekretär Geißler noch Duarte in Schutz nimmt, sollte verschämt aufhören, von Menschenrechten zu reden. Sb.

10. WGB-Kongreß nach Havanna einberufen

Der Generalrat des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) hat auf seiner letzten Sitzung in Moskau die Einberufung des 10. Weltgewerkschaftskongresses beschlossen. Als Gastgeber hatte sich die kubanische Gewerkschaftszentrale CTC beworben. Daraufhin wurde festgelegt, den 10. WGB-Kongreß im ersten Quartal 1982 in Havanna/Kuba durchzuführen.

4. Europäische Gewerkschaftskonferenz

Entsprechend dem Beschluß der 3. Konferenz der europäischen Gewerkschaftsbünde, die im Oktober 1979 in Genf stattfand, soll in diesem Jahr die 4. Konferenz dieser Art durchgeführt werden. Es handelt sich um die Zusammenkunft der führenden Repräsentanten aller Gewerkschaftsbünde Europas in zweijähriger Folge, um wesentliche Fragen gewerkschaftlicher Politik zu besprechen. Über eine 4. Konferenz wurde in dem einstimmig verabschiedeten Kommuniqué von 1979 gesagt: „Die Konferenz ersucht die europäischen Arbeitnehmermitglieder im Verwaltungsrat des IAA, in enger Zusammenarbeit mit den Landesverbänden Vorbereitungen für eine Konferenz einzuleiten, die 1981 stattfinden sollte, wobei das Hauptthema die moderne Technologie und ihre Auswirkungen auf die Arbeitnehmer wäre.“

Wie zu erfahren war, haben die Gewerkschaftsvertreter im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes sich bereits mehrmals mit der Konferenzvorbereitung befaßt. Jedoch wurde noch kein Termin genannt.

Weltjugendtreffen des IBFG in Spanien

Rund 5000 Teilnehmer werden zum 2. Weltjugendtreffen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) erwartet. Etwa 1000 werden allein aus der Bundesrepublik fahren, die damit das größte Kontingent stellt. Das Treffen ist vom IBFG für die Zeit vom 22. bis 30. August 1981 nach Sevilla/Spanien einberufen worden.

Vor Auflösung des EG NGG?

Im Vorfeld des Ende Mai in München stattfindenden Kongresses der Internationalen Union der Lebens- und Genußmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL) wird die Frage diskutiert, ob sich der als Ableger des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) gegründete Europäische Gewerkschaftsausschuß Nahrung, Genuß, Gaststätten (EG NGG) wieder auflösen soll. Ende Februar wollen sich Vertreter von IUL und EG NGG treffen, um schriftliche Vorschläge zur Struktur der Lebensmittelarbeiter-Organisationen zu erörtern. Dies teilte das EURO-Bulletin mit, das von der europäischen Regionalorganisation der IUL, der EURO-IUL, herausgegeben wird.

Sozialpolitik im Brennpunkt von Auseinandersetzungen

Gerhard Bäcker / Reinhard Bispinck / Klaus Hofmann / Gerhard Naegele: Sozialpolitik – Problemorientierte Einführung; Bund-Verlag, Köln 1980, 408 Seiten, kartoniert, 38,- DM.

Unter dem Titel „Sozialpolitik“ hat der Bund-Verlag ein rund 400 Seiten umfassendes Buch zu einem der Brennpunkte der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik herausgebracht. Die vier Autoren, alles gewerkschaftlich orientierte Wissenschaftler, betrachten ihr Werk, das dem allgemeinen Bedarf an praxisbezogenen Lehrbüchern Rechnung tragen soll, als den Versuch eines problemorientierten Zugangs zur Sozialpolitik.

Ausgangspunkt ist dabei nicht die Darstellung des sozialpolitischen Leistungssystems und seiner Aufgaben, sondern in fünf Abschnitten gegliedert die „Gefährdungsbereiche“ Einkommen, Beschäftigung, Qualifikation, Gesundheit und Alter. Sozialpolitik (im Kapitalismus, muß man hinzusetzen) wird so richtig als Reaktion auf die in den einzelnen Bereichen für die arbeitende Bevölkerung auftretenden sozialen Risiken und Gefährdungen gesehen.

Damit aber ist auch ihr Hauptmangel gekennzeichnet, das – zumindest bisherige – Unvermögen, auf die Ursachen dieser Gefährdungen selbst einzuwirken, sie abzubauen und zu beseitigen. Hier scheint mir aber auch eine Schwäche des Buches zu liegen: Bei der Behandlung der Mängel unseres Gesundheitssystems wird richtig darauf hingewiesen, die „Kostenexplosion“ als abgeleitetes Problem verweise darauf, „daß ökonomische und politische Interessen im Gesundheitssystem vorherrschen, deren Beeinflussung und Durchbrechung kein technisch-instrumentales, sondern politisches Machtproblem ist“. (S. 307) Doch bei der Darstellung der „Perspektiven“ für diesen Bereich vermißt man Konsequenzen aus dieser Erkenntnis.

Anhand eines umfangreichen empirisch-statistischen Materials im Text und 72 Tabellen machen die Autoren deutlich, wie wenig sozial unsere Gesellschaft ist. Nachgewiesen wird das krasse Ungleichgewicht bei der Einkommensverteilung, daß Armut noch immer zur sozialen Wirklichkeit gehört, die besondere Betroffenheit der sozial ohnehin Benachteiligten von der Arbeitslosigkeit, die Delizite im Ausbildungssystem, die Zunahme der chronisch-degenerativen Krankheiten und der Frühinvalidität als Folge der Mängel nicht nur unseres Gesundheitssystems und die Tatsache, daß die

Lebenslage älterer Menschen vielfach durch materielle Not und Vereinsamung gekennzeichnet ist.

Davon ausgehend, werden für den einzelnen Gefährdungsbereich kritisch Grundprinzipien, Institutionen und Leistungen der Sozialpolitik dargestellt. Für den Gewerkschafter ist dabei von besonderem Interesse, daß nicht nur staatliche und sozialversicherungsrechtliche Maßnahmen, sondern auch ausgewählte tarifvertragliche Regelungen, zum Beispiel für die berufliche Erstausbildung (S. 194/5) behandelt werden.

Kritisch Stellung genommen wird auch zur aktuellen sozialpolitischen Diskussion und mögliche Alternativen dazu entwickelt. So wird auf die Gefahr verwiesen, daß „Kostendämpfungsstrategien“ im Gesundheitswesen „bei Konservierung der Angebotsstrukturen letztlich zu Lasten der Qualität der gesundheitlichen Versorgung gehen“ könnten (S. 308), und festgestellt, die „vorherrschende Thematisierung von Gesundheitsproblemen als Kostenprobleme“ habe dazu geführt, „daß die Frage nach gesundheitspolitischen Zielsetzungen und nach der erwarteten Leistung und Wirksamkeit des Gesundheitssystems zunehmend ausgeklammert wird“. (S. 309) Die diskutierten Lösungsvorschläge entsprechen den von den Gewerkschaften entwickelten Vorstellungen und Forderungen.

Das Buch ist detailliert und übersichtlich gegliedert. Mit ausführlichem Sachregister und Literaturhinweisen versehen, eignet es sich für den Lernenden und Lehrenden auch als Nachschlagewerk und Handbuch. Empfehlenswert aber auch für den sozialpolitisch interessierten Gewerkschafter. A. B.

Bucheingang

DGB-Bundesvorstand, Abteilung Angestellte (Hrsg.): Bildschirmarbeit – human gestalten. Düsseldorf 1980, 34 Seiten.

Die kleine Broschüre will dem Leser einen knappen Überblick über Gefahren und Belastungen an den immer häufiger anzutreffenden Bildschirmarbeitsplätzen in Büros und Verwaltung aufzeigen. Daraus werden Forderungen für die menschengerechte Gestaltung derartiger Arbeitsplätze abgeleitet. Eine Musterbetriebsvereinbarung ergänzt die Broschüre.

VERLAGSINTERNES

Wie bereits angekündigt, findet sich im Einhefter dieser Ausgabe von NACHRICHTEN eine ausführliche Auswertung unserer Fragebogenaktion. Sie gibt unserer Auffassung nach einen informativen Überblick über unsere Leserstruktur und über die Wünsche und Anforderungen an unsere Zeitschrift.

Verweisen möchten wir auch auf die ausführlichere Vorstellung unserer Neuerscheinungen, die ebenfalls im Einhefter vorgenommen wurde: nachrichtenreihe 17 – „Gewerkschaftsbeschlüsse 1980“. Mit diesem Büchlein soll es dem Praktiker ermöglicht werden, über den Rahmen seiner Gewerkschaft hinaus die Beschlüsse der übrigen

An unsere Leser!

Wir möchten nochmals darauf aufmerksam machen, daß seit Januar 1981 neue Preise gelten. Das Jahresabonnement von NACHRICHTEN kostet 36 DM einschließlich Portogebühren. Für das Abonnement der INFORMATIONEN zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse muß man jährlich 12 DM, ebenfalls einschließlich Porto, entrichten. Einige Abonnenten haben noch den geringeren Preis der vergangenen Jahre eingezahlt. Sicher ist die notwendig gewordene Erhöhung ihrer Aufmerksamkeit entgangen. Wir bitten diese Leser jedoch, uns unaufgefordert den noch ausstehenden Restbetrag zu überweisen. Im übrigen erhält jeder Abonnent im Laufe des Monats März seine Rechnung für 1981.

gen gewerkschaftlichen Organisationen kennenzulernen. Es ging uns bei der Auswahl nicht um ein bloßes Spiegelbild der Gewerkschaftstage, sondern um die Dokumentation derjenigen Beschlüsse, die unserer Auffassung nach dazu beitragen können, eine unabhängige Gewerkschaftspolitik zu festigen. Da es oft recht mühselig ist, sich die einzelnen Dokumente der verschiedenen Einzelgewerkschaften zusammenzusuchen, hoffen wir, ein Hilfsmittel für die tägliche Arbeit des Gewerkschafters zusammengestellt zu haben.

Ebenfalls im Laufe dieses Monats erscheint von Klaus Dammann und Evelyn Butter: Arbeitslos – was tun? Es handelt sich hierbei zum einen um eine Kommentierung derjenigen Paragraphen des Betriebsverfassungsgesetzes, die dazu beitragen können, die Vernichtung von Arbeitsplätzen zu verhindern oder doch zumindest zu erschweren. In einem zweiten Teil werden ausführlich die Rechte eines Arbeitslosen nach dem Arbeitsförderungs-gesetz erläutert. jaco

TERMINKALENDER

- **1. März bis 31. Mai**
Betriebsratswahlen nach dem Betriebsverfassungsgesetz
- **8. März**
Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag
- **12. bis 14. März**
4. außerordentlicher DGB-Kongreß in Düsseldorf
- **1. Mai bis 5. Juli**
Ruhfestspiele in Recklinghausen
- **20. bis 22. Mai**
10. DGB-Bundesfrauenkonferenz in Essen
- **20. bis 22. Mai**
Behindertentag der IG Metall in Gelserkirchen
- **28. bis 31. Mai**
Kongreß der Internationalen Union der Organisation der Beschäftigten der Lebens- und Genußmittel-Industrie (IUL) in München
- **29. bis 31. Mai**
6. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) in Hannover
- **21. bis 23. Juni**
Kongreß der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Kiel
- **2. bis 4. Juli**
Bundesarbeiterkonferenz des DGB in Osnabrück
- **18. Juli bis 1. August**
12. Bundesjugendtreffen der IG Bergbau und Energie in Thalmässing-Reinwarzhofen
- **22. bis 30. August**
2. Weltjugendtreffen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in Sevilla (Spanien)
- **27. September bis 1. Oktober**
12. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Ruhpolding
- **4. bis 10. Oktober**
11. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Travemünde
- **27. bis 29. Oktober**
10. Bundesangestelltentag des DGB in Dortmund
- **15. bis 18. November**
11. Vertrauensleutekonferenz der IG Metall in Frankfurt
- **19. bis 21. November**
11. Bundesjugendkonferenz des DGB in Willingen

D 3476 E

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
NACHRICHTEN-
Verlags-GmbH,
Glauburgstr. 66,
Postf. 18 03 72,
6000 Frankfurt/M.

0603650 N1 81.002 0039 13

FREIE UNIVERSITÄT B.
VCRM.OTTO-SUHR-INSTITUT
IHNESTR. 21

1000 BERLIN 33

Zu guter Letzt

Einmischung in Polen

In „die feder“, der Zeitschrift der IG Druck und Papier für Journalisten und Schriftsteller wird von Rudolf Schwinn in einem Artikel „Radio Free Europe und Polen“ die Funktion eines CIA-Senders enthüllt. Es wird nachgewiesen, wie systematisch antisowjetische Ressentiments aufgeladen werden. Dadurch werde die Normalisierung in Polen nachhaltig gestört. Die Bundesregierung habe wiederholt erklärt daß sie sich in Polen nicht einmische. „Doch“, so heißt es in der „feder“, „sie kündigt ‚Radio Free Europe‘ nicht den Vertrag, der es den USA ermöglicht, im sprichwörtlichen Sinn nach Polen hineinzutunken.“

„Sozialer Ausgleich“

Um die Jahreswende 1978/79 ließ der Vorsitzende des Unternehmerverbandes Eisen- und Stahlindustrie Franz Josef Weisweiler, wegen des Streiks der Stahlarbeiter für die 35-Stunden-Woche Zehntausende Beschäftigte aussperren. Jetzt wurde er von Bundespräsident Carstens wegen seiner Verdienste um den „sozialen Ausgleich“ mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Nur mit Krücken

„Die vielgepriesene Marktwirtschaft funktioniert wenn überhaupt, nur mit Krücken. In der Stahlindustrie werden staatliche Zuschüsse gezahlt. Trotzdem klappt es nicht mit dem Geschäft. Bezahlen müssen die Rechnung aber die Arbeiter.“ (Aus „Holzarbeiter-Zeitung“ 1/81)

Merksatz

Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast.

Umverteilungs-Spezialist

Als Spezialist für Umverteilung, erwies sich Ludwig Poullain, ehemals Chef der Westdeutschen Landesbank. Die Umverteilung sah so aus, daß viel Geld an seinen Fingern kleben blieb. Dafür steht er jetzt vor dem Kadi. Frage: Wieviel große Poullains gibt es in unserem Lande, die die Umverteilung ähnlich handhaben?

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:
Postfach 18 03 72, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/Main; Tel. (06 11) 59 97 91; Konto-Nr. 1 615 6129 00
Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postscheckkonto: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement 36,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.
Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.
Dr. Heinz Schäfer, Steingasse 52, 6103 Griesheim.
Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 30. Januar.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.

NACHRICHTEN-Verlags-
Gesellschaft mbH

Frankfurt am Main

